KARLSRUHER STADTZEITUNG

Chips

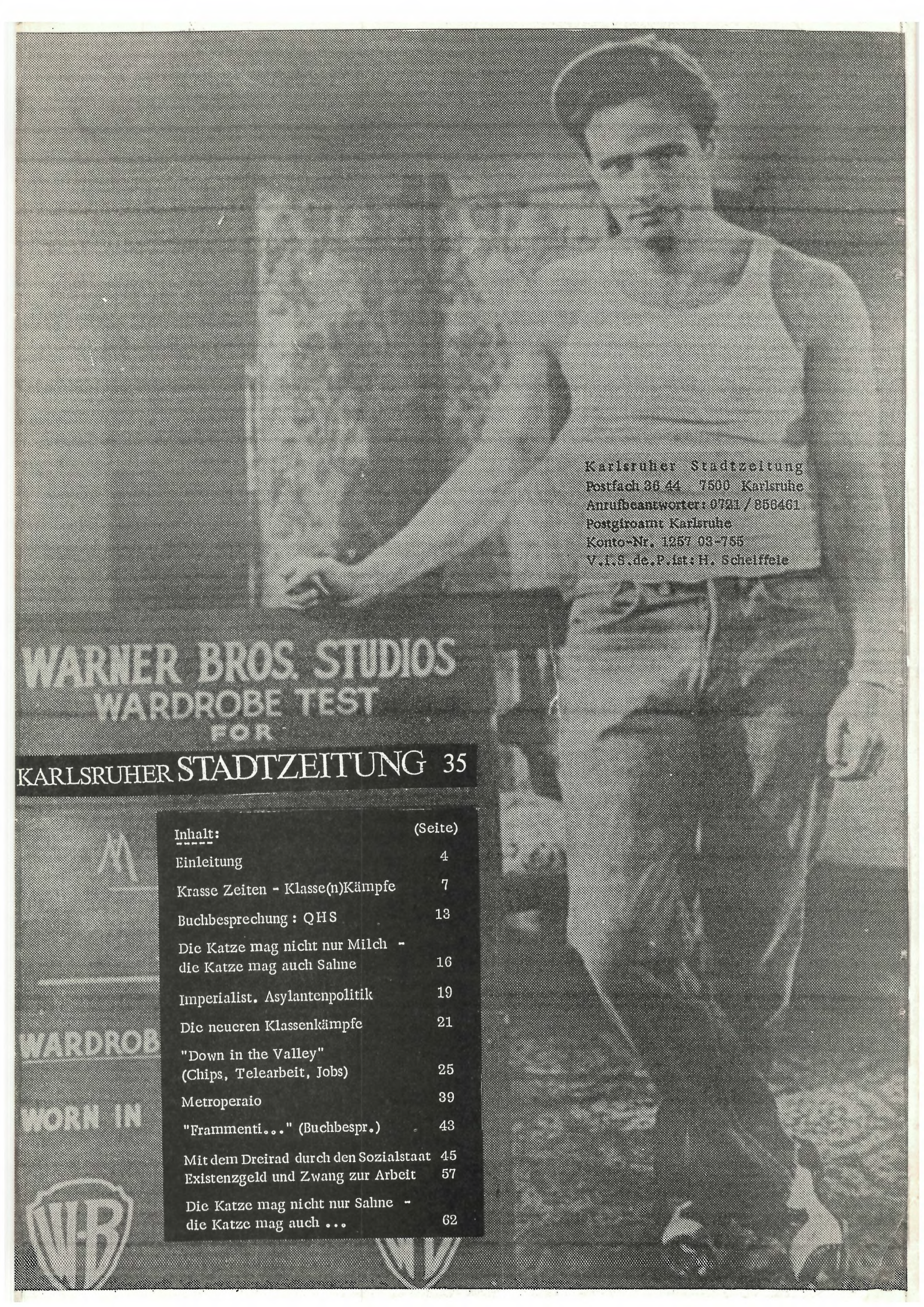
Sozial-
staat ?

Metroperaio

Klassenpolitik 85

u.a.

NR. 35 Frühling 85



Karlsruher Stadtzeitung
Postfach 36 44 7500 Karlsruhe
Anrufbeantworter: 0721 / 850461
Postgiroamt Karlsruhe
Konto-Nr. 1257 03-755
V.i.S.de.P.ist: H. Scheiffele

Inhalt:

	(Seite)
Einleitung	4
Krasse Zeiten - Klasse(n)Kämpfe	7
Buchbesprechung : QHS	13
Die Katze mag nicht nur Milch - die Katze mag auch Sahne	16
Imperialist. Asylantenpolitik	19
Die neueren Klassenkämpfe	21
"Down in the Valley" (Chips, Telearbeit, Jobs)	25
Metroperaio	39
"Frammenti..." (Buchbespr.)	43
Mit dem Dreirad durch den Sozialstaat	45
Existenzgeld und Zwang zur Arbeit	57
Die Katze mag nicht nur Sahne - die Katze mag auch ...	62

- VORWORT -

So, das ist endgültig die letzte !
Die nächste Nummer erscheint unter neuem Namen und mit neuem Format. Den Namen wissen wir leider immer noch nicht, auf unser Preisausschreiben sind nur ganz wenige Vorschläge gekommen und leider war keiner drunter, der einerseits in etwa den Inhalt rüberbringt und andererseits einigermaßen kämpferisch ist (Dieter, nix für ungut, aber "Stech-Uhr" scheidet aus diesen Gründen aus). Uns selber ist auch noch nix Gescheites eingefallen, momentan liegen ganz gut im Rennen:
Wildcat (eigentlich der beste, aber ausländisch !?)
Kampfterrain (Scheiß-Nasal!)
Klasse Zeiten (klingt irgendwie geklaut ..?)
Also spitzt Augen und Ohren und überseht die nächste Nummer nicht! Denn das Format wird mickriger: B 5 ! Um Euch schon bissle dran zu gewöhnen, haben wir die Bilder auf dem Titelblatt und auf der Rückseite in dem Format gedruckt.

Die Zeitung hat sich in letzter Zeit beträchtlich ausgeweitet. Da wir vom Tippen, Layouten, Drucken, Zusammentragen bis zum Verschicken alles selber machen wird das langsam zu viel Arbeit. Papier wird dauernd teurer. Durch das neue Format können wir all diese Fliegen mit einer Klappe schlagen: was wir am Papier und Porto sparen, reicht um sie in Zukunft zu setzen und den Satz zu bezahlen, was wir an Arbeit sparen, macht es hoffentlich möglich, sie weiterhin selber zu machen, so billig zu verkaufen und regelmäßiger rauszubringen (ab jetzt viermal im Jahr !).

Wir hoffen, daß das regelmäßigere Erscheinen den politischen Gebrauchswert der Zeitung steigert. Schon bisher hat es ganz gut geklappt, daß Genoss/inn/en in anderen Städten den Vertrieb gemacht haben, es hat jetzt auch angefangen, daß Genoss/inn/en aus mehreren Städten die Zeitung gemeinsam diskutieren und Artikel schreiben. Das möchten wir in Zukunft auf noch breitere Beine stellen! Schreibt, wenn Ihr Euch in Form von Artikeln beteiligen wollt! Schickt uns Flugblätter, Erfahrungsberichte, Analysen!

Auf was wir in keinem Fall Bock haben: eine "linke Zeitung" zu werden, die in journalistischer Manier ihren Senf zu aktuellen Tagesereignissen quer durch die Welt abgibt. Die Zeitung wird auf jeden Fall so bleiben, daß Genoss/inn/en über das schreiben, wo sie selber drinstecken, daß wir Analysen abdrucken, die uns in unserem täglichen Kampf weiterbringen - und vielleicht kann sie in Zukunft auch zu einem Forum werden, in dem wir wichtige Themen diskutieren,

zum Beispiel sind wir gar nicht damit zufrieden, daß auch diesmal wieder nix zum HS der RAF drinsteht, daß nix zum Bergarbeiterstreik drinsteht. Damit haben wir mehr als große Bauchschmerzen. Wir wollten aber nicht aufs Geratewohl irgendwas formulieren und es ist nun mal eine Tatsache, daß die revolutionäre, autonome Linke im Moment nix zum Knast hinkriegt und es auch nicht geschafft hat, sich zum Bergarbeiter-Streik zu verhalten, und es ist uns ziemlich schwer gefallen, die Autonomie der Bergarbeiter im Würgegriff von National Coal Board und NUM rauszuarbeiten.

Dies alles läßt sich natürlich nur durch die Entwicklung unserer gemeinsamen Praxis lösen und mobilisiert hoffentlich viele Energien für die "neue" Zeitung. Zur Zeit sitzt ein Genosse nach zwei England-Aufenthalten vor Bergen von Material und wird für die nächste Nummer was über die Bergarbeiter schreiben. Außerdem wird ein Artikel über Produktionsbedingungen in der westdeutschen Elektronikindustrie (evtl. mehr als ein Artikel) drin sein, möglicherweise etwas genaueres über Ostfriesland.

Und vielleicht löst ja dieses Vorwort doch noch eine (nachträgliche) Diskussion zu HS und Knast überhaupt aus. Wir denken da vor allem an die Leute im Knast, die diese Zeitung regelmäßig lesen und sicherlich mehr zum deutschen Knastsystem zu sagen haben als die ausländischen Knastbücher, die wir in letzter Zeit reihenweise rezensiert haben!

Und möglicherweise führt unser diesmaliger Schwerpunkt ja doch noch dazu, daß die Debatte über den kapitalistischen Sozialstaat und das garantierte Mindesteinkommen in der revolutionären Linken geführt und nicht verdrängt wird!

Was wir wollen, ist die Debatte innerhalb der Klassenlinken anregen und weiterbringen. Es geht uns nicht drum, bestimmte Positionen durchzudrükken.

So, neues Format, verbesserter Vertrieb, größere Beteiligung, präzisere Artikel, neuer Name, breitere Thematik - jede Menge Stoff für die nächsten drei Monate. DRÜCKEN WIR UNS DIE DAUMEN, daß das alles klappt !! 1985 wird ein Hammer !
"Es ist der Abend vor dem Fall unserer Feinde."

Zu den einzelnen Artikeln:

Dieses Heft trägt schon schwere Umbauspuren. Zum ersten Mal wieder seit 5 Jahren halten wir den Dreimonats-Rhythmus ein. Und das will erstmal organisiert sein, vor allem, weil einige Artikel von Genoss/inn/en aus anderen Städten geschrieben sind und es dann schon ne action ist, sich überhaupt mal zu treffen und alles durchzuquatschen.
Wir sind also nicht nur zufrieden, daß es klappt mit dem Ausweiten und regelmäßig erscheinen, wir sind auch unzufrieden, weil einige Sachen nicht fertig geworden sind, weil andere nochmal diskutiert, gestrafft, überarbeitet hätten werden müssen.....

Krasse Zeiten - Klasse (n) Kämpfe (S.7-12)
Hier haben wir versucht, stichwortartig unsere bisherige Diskussion zu Klassenzusammensetzung und militanter Untersuchung zusammenzufassen. Das ist zwar (v.a. für langjährige Leserinnen) nix Neues, aber einerseits ist mindestens jeder zweite Leser ein neuer und andererseits soll das n Anfang sein mit der Perspektive in der nächsten oder übernächsten Nummer dazu mal wieder ausführlicher, genauer und strategischer drauf zurückzukommen.

Imperialistische Asylantepolitik (S.19+20)
Das haben wir aus einer Broschüre zusammengekürzt, die uns Tübinger Genossen zugeschickt haben.

Die neueren Klassenkämpfe (S.21 - 25)
ist der Nachdruck einer Flugschrift von: "Subversion - Agentur für die Selbstaufhebung des Proletariats" von Dezember 84. Wir haben zwar einige Probleme, die an entscheidenden Stellen etwas hüpfige Diskussion nachzuvollziehen, veröffentlichen es als (hoffentlich fruchtbaren) Beitrag zur aktuellen Diskussion.

Chips, Bits und Jobs (S. 25 - 38)
ist ein etwas zerklüftetes Teil über neue Technologien, neue Arbeitsbedingungen für die Malocher/innen.
Drin sind zwei Übersetzungen aus der neuesten Nummer von Processed World, ein Erfahrungsbericht aus Karlsruhe über die Arbeit an einem Textverarbeitungsgerät, sowie ein paar Gedanken über die Bedeutung der Tele-Arbeit.
Auch das also ein Übergang dazu, daß wir uns endlich mal sehr viel genauer mit diesem Komplex beschäftigen müssen.

Metroperaio - Frammenti (S.39 - 44)
ist der schon beinahe obligatorische Italien-Teil. Er geht ein neu erschienenes Buch, eine "Schwesterzeitschrift" von uns und außerdem sind aus eben dieser zwei Abschnitte übersetzt, wovon hinwiederum der eine über "Herrschaft und Konsens" sich auf das vorige Teil ("Chips, Bits und Jobs") bezieht.

Mit dem Dreirad durch den Sozialstaat (45-60)
Zum Schluß kommt unser Schwerpunkt: wir haben jetzt bald ein Jahr an den ganzen Kisten: Existenzgeld, staatlich garantiertes Mindesteinkommen, Umbau des Sozialstaats usw. rumdiskutiert. Aus dieser Diskussion bringen wir jetzt der Leserlichkeit willen nur zwei Auszüge und zwar auf zwei Linien:
- die historische Aufarbeitung der kapitalistischen Funktion des Sozialstaats: Zwang zur Arbeit
- ein Pamphlet von Genossen, die selber aus einer Erwerbslosen-Ini herkommen gegen die Entwicklung, welche die Mehrzahl dieser Inis inzwischen genommen hat.

Soeben erhalten wir die Nachricht vom Tod des Genossen Pedro Greco. Er wurde von DIGOS-Bullen erschossen.

Pedro war ein Genosse der Autonomia Operaia aus Padua; er war beteiligt am Aufbau verschiedener Kampfinitiativen unter den prekären Lehrern, an Hausbesetzungen usw. Die Massenverhaftungen 1979/80 zwangen ihn in den Untergrund, er hatte Anklagen am Hals wegen "bewaffneter Bande", "subversiver Vereinigung", "Waffenbesitz".
Die Bullen hatten ihn in seiner neuen Wohnung in Triest aufgespürt. Als Pedro, der unbewaffnet war, sie kommen sah, floh er die Treppen hinunter auf den Hof und schrie: "Sie wollen mich umlegen."

Selbst die bürgerliche Zeitung "Corriere della sera" schreibt, er sei von 7,8 Schüssen schwerverletzt unter ein Auto gekrochen, ein Bulle sei hingerannt und habe ihn nochmal in den Nacken geschossen und dann mit Handschellen gefesselt.
Sein Tod paßt zu den staatlichen Versuchen, ein neues Angstklima zu erzeugen. So wurden auch kurz vor dem Kongreß in Mailand über "Wirtschaftskrise und Repression" wieder Wohnungen durchsucht und ein Genosse verhaftet.
Aber die Leute haben die Schnauze voll und der Terror wirkt nicht mehr wie in den letzten Jahren: anläßlich der Ermordung von Pedro fand zum erstenmal seit sechs Jahren wieder eine Demo in Padua statt, an der sich 4000 Leute beteiligten.

TheKla 6

Nach einem fast zweijährigen Winterschlaf erscheint Mitte April TheKla 6. Im Zuge der Umstellung der Zeitung wollen wir auch das TheKla wiederbeleben und regelmäßiger rausbringen. Wir versprechen uns davon eine Ausweitung und Beschleunigung von Diskussionen, die bisher nur im engsten Kreis, zwischen wenigen Gruppen und Genoss-inn-en geführt worden sind. Längere oder noch unfertige Texte über Betriebsuntersuchungen usw. könnten im TheKla abgedruckt werden und somit zur Diskussion gestellt. TheKla wird nur auf Bestellung und Abo verschickt, nicht über Buchläden vertrieben, so daß man auch unfertige Sachen diskutieren kann.

Die Texte in Thekla 6 beschäftigen sich alle mit FIAT und sind alle von Romano Alquati. Wir haben die wichtigsten Dokumente, Papers und Analysen aus der mehrere Jahre dauernden Untersuchungs- und Interventionspraxis bei der FIAT in Turin chronologisch hintereinander gestellt. Mit einer Ausnahme gab es diese Sachen bisher nicht auf Deutsch.

Die Texte sind zwar nicht so systematisch wie der inzwischen berühmte Olivetti-Text in TheKla 5, dafür sind sie unmittelbarer auf das Geschehen in der Fabrik bezogen, versuchen stärker einzugreifen. Und vor allem durch die chronologische Anordnung wird es eher möglich, sich den Verlauf zwischen erster Kontaktaufnahme und Anfängen einer Arbeiterdiskussion bis hin zum heißen Herbst 69 vorzustellen. Damit hoffen wir, daß es vielen Genoss-inn-en, die den Olivetti-Text zwar saugut fanden, ihn aber nicht oder kaum für ihre eigene Praxis aneignen konnten, leichter fällt, das TheKla 6 zu benutzen.

Die Texte sind alle "hochpolitisch". Und das ist auch ihr Nachteil. Es wird ganz deutlich, daß Alquati seine Hauptaufgabe immer wieder darin sah, die "Untersuchungsergebnisse" der offiziellen Arbeiterbewegung (sprich: KPI und Gewerkschaften) nahezubringen. Selbst wenn er den "nunmehr offenen und endgültigen Bruch mit der offiziellen Arbeiterbewegung" lang und breit beschreibt, tut er das mit dem Hintergedanken, doch wieder Anknüpfungspunkte zu finden. Auch die im Lauf der Jahre zunehmende Orientierung an den "Tertiären" gefällt uns keineswegs - und sie ist auch nicht sonderlich ausgewiesen (weder durch die Untersuchung noch durch die Kämpfe!).

Dennoch meinen wir, daß die Sachen einen wichtigen Beitrag leisten können, daß wir einiges draus lernen können, um unsere eigenen Untersuchungsprojekte voranzubringen.

Bestellung:
5 Mark plus 2 Mark für Porto und Verpackung aufs Konto.
(alle alten TheKlas sind vergriffen!)

Noch ein Vorschlag: wer das TheKla 6 zusammen mit der FIAT-Autonomie ("Autonomie Neue Folge Heft 9") und dem "Wir wollen alles" ("Roman der FIAT-Kämpfe") bestellt, kriegt das Päckle portofrei und mit Nachlaß zum Supersonderspezialextrapreis von 12.- DM.

DEN MILITANTEN VERTRIEB DER ZEITUNG AUSWEITEN !!

Wir halsen uns alle vier Monate die Arbeit auf, die mit der Zeitung verbunden ist, in der Hoffnung, daß die SZ in den Händen unserer Leser zu einem Instrument für ihre alltäglichen kleinen und großen Kämpfe wird. Ferner knüpfen wir an die Zeitung das Interesse, über unseren beschränkten regionalen Horizont hinaus Kontakte im gemeinsamen Kampf gegen die Arbeit zu knüpfen. Bliebe es allein bei der Hoffnung, daß irgendwo verkaufte Hefte auch ne irgendwie geartete politsche Relevanz haben, hätten wir die Zeitung wohl längst eingestellt.
Tatsächlich hat sich nach und nach eine militante Verteilerstruktur entwickelt: Genossen, die die Zeitung wichtig finden, vertreiben sie in ihrer Stadt,-ab und an entstehen aus diesen Strukturen neue Initiativen-, nehmen Kontakt zu uns auf, mit einigen machen wir z.B. die Zeitung gemeinsam.

Weiterverkäufer!

Da es uns gerade auf solche Strukturen ankommt, räumen wir Weiterverkäufern die besten Konditionen ein: 2.5o je Heft, Porto & Verpackung tragen wir.
Und da bei steigender Auflage auch unsere finanziellen Probleme wachsen, - vierstellige Außenstände -, noch ein zusätzliches Angebot: wer die SZ zwei Wochen nach Versand bezahlt, bekommt eine von zehn Zeitungen Rabatt!

Abonnenten!

Ansonsten gehts uns nach wie vor drum, daß ihr die SZ abonniert, damit die Zeitung kalkulierbarer wird: vier Hefte-zehn Mark, wer jetzt abonniert, bekommt SZ 27 oder 31 geschenkt.
Gebt beim Abo gleich an, welche Nummern Ihr haben wollt. (bis auf 27, 31 und 33 sind alle alten Hefte vergriffen).

Materialien zum Weltwirtschaftsgipfel

Unterdrückung, Hunger, Krieg

die Folgen imperialistischer Politik

Materialien gegen den Weltwirtschaftsgipfel vom 2.-4.Mai in Bonn

Im Zusammenhang mit Überlegungen, was wir gegen den im Mai stattfindenden Gipfel unternehmen können, haben wir diese Broschüre zusammengestellt. Wir hoffen, daß sie vielen bei inhaltlichen Diskussionen, bei der Vorbereitung von Veranstaltungen und bei der allgemeinen Öffentlichkeitsarbeit von Nutzen ist.

Inhaltliche Schwerpunkte:

- **Schuldenlast**
- **Krise des Neo-Kolonialismus**
- **Nord-Süd Dialog?**
- **Atom Exporte**
- **Hunger und Unterdrückung**
- **Bevölkerungspolitik**
- **Die Rolle der Pharmakonzerne**
- **Agrobusiness**
- **Internationale Organisationen**
- **Chronik der Weltw.-Gipfel**
- **Die Bedeutung der Gipfel**

Herausgeber: Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie und Antimil-Kommission KB Göttingen
76 Seiten A 4, Preis: 5.-DM + Porto
für Wiederverkäufer 30% Rabatt

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie
Postfach 1945 in 34 Göttingen
oder Antimil-Kommission, c/o Buchladen Rote Str, Rotestr.10 in 34 Göttingen

Krieg in Mittelamerika gegen das revolutionäre Nicaragua und gegen das Volk von El Salvador. Giftgaskatastrophen in Indien und auf den Philipinen mit Tausenden von Toten. Hunger in Afrika und Asien bei gleichzeitiger Lebensmittelvernichtung in Westeuropa. Internationale Atomgeschäfte in Milliardenhöhe mit Entwicklungsländern und Militärdiktaturen. Koloniale Unterdrückung in Neu-Kaledonien und Nordirland. Massenverelendung in den USA, politischer und sozialer Kampf mit allen Mitteln gegen den Bergarbeiterstreik in Großbritannien. Zunehmende Verschuldung und Abhängigkeit der sogenannten 3. Welt-Länder von den Wirtschaftsinteressen der führenden westlichen Staaten. Ausbeutung von Menschen und Rohstoffen. Kriegsvorbereitungen und Hochrüsten der Sicherheitsapparate zur Zerschlagung von Widerstandsbewegungen.

Die führenden Repräsentanten dieser Politik, die Staats- und Regierungschefs aus den USA, BRD, Japan, Frankreich, Kanada, Italien und Großbritannien sowie einem Vertreter der Europäischen Gemeinschaft mit ihrem Troß von Ministern und Beratern treffen sich vom 2.-4. Mai 1985 in Bonn zum 11. »Weltwirtschaftsgipfel«, um dort vor versammelter Weltpresse das politisch zu bestätigen und werbewirksam in Szene zu setzen, was die Großbanken und Konzernmultis dieser Staaten als ihre Weltwirtschaftspolitik der 80er und 90er Jahre längst abgesteckt haben.

Gerade die Profitinteressen von Multis und Großbanken, sowie die Hegemonialansprüche des US-Imperialismus sollen und werden in Bonn als das Rezept verkauft werden, an dem die ganze Welt »genesen und profitieren« soll.

Doch so glatt und reibungslos, wie es sich diese Herrschaften wünschen, wird dieser »Gipfel« nicht ablaufen.

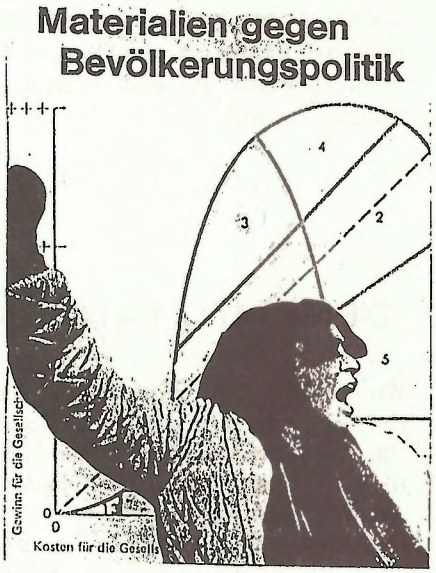
Es werden inhaltliche und aktionsmäßige Gegenveranstaltungen stattfinden, die die wahren Auswirkungen dieser Politik aufzeigen und anprangern werden, und die den Gipfelteilnehmern und der Welt zeigen werden, daß es überall - in der sogenannten 3. Welt und auch hier - Widerstand gegen diese Politik gibt.

Diese Broschüre soll dazu Hilfe und Ansporn sein. Daß sie nur unvollständig sein kann, dürfte klar sein - bei einem derart allumfassenden Thema.

Ein wesentlicher Teil hätte sich mit den militärischen Aspekten dieser Politik beschäftigen müssen. Wir haben diesen Bereich bewußt nur zum Teil mitaufgenommen, weil wir der Ansicht sind, daß es darüber in den letzten Jahren genügend gutes Material gegeben hat, welches noch immer zugänglich ist. Ansonsten hätte es den Rahmen dieser Broschüre gesprengt. Ebenso fehlen die Maßnahmen der Inneren Aufrüstung und Aufstandsbekämpfung: Aufrüstung der Polizeiapparate, Folter, Mord, Zensur etc..

In weiten Teilen ist diese Broschüre eine Zusammenstellung schon in anderen Zeitungen erschienener Artikel, die hier, zum Teil stark gekürzt, nachgedruckt wurden.

Die Herausgeber/Innen



Wir haben zum Thema Bevölkerungspolitik eine zweiteilige DIA-SERIE gemacht.

Beide Teile können ausgeliehen werden.

Teil 1 : Dritte Welt
Teil 2 : BRD (jeweils ca. 170 Dias)

dazu gibt's ein Textheft. Kosten: Porto und Spende.

Kontakt: Frauenbuchladen, Bismarckstr. 96, 2 Hamburg 19, Stichwort ‚Mathilde'

Vor zwei Jahren haben wir in der Stadtzeitung 30 geschrieben, daß die "Selbstorganisation der Jobber" keine Antwort (mehr) sein kann auf die kapitalistische Zersetzung der Klasse und auf die Frage nach einer kollektiven Klasseninitiative. Seither sind mehr "Jobber-Inis" entstanden als vorher gescheitert waren. Seither wurden Prekarisierung und Flexibilisierung der Klasse noch weiter vorangetrieben (38-1/2-Stunden, "Beschäftigungsförderungsgesetz"). Seither stellt das BRD-Kapital ständig neue Profit- und Investitionsrekrode auf. Und seit etwa einem Jahr kommt es wieder zu Masseneinstellungen.

Deshalb ist es wohl an der Zeit, einige Erfahrungen aus der Vergangenheit auf die gegenwärtige Situation zu beziehen und zu gucken, wie wir jetzt weiterkommen.

Daß sich die folgende Thesensammlung dabei sehr stark auf die "Jobber-Inis" bezieht und manchmal direkt an sie wendet, hängt mit obigem und unserer eigenen Geschichte als "Jobber-Ini" zusammen. Wir halten es aber für möglich, so zu argumentieren, weil "Jobber-Inis" nur ein Beispiel sind für all die anderen Initiativen. Und weil wir denken, daß es hierbei um Fragen geht, die sich jedem Proletarier stellen.

Jetzt kommen also zuerst ein paar knappe Thesen zu den "Jobber-Inis", dann die kurze Entwicklung einiger Schlüsselbegriffe, danach der Versuch, einige wenige Aspekte der gegenwärtigen Situation vom Klassenstandpunkt her zu entwickeln und schließlich mündet das Ganze in Fragen und Perspektiven für unsere weitere Praxis.

Krasse Zeiten – Klasse Kämpfe

Jobber und andere Inis

Sozial entstehen die Jobber einerseits als Aussteiger, als individuelle Verweigerung der Arbeit, der Unterordnung unters Fabrikkommando und des 40-Stunden-Takts. Vor dem Hintergrund, jederzeit gutbezahlte Jobs finden zu können, hat sich dieses Verhalten in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gesellschaftlich ausgeweitet. Die Jobber blieben aber eine subalterne soziale Kraft, insofern sie ja nur was ausnutzten, das andere Teile der Klasse durch ihre Kämpfe erreicht hatten.

Zum anderen entsteht die zunehmende Beschäftigung von "Jobbern" (kurzfristige und Teilzeit-Beschäftigungen oft ohne Lohnsteuer und Sozialabgaben, auf "Studenten"-Basis und dgl.) und "illegaler Arbeitskraft" (Asylanten, Ausländer) aus dem kapitalistischen Versuch, auch marginalisierte Arbeitskraft zu verwerten. In einem ersten Schritt wurden damit an einer begrenzten Schicht eine ganze Palette von neuen Ausbeutungsformen ausprobiert, die dann in der ersten Hälfte der 80er wesentlich größere Teile der Klasse erfaßten. Diese moderne Form des "Arbeitsmarkts" sondert nicht mehr ein unproduktives Sub-Proletariat als "industrielle Reservearmee" ab, sondern marginalisiert und verwertet eine "rotierende Arbeitskraft".

Unsere (Karlsruher) Jobber-Initiative entstand an der Schnittstelle 79/80 als Versuch, die Klassenspaltung zu überwinden und im Gegenteil gerade die offensiv mobilen Schichten entlang des Widerspruchs Arbeitsverweigerung-Arbeitszwang zu organisieren, den Widerspruch Marginalisierung-Verwertung also offensiv zu wenden. Die Hoffnung, daß das gelingen könnte, war aus zwei Quellen gespeist: zum einen von der Erfahrung der sozialen Bewegungen der 70er, die immer wieder ihre Arbeitsverweigerung deutlich gemacht und sich in kollektiven Aneignungskämpfen artikuliert hatten; zum anderen von positiven Erfahrungen in der Ausbeutung mit Malochern, die die Sponti- und Autonomen-Scene der 70er als "Normalos" aus dem politischen Horizont ausgegrenzt hatte. Dies gedachten wir also zusammen zu bringen, die Frage war nur : wie ? Und hier kam uns eine begriffliche Ungenauigkeit fatal in die Quere.

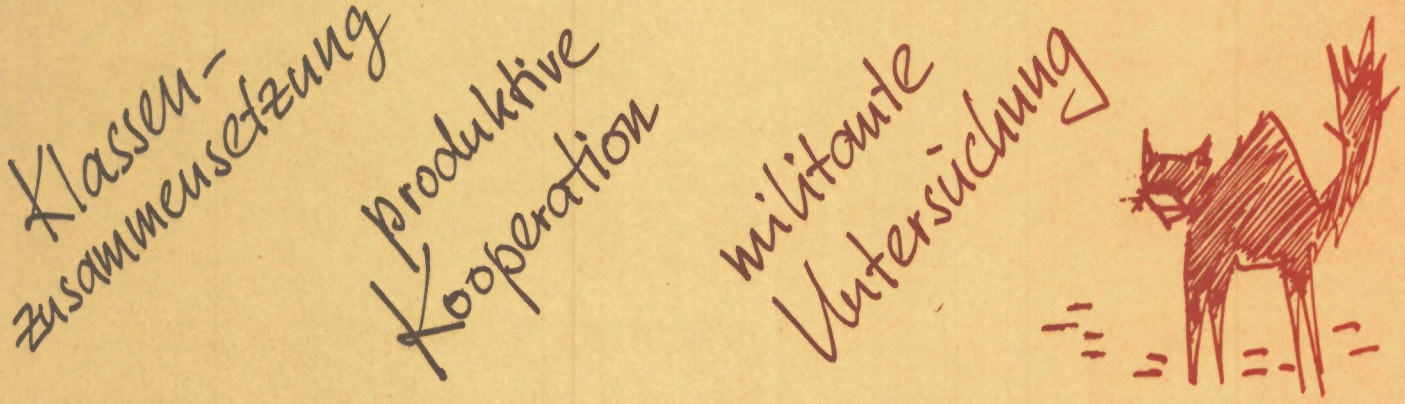
Wir sahen die sozialen Bewegungen vor einem Strudel der "Proletarisierung", in der und gegen die sie sich eine kollektive soziale Existenz würden erobern müssen. Und das hat so nicht gestimmt und stimmt auch heute so nicht. Zum einen, weil der Begriff einer "breiten Proletarisierung" die tausenderlei Möglichkeiten unterschätzt,

mit denen sich die Scene neue, individuelle Einkommensmöglichkeiten auftat: doch noch studieren, Studienabschluß versilbern, Alternativ-Unternehmen aufmachen usw. Zum andern, weil es einen feinen, in diesem Fall aber entscheidenden Unterschied zwischen "Proletarisierung" und "Marginalisierung" gibt: der Ausgrenzungsprozeß breiter Teile der sozialen Bewegungen spielte sich nicht kollektiv anhand des Widerspruchs Arbeitsverweigerung-Arbeitszwang (Marginalisierung-Verwertung) ab, sondern individuell entlang des Widerspruchs Marginalisierung-Selbstmarginalisierung. Vor der Verschärfung der Ausbeutung wich man in "Arbeitslosigkeit" aus, vor der Kürzung des Arbeitslosengeldes und der AL-Hilfe wich man auf Sozi und Schwarzarbeit aus, vor der Kürzung der Sozi-Kohle und Sozi-Zwangsarbeit weicht man in Kleinkriminalität aus. Diese Absetz- und Selbstmarginalisierungsbewegungen sind mit einer solchen Geschwindigkeit abgelaufen, daß sich keine politische Initiative darauf gründen konnte: keine Jobber-, keine Erwerbslosen-, keine Soziempfänger-Ini.

Auch heute sind keinerlei Tendenzen auszumachen, daß der Staat etwa vorhabe, dieser Scene ihre Überlebens- und Reproduktionsmöglichkeiten wegzunehmen. Im Gegenteil haben Pieroth und andere vorgeführt, wie sich die Getto-Tendenzen in "Selbsthilfeprojekten" zu beiderseitigem Nutzen profitabel ausbeuten lassen. Und die Verurteilung eines "Versicherungsbetrügers" führt ja nicht zum Begreifen einer kollektiven sozialen Existenz.

Die ganzen Inis konnten sich in den letzten Jahren aber auch nicht ausweiten, indem sie sich von der "Scene" absetzten und stattdessen auf "Prekäre", "Sozi-Empfänger" o.ä. zu beziehen versuchten. Denn zum einen sind diese Begriffe nur soziologisch zu bestimmen, zum anderen: was sollen "die Prekären" tun ? für Festeinstellung kämpfen ? Der nächste Kampfzyklus der Klasse wird nicht verflossenen und von ihr selbst außer Kraft gesetzten "Sozialstaats- und Beschäftigungs-Garantien" nachheulen, sondern die Arbeit ein für allemal abschaffen!

Unsere Initiativen müssen also zum Grund vorstoßen. Ihr Leitmotiv bleibt nach wie vor, die Subjektivität der sozialen Bewegungen mit der Sprengkraft der Klassenbewegung zusammenzubringen, den Klassenkampf als Kampf um Befreiung zu verstehen und zu praktizieren – und das heißt nicht, den als "politische Scene" kondensierten Überresten einer sozialen Bewegung hinterherzulaufen und diese mit der offiziellen Arbeiterbewegung zusammenzubringen (was ja viele probiert haben: siehe die blinde Allianz zur 35-Stunden-Kampagne!!), sondern das heißt, die nächste soziale Bewegung mit den "neuen Kräften" der Klassenbewegung zusammenzubringen. Gegen die Arbeit, für Einkommen, Kommunismus als Minimalprogramm.



Unser Bemühen und Anspruch, die sozialrevolutionären Initiativen und Ansätze von Selbstorganisation auf die Klasse zu beziehen, stoßen bei einem Großteil der "Linken und Autonomen" auf Naserümpfen und Ablehnung. Insofern diese Ablehnung ein Ausdruck ihrer politischen Orientierung am Getto oder am Parlament (oder an beidem) ist, markiert sie ja auch einen klaren politischen Trennungsstrich zwischen uns und irgendwelchen autonom angestrichenen Reformisten. Insofern das Unverständnis aber nach wie vor auf irgendwelche hölzernen Begriffe und das Arbeiterdenkmal der seligen K-Gruppen zurückgeht, wollen wir nochmal unseren Begriff von Klasse und Klassenzusammensetzung erklären, auch wenn das für langjährige SZ-Leser wohl ne Wiederholung ist.

> "Die einzige materialistische Basis der Subjektivität ist die Klassenzusammensetzung."

Der Begriff "Klassenzusammensetzung" macht zunächst deutlich, daß die Klasse keine unveränderliche Größe ist, sondern sich historisch verändert: die Manufakturarbeiter waren natürlich was anderes als die Arbeiter an den Fließbändern in den 60ern.

Darüberhinaus faßt der Begriff das Verhältnis zwischen Klasse und Kapital als Kampfverhältnis: das Kapital verändert in Antwort auf die Arbeiterkämpfe ständig seine technische Zusammensetzung, strukturiert die Produktions- und Reproduktionsbedingungen um. Damit verändert es auch die Zusammensetzung der Arbeiterklasse, zwingt dieser eine neue "technische Klassenzusammensetzung" auf. Indem die Klasse aber ihre Verhaltensweisen in neuen Kämpfen kollektiv ausdrückt, wird diese "technische" zur politischen Klassenzusammensetzung" – gegen die sich dann das Kapital wieder weiterentwickelt. Die Entwicklung des Kapitals wird somit als Variable des Arbeiterkampfs verstehbar.

> "Die politische Klassenzusammensetzung... ist nicht einfach das Resultat einer Phase oder einer Form der kapitalistischen Entwicklung..., sondern sie ist auch eine fortwährend veränderte Realität, verändert nicht nur von den Bedürfnissen, sondern von den Kampftraditionen, den Existenzbedingungen, der Kultur usw., kurz von all den politischen, sozialen und moralischen Faktoren, die zusammen mit der Lohnstruktur die Struktur der Reproduktionsverhältnisse dieser Arbeiterklasse bestimmen. Die Zusammensetzung der Klasse verändert sich mit der Zeit und mit den Kämpfen und sie kann sich substantiell verändern, so daß wir von der Epoche einer bestimmten Arbeiterfigur reden können." (Negri)

Ganz wichtig ist uns diese Begrifflichkeit deshalb, weil sie uns aus der Sackgasse intellektueller Untergangsstimmung und Verzweiflung zu Zeiten, wenn das Kapital in der Offensive ist, rausbringt, weil sie uns auch in einer Phase von Restrukturierung und Zersetzung der Klasse dazu befähigt, die Atomisierung der Proletarier als technische Klassenzusammensetzung zu begreifen und zu analysieren, und die Augen offenzuhalten für mögliche Brüche und Tendenzen von Neuzusammensetzung.

Produktive Kooperation

"der kollektive Gesamtarbeiter
hat vorn und hinten Augen und Hände
er besitzt in gewissem Grad
Allgegenwart"

Um die Prozesse zwischen technischer und politischer Zusammensetzung der Klasse zu begreifen, müssen wir noch einen Schritt zurückgehen (TheKla 5 und 6 gehen ausführlich um die folgenden Zusammenhänge, so daß ich mich hier auf Stichworte beschränken kann).

Der kapitalistische Versuch, den Mehrwert durch die Ausdehnung des Arbeitstages und damit der unbezahlten Mehrarbeit zu erhöhen, stößt historisch auf die Schranke des Kampfs für den 8-Stunden-Tag. Um seine Mehrwertraten steigern zu können, mehr unbezahlte Arbeit einsaugen zu können, muß sich das Kapital also auf die Reduzierung der notwendigen Arbeitszeit, die Intensivierung der Arbeit, verlegen. Neue Maschinen bürden den Arbeitern mehr und anstrengendere Arbeit auf und haben darüberhinaus eine doppelte Wirkung: sie ersetzen Arbeitskraft und sie machen die Einstellung von "ungelernter", "schwächerer" usw. Arbeitskraft möglich. Marxens Beobachtung im 19. Jhd., daß die Einführung neuer Maschinen also sowohl einerseits die Arbeitslosigkeit steigere als andererseits zur Ausdehnung von Frauen- und Kinderarbeit führe, haben nichts an Aktualität eingebüßt.

Neue Maschinen setzen also die Arbeitskraft neu zusammen. Die kapitalistische Arbeitsteilung, die "Stufenleiter der Produktion" wird weiter getrieben. Dem entspricht die produktive Kooperation der Arbeiter untereinander:

"Die Form der Arbeit vieler, die in demselben Produktionsprozeß oder in verschiedenen, aber zusammenhängenden Produktionsprozessen planmäßig neben- und miteinander arbeiten, heißt Kooperation." (MEW, Bd. 23 S. 344)

Die zwangsweise Kooperation der Arbeiter untereinander erscheint aber als Produktivkraft des Kapitals:

"Die Kooperation der Lohnarbeiter ist ... bloße Wirkung des Kapitals, das sie gleichzeitig anwendet. Der Zusammenhang ihrer Funktionen und ihre Einheit als produktiver Gesamtkörper liegen außer ihnen, im Kapital, das sie zusammenbringt und zusammenhält. Der Zusammenhang ihrer Arbeiten tritt ihnen daher ideell, als Plan, praktisch als Autorität des Kapitalisten gegenüber, als Macht eines fremden Willens, der ihr Tun seinem Zweck unterwirft." (ebd. S. 351) "Ihre Kooperation beginnt erst im Arbeitsprozeß, aber im Arbeitsprozeß haben sie bereits aufgehört, sich selbst zu gehören." (352) "Die Produktivkraft, die der Arbeiter als gesellschaftlicher Arbeiter entwickelt, ist daher Produktivkraft des Kapitals." (353)

Die produktive Kooperation der Arbeiter untereinander entwickelt sich also im Widerspruch von kapitalistischer Vergesellschaftung der Arbeit und Atomisierung der Arbeiter:

"Die Wirkung der kombinierten Arbeit könnte... von den einzelnen gar nicht oder nur in viel längren Zeiträumen oder nur auf einem Zwergmaßstab hervorgebracht werden. Es handelt sich hier nicht nur um die Erhöhung der individuellen Produktivkraft durch die Kooperation, sondern um die Schöpfung einer Produktivkraft, die an und für sich Massenkraft sein muß." (345)

Die "operaistischen" (das Wort kam erst später) Gruppen fanden nun Anfang der 60er Jahre heraus, daß sich dieser gesellschaftliche Widerspruch auch tagtäglich unmittelbar auf Fabrikebene abspielt - und sie konnten mit dieser marxistischen Begrifflichkeit auch kapieren, wie die Arbeiterklasse diesen Widerspruch umdrehen und aus ihm heraustreten kann.

Das Kapital wälzt täglich die Irrationalität des Verwertungsprozesses auf die Arbeiter ab. "Damit der Laden überhaupt läuft" müssen die Arbeiter vieles tun, das offiziell nicht ihre Aufgabe ist. Sie müssen Vorschriften übertreten, konspirative Lager anlegen, beim Akkord schummeln, ihr eigenes Kommunikationssystem entwickeln usw. Denn sie sind die einzigen, die wissen, wie der kapitalistische Plan erfüllt wird. Dies alles ist aber nicht antagonistisch, sondern genauso widersprüchlich wie die kapitalistische Verwertung. Aber die operaistischen Gruppen fanden nun etwas Interessantes heraus:

"Die Vertiefung dieser Thematik (Übergang von der techn. zur polit. Klassenzusammensetzung; d.Aut.) geschieht über den Begriff der produktiven Kooperation. An einem bestimmten Punkt bemerkst du, daß die produktive Kooperation nicht nur für die Herstellung des Produkts funktioniert, sondern auch für die Arbeiterkommunikation, für die Realisierung des Kampfs auf Massenebene. Das heißt, an einem bestimmten Punkt merkst du, daß die produktive Kooperation, also die Tatsache, daß ich, du, er im selben Zyklus arbeiten,

nicht nur eine Kooperation unserer Arbeit für die produktive kapitalistische Verwertung bedeutet, sondern auch eine Reihe von zunächst sekundären Effekten hervorbringt, die für uns aber primär sind. Eine Reihe von Kampfabläufen entsteht, die zu Beginn mechanisch dem Rhythmus und Kreislauf des Arbeitsprozesses folgen, sich dann aber nach und nach davon lösen und zu politischen Elementen werden, die sich auf diese Art ausbreiten. Das ist das erste, was dir ins Auge springt, wenn du z.B. eine ganze Reihe von Sabotageakten verfolgst: es gibt nämlich niemand, der die Sabotage begeht und trotzdem gibt es fortwährend unvollständig ausgeführte Arbeiten und am Ende ist das Produkt absolut unbrauchbar. Und so weiter. Diese Ansatzpunkte der Untersuchung wurden grundlegend bei der Analyse des Zyklus von Olivetti, oder hier bei uns wurden sie z.B. grundlegend, als wir angefangen haben, die Kapitalzyklen in Porto Maghera zu analysieren, den Zyklus des Aluminium, den Zyklus des Glases ; so haben sich für uns diese zunächst total abstrakten Diskurse konkretisiert. Die politische Anweisung wird dann nicht mehr so sehr "Sabotage" sein, sondern konkreter: die Steigerung der kleinen Unvollständigkeiten im Zyklus, Initiativen ergreifen, die sich verbinden mit bestimmten Blockierungen des Zyklus, anfangen, all die Brüche zu analysieren und zu studieren, und zwar so, daß wir sie unmittelbar benützen können, um die Prozesse der produktiven Kooperation zur Neuzusammensetzung der Klasse umzudrehen." (Negri, in TheKla 5).

Wir haben das Zitat nochmal ganz gebracht, weil aus ihm auch deutlich wird, wie bei der militanten Untersuchung Analyse und Initiative zusammenfließen, wie die operaistischen Gruppen buchstäblich aus dem Innern der Klassenzusammensetzung heraus ihre Initiativen entfaltet haben.

Unser Ansatz heute ist nun, diese Fragestellung auf die "diffuse Fabrik" anzuwenden. Im Marx'schen Sinn kooperieren ja diese Arbeiter alle miteinander: sie hängen vom selben Multi ab, der von seinen Montagezentren aus das technologische Niveau, die Arbeitsbedingungen usw. bis hin zu den Löhnen in den Klitschen bestimmt. Zunächst müssen wir überhaupt erstmal die produktive Kooperation in den Roboterhallen, an den Computerterminals, in den Klitschen usw. entschlüsseln. Denn mit jeder neuen Maschinengeneration versucht das Kapital, die produktive Kooperation der Arbeiter auf einem neuen, intensivierten Niveau durchzusetzen und sie gleichzeitig vor ihnen zu verstecken im Mythos des "Mensch-Maschine-Systems". Der nächste Schritt sind dann Initiativen entlang dieses kollektiven Zusammenhangs.

Arbeitslosigkeit ? BIG FLEX !

Die Phase zwischen "Korea-Boom" und "Ölkrise" mit langandauernder keynesianischer Vollbeschäftigung ist eine Ausnahme in der Entwicklung des Kapitalismus : alle andere Epochen sind von einer mehr oder weniger hohen Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet. Mit dem Scheitern des Keynesianismus ist das Kapital also zu seiner "Normalität" zurückgekehrt, es hat eine "industrielle Reservearmee" von zunächst etwa einer Million und seit 1980 offiziell etwa zweieinhalb Millionen Menschen geschaffen. Im Sinne des Kapitals "Überschußbevölkerung", die Druck auf die Lohnhöhe ausüben soll. Das scheiterte in der ersten Phase, hat aber seit etwa 1980 die gewünschten Effekte: die Löhne sinken, Produktivität und Profite steigen.

(diese Sachen sind in den letzten fünf Stadtzeitungen ausführlich behandelt, so daß ich mich hier wieder auf Stichworte beschränke)

Die heutige Massenarbeitslosigkeit ist aber kein Auffangbecken für überschüssige Arbeitskraft, sondern eine riesige Drehscheibe zur Zwangsmobilisierung der Arbeiter, ein "rotierendes Schüttelsieb", an dessen Rändern die Schwachen und Alten runtergeworfen werden (die Metaphorik stammt von der Gewerkschaft!). Mit der Zunahme der offiziellen Arbeitslosenzahlen hat in den letzten Jahren auch das offizielle Arbeitsvolumen zugenommen. Die Überstunden steigen weiter an und sind gerade in Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit auch überdurchschnittlich hoch (Extrembeispiel etwa die Bremer Metallindustrie).

Die tatsächliche Ausweitung des gesellschaftlichen Arbeitsvolumens wird aber erst deutlich, wenn wir zu den offiziellen Zahlen die in den letzten Jahren explosionsartig ausgeweiteten Formen von "Schwarzarbeit", "illegaler Arbeit", "Schattenwirtschaft" und was der schönen Worte mehr sind, dazuzählen.

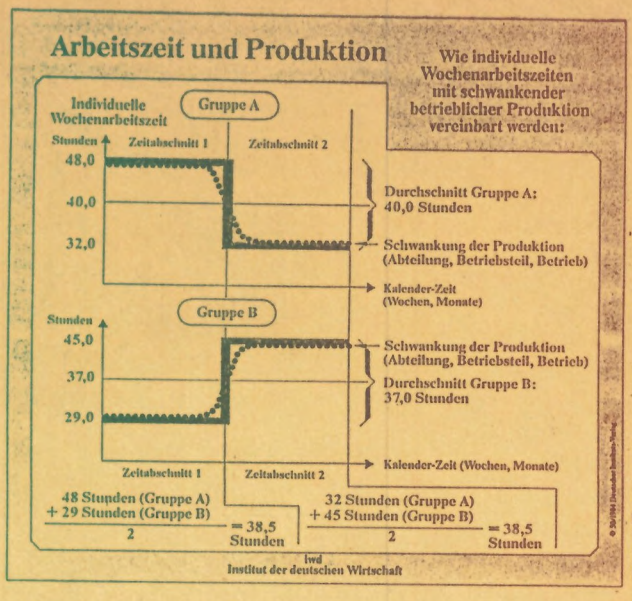
Und das Bild wird schließlich erst dann einigermaßen vollständig, wenn wir die gewaltige Ausweitung der (unbezahlten!) Reproduktionsarbeiten berücksichtigen, die Staat und Kapital mehr und mehr auf die Proletarierinnen abwälzen ("freiwillige" Altenpflege und Krankenpflege zuhause, immer weniger Kindergärten und Tageskrippen, vermehrte Hausarbeit , wenn alles teurer wird: selber nähen und einkochen, Sonderangebote suchen, selber tapezieren usw. usf.).

Und was die "Arbeitslosen" betrifft: die differenzieren sich immer stärker auf. Einerseits gibt es inzwischen etwa eine halbe Millionen ältere Dauerarbeitslose, die keine offizielle Arbeit mehr finden, nach und nach aus dem Bezug von Arbeitslosengeld rausfallen und auf AL-Hilfe und Sozi angewiesen sind. Für die Masse der Proletarier gibt es jedoch keine stabile, langandauernde Phase der AL, sie sind zu einer hochmobilen Arbeitskraft geworden, die zu 60% Arbeiten annimmt unter drei Monaten, um dann wieder arbeitslos zu sein. Die Zeit, in der jemand arbeitslos ist, wird immer kürzer.

"Arbeitslosigkeit" bedeutet nicht Nicht-Arbeit für einen Teil der Klasse, sie ist der Hebel zur Zwangsmobilisierung von Millionen Proletariern in anstrengendere und schlechter bezahlte Jobs, weiter entfernt, kürzer bei z.T. extrem ausgedehnter Wochenarbeitszeit, oft ohne jeden tariflichen Schutz.

Der Zwang zur Arbeit wird damit verschärft, die Arbeit selbst bringt weniger Einkommen, ein Teil der Arbeit wird illegalisiert oder einfach gar nicht mehr bezahlt. Durch die verschärfte Ausbeutung, die Verlängerung des Arbeitstages, Doppel- und Mehrfacharbeit, durch die Einbeziehung immer weiterer Schichten bewirkt diese "Arbeitslosigkeit" genau das Gegenteil dessen, was die herrschenden Mystifikationen verkünden.

Auf der anderen Seite hat das Kapital seit einigen Jahren die höchsten Investitionen in der Geschichte der BRD getätigt. Die Löhne sind also real gesunken, die Arbeitshetze gesteigert worden, die neuen Maschinen und Anlagen sind da – jetzt sollen sie auch laufen! Die 38-1/2-Stunden-Flexibilisierung hat Acht-Stunden-Tag und 40-Tage-Woche abgeschafft, spaltet die Arbeiter auch auf Betriebsebene noch stärker als bisher auf und verschafft dem multinationalen Kapital mit Standort BRD noch größere Vorteile in der "Weltmarktkonkurrenz" (der BRD-Weltmarktanteil ist bereits seit 1980 im Steigen). Der 38-1/2-Stunden-Tarifabschluß paßt präzise in die kapitalistische Verwertungsstrategie: auf der einen Seite die Ausbeutung von Millionen Prekären in Zuliefer-Betrieben, Klitschen, über Sklavenhändler. Auf der anderen Seite die extrem verflüssigte Ausbeutung an den Polen hoher organischer Zusammensetzung (Montagezentren, Kombinate): Samstagsarbeit, Nachtarbeit, Vierer- und Kontischichten, Arbeitszeit nach betrieblichen Bedürfnissen usw.



FAZ 13.5.85

Japan will Arbeitszeiten flexibler gestalten

P. O. TOKIO, 14. März. Die japanische Regierung ist dabei, die Arbeitszeitregelungen im Lande so zu ändern, daß die Arbeitnehmer flexibler beschäftigt werden können. Im wesentlichen ist davon eine Vielfalt von Vorschriften betroffen, die bisher die Arbeitszeit festlegten. So wird unter anderem für weibliche Arbeitnehmer die Nachtarbeit — unter bestimmten Voraussetzungen — zulässig sein. Außerdem sehen die Pläne vor, daß in einer Woche an mehr als sechs Tagen gearbeitet werden kann. Ferner wird die Arbeitszeit, die bisher maximal 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten darf, auf 54 Stunden erhöht, die vom Unternehmen wenigstens vorübergehend angesetzt werden dürfen. Durch diese Neuregelung, die gesetzgeberisch mehrere Monate in Anspruch nimmt, wird sich aber weder die Tages- noch die Wochenarbeitszeit nachhaltig ändern. Auf Perioden verstärkter Inanspruchnahme der Arbeitnehmer müssen nämlich entsprechende Zeiträume mit geringerer Arbeitszeit folgen.

Seit 1980 steigende Arbeitslosigkeit und steigendes Arbeitsvolumen, seit 1980 sinkende Löhne und steigende Produktivität, sinkende Krankenraten, seit 1980 Exportboom, Investitionsboom. Mehrere Kürzungs-"Operationen" haben den Soziallohn der Klasse zusammengestrichen, jetzt auch noch "Beschäftigungsförderungs-Gesetz" und 38-1/2-Flexibilisierung!

Aber keine Bange! Die Geschichte ist nach wie vor eine von Klassenkämpfen! Und selbst in den zurückliegenden Jahren, in denen das Kapital so offensichtlich in der Offensive war, mußte es erleben, daß Vorhaben und Verwirklichen zwei paar Stiefel sind. Alles, was sie durchsetzen, reißt an anderer Stelle neue Löcher.

Wogegen sie dann wieder die Repression verschärfen müssen: Franke bläst gerade zum zweiten Generalangriff auf die "illegale Arbeit" (das heißt im Kern auf die Kopplung von Sozialkohle mit Schwarzmaloche), Arbeitsamtsfahnder durchstreifen das Land, Sozi-Bullen machen per Computerabgleich Rasterfahndung auf Sozi-Empfänger usw.

Aber die staatlichen Versuche, dem Kapital noch mehr und noch billigere Arbeitskraft zuzutreiben, erschöpfen sich, werden zweischneidig. Weitere Kürzungen sind "sozial und politisch nicht durchsetzbar", seit langem angekündigte Verschärfungen werden wohl die Schubladen nicht mehr verlassen, teilweise sind bereits erlassene Gesetze wieder zurückgenommen oder abgeändert worden.

Für Millionen ist der ausbalancierte Gebrauch von AL- und anderer Kohle, Zeitverträgen und Schwarzarbeit inzwischen zur alltäglichen Routine geworden. Die Erpressung mit Zeitvertrag und "Festeinstellung nur bei Bewährung" funktioniert bei wachsenden Teilen des Proletariats nicht mehr, man findet ja sowieso wieder was. Weitere Verschärfungen könnten zum Funken an der Lunte werden.

Die neu geschaffene gesetzliche Möglichkeit z.B., Leute auf 18 Monate befristet einzustellen, bringt natürlich einerseits eine weitere Verschärfung der betrieblichen Selektionsmöglichkeiten. Verwischt aber andererseits (endgültig?) die Trennungslinie zwischen "Aushilfskräften" (als was man Prekäre in den Betrieben gerne marginalisierte) und "Stammbelegschaft", läßt homogenisierende Konflikte von unten her in die Perspektive treten, z.B. wenn 20 "Kollegen" nach 18-monatiger Be-

triebszugehörigkeit wieder rausfliegen sollen. Und was, wenn die Leute gar nicht mehr scharf sind auf lebenslange Festeinstellung ? Routinierte Prekäre können sich leicht ausrechnen: Probezeit oder noch besser die ersten sechs Monate rumkriegen (wegen des Kündigungsschutzes, mußt du bei jeder Einstellung!) und dann im Schutz der Quasi-Unkündbarkeit (befristete Verträge sind nur schwer zu kündigen, wenn du keine groben Fehler machst!) abwechselnd Urlaubsgeld und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kassieren; nach 18 Monaten Abgang und damit Anspruch auf 6 Monate AL-Geld. Macht summasummarum 12 Monate Maloche und 24 Monate Einkommen.

Das soll kein Triumphgeheul auslösen, solche individuellen Möglichkeiten sind ja nur die andere Seite davon, daß kein kollektiver Kampf gegen die Arbeit läuft. Es soll nur zeigen, welche Schwierigkeiten das Kapital hat, die Geister, die es ruft, dann auch in seinem Sinn zu verwerten und zu beherrschen.

Vor diesem Hintergrund kann man durchaus auch "Boom" und Masseneinstellungen als Reaktion auf proletarische Verhaltensweisen sehen; wie sonst sollen wir es uns erklären, wenn die FAZ in letzter Zeit sich darüber beklagt, daß sich niemand mehr über die hohen AL-Zahlen beklagt ...?

Einerseits führt das Kapital damit vor, daß Keynes endgültig begraben ist: der Zyklus wird nicht durch Nachfrageschöpfung gesteuert, sondern durch einen Exportboom ohnegleichen, den ein künstlich verteuerter Dollar schmiert. Andererseits sind aber auch hier die kapitalistischen Illusionen schon wieder geplatzt: anfängliche Versuche, jetzt nur noch "junge, deutsche, stabile Arbeitskraft" einzustellen, mußten meist sehr bald wieder aufgegeben werden; und die hohe Fluktuation unter den Neu-Eingestellten geht nur zum Teil auf die betriebliche Selektionspolitik zurück, zum anderen Teil auf die Unlust der Leute, sich längerfristig dem Fabrik-Kommando unterzuordnen.

Die ganzen linken Apokalypsen von Massenverelendung, 9 Millionen Arbeitslosen, Hungerrevolten in der BRD usw. sollten wir wegschmeißen, die gehören ins Arsenal der psychologischen Kriegsführung des Klassenfeindes. Der "Standort BRD", die hier durchgesetzte gesellschaftliche produktive Kooperation ("Infrastruktur", "menschliche Ressourcen", "Qualifikationspotential" und was für Begriffe sonst sie dafür haben) sind dem multinationalen Kapital viel zu wertvoll, als daß sie hier mit dem Holzhammer hantieren würden. Der Arbeitsmarkt ist kein Warenmarkt, wie sie es uns in ihrer Propaganda einreden wollen, sondern muß die produktive Kooperation gewährleisten. Und deshalb ist nicht der weiter verschärfte Verelendungsangriff auf die Klasse angesagt, sondern die Kombination von "Boom" und "Krise", Rekordprofite bei Siemens und Zusammenbrüche im Bausektor, Masseneinstellungen bei gleichbleibenden AL-Zahlen usw.

Und jetzt 222

So kommen also die "Prekarisierten", manche mit sozialrevolutionärer Vergangenheit, möglicherweise sogar Militante einer Jobber-Ini (wie's in letzter Zeit im Ruhrgebiet und so vielen anderen Städten passiert sein soll) in das Gedränge einer solchen Masseneinstellung.....

Erstmal werden sie feststellen, daß wir keine futuristischen Science-Fiction-Begriffe von Voll-Automatisierung, "menschenleeren Fabriken" usw. brauchen, um zu kapieren, was abgeht, sondern daß die bewährten Begriffe von Klassenkampf dafür ausreichen.

Als nächstes werden sie sich aber auch die Augen reiben und merken, daß wir theoretisch wie praktisch noch ganz am Anfang stehen. Die Zwangsrotation hat sehr viel zerstört, in den Fabriken weiß niemand mehr was von den Kämpfen vor zehn Jahren, unter den Neu-Eingestellten hat kaum jemand Erfahrungen, im kollektiven Umgang mit Maloche, Akkord, Kapo und was der Schönheiten mehr sind.

Wir werden uns also erstmal Stück für Stück die neu durchgesetzte produktive Kooperation aneignen müssen. Und auch das nur als Ausgangspunkt, um die allerwichtigsten Fragen wenigstens mal auf die Reihe zu kriegen und anpakken zu können:

- welche Rolle spielen die neuen Maschinen ? machen sie weitere produktive Dezentralisierung möglich ? (Auslagerung, Zulieferei - Anlernzeiten - Hersteller)
- wer arbeitet an ihnen ? welche Mythen erzeugt das Kapital ? ("Qualifikation", "Aufstieg"...)
- wie zerbrechen diese Mythen und wie können sich die Arbeiter ihre produktive Kooperation gegen das Kapital aneignen ? ("Funktionenhäufung", Gesamtarbeiter, Intensivierung...)
- welche Perspektiven haben die, die aus der Fabrik abhauen ? welche die, die bleiben ?

Zugegeben, es ist ganz schön schwierig, sich in solchen Situationen zu bewegen und noch so viel unklar zu haben. Aber deswegen haben wir ja auch die Parole "Militante Untersuchung" ausgegeben und eben nicht "Jobber-Organisation", "Parteiaufbau" oder ähnlichen Quatsch. Im Moment ist es für die entstandenen Jobber- u.ä. Inis vor allem angesagt, sich eine Bewegungsfreiheit zu erobern, die es ihnen erlaubt, sich bestimmte Ausbeutungssituationen gezielt vorzuknöpfen und da reinzugehen. Die es ihnen andererseits ermöglicht, die gemachten Erfahrungen zu verallgemeinern.

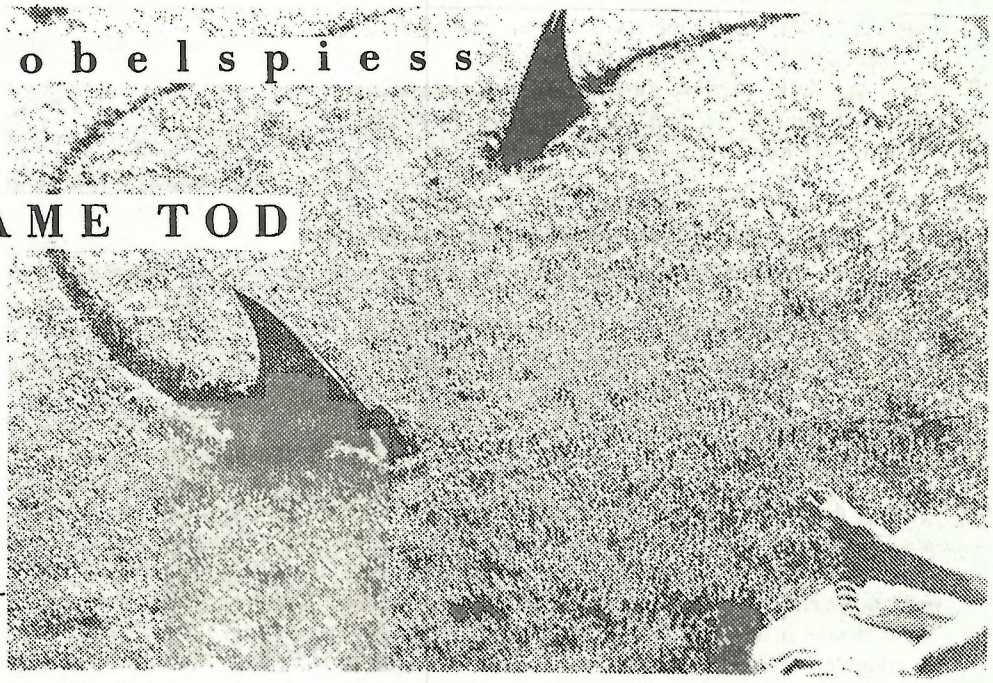
"Wir erarbeiten unsere Hypothesen für Avantgarden, die den Kämpfen eine Richtung zu geben vermögen, nicht also für neue geschlossene und in ihrer ideologischen Reinheit isolierte "Gruppen". " (Alquati, The-Kla 5)

Also: die militante Untersuchung vorantreiben, Arbeiternetze aufbauen, DIE "SPONTANEN" KÄMPFE DER 90er JAHRE VORBEREITEN !

Ich wurde unter dem grauen Himmel und dem Regen einer normannischen Provinzstadt geboren: In Elbeuf, Seine-Maritime. Eine Arbeiterstadt, durchtränkt von dem Gestank der Textilien, Wolle und Wirkerei der feinen Bettwäschefabriken und den fauligen Gasen der vor kurzem eingerichteten Chemie- und Maschinenniederlassungen. Eine Stadt des Verschleißes, des säuerlichen Schweißgestanks mit ihren Kneipen und dem neurotischen Alkoholismus an Zahltagen. Die Sonntage waren trübe und leer. Die Stadt ruhte sich aus von den Zuchthäusern der Bosse. Sie stellte sich tot. Wartete auf den unvermeindlichen Montag, wo die Maloche wieder beginnen würde. Sonntags kam der Nachbar zu uns zum Kaffee, unaufhörlich seinen Sermon herunterbetend: " Ich werde früh schlafen gehen, um in Form zu sein."
Montags ging dann das künstliche Leben und Treiben volle Kanne wieder los: Plötzlich schien die Stadt überflutet von Menschen, von Leuten in Eile, die da herumliefen, wo nichts sieerwartete - oder nur der Zwang des Alltags: Karte in die Stempeluhr stecken, sich an den Zeitplan unter Aufsicht des Vorarbeiters ketten lassen. Vor der Kirche Saint-Jean, wo wir in einer Fertigbaubaracke wohnten, sammelte der Renault-Bus die Arbeiter ein. Das funktionierte wie ein gut geöltes Uhrwerk: Von 6 Uhr bis 14 Uhr und von 14 Uhr bis 22 Uhr. Von dem Zimmer aus, in dem ich mit meinem Bruder Jean lebte, sah ich den Bus tagsüber und hörte ihn in der Nacht. Ich lag schon im Bett, wenn um 22 Uhr sein Motor aufbrüllte, und um 6 Uhr morgends wurde ich davon geweckt. Man durfte sich nicht beklagen. Fast direkt unter unserem Fenster füllte sich dieser Bus ständig mit frischem Menschenblut, um das Leben der Menschen für die Fabrik zu rauben.

Roger Knobelspiess

QHS*-
DER LANGSAME TOD



*QHS - Quartier de Haute Sécurité - Hochsicherheitstrakt

REZENSION

Roger Knobelspieß lebte zusammen mit seiner Familie, er hatte 4 Schwestern und 2 Brüder, in einer baufälligen Baracke. Sein Vater lebte vom Schrottsammeln und von kleineren Gaunereien, weshalb auch ständig die Bullen bei ihnen zuhause aufkreuzten. Die Geschwister mußten irgendwelches Grünzeug auf dem Markt verkaufen und lernten auch vom Vater so manche Tricks, um an Geld heran zu kommen. Es war immer das Problem, mal hatten sie welches und mal nicht. Oft verschwand der Vater nach heftigen Streitereien mit seiner Frau und kam erst nach ein paar Wochen wieder nach Hause. Dann kümmerte er sich wieder ein bisschen um den Unterhalt der Familie.

Roger war 18 Jahre alt, als er das Haus verließ, um in den Knast zu gehen. 1969 kassierte er 3 Jahre Knast für Autodiebstähle und Klauereien in Zweitwohnungen.
Kurz nach der Verurteilung konnte er flüchten. Ein paar Tage später wurde ein Tankwart überfallen, einer der Räuber wurde gefasst. Weil er sich an Roger rächen wollte sagte er aus, Roger wäre sein Komplize gewesen.
Der darauffolgende Prozeß - Roger wurde schnell gefasst- orientierte sich nicht an Tatsachen - Rogers Zeugen wurden beispielsweise gar nicht gehört - sondern man brauchte einen Schuldigen. 1972 schließlich wurde Roger zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt, Revisionsanträge wurden abgelehnt.
Roger lebte wie viele: kleinere Gaunereien von Kindheit an, den Hass gegen die Maloche, Jugendstrafen, ausreißen, eingesperrt sein, herumirren und schließlich Knast. Von einem Getto ins andere. " Vom Elendsviertel in die QHS" wie er schreibt.

Zu dem Zeitpunkt, als Roger dieses Buch schrieb, ist er 12 Jahre in Gefangenschaft und 31 Jahre alt.
Er kam zu einer Zeit in den Knast, in der sich der Unmut der Gefangenen immer mehr äußert und Ausbruch findet in den Revolten von 1974. Roger hat sich im Knast angefangen zu politisieren und immer gegen die unwürdigen Verhältnisse gekämpft.
Bis zu den Revolten 1974 hatte die französische Öffentlichkeit kaum etwas von den Zuständen in den Gefängnissen gehört. Es waren die Gefangenen selbst, die durch eine Kette von spontanen Aufständen auf sich und die Haftbedingungen aufmerksam machten. In mehreren Knästen liefen gleichzeitig zig Aktionen: Dachbesteigungen, Hungerstreiks, hunderte Gefangene verweigerten die Arbeit, in Cambrai zertrümmerten Gefangene die Verwaltungsbüros und schließlich demonstrierten die Angehörigen vor den Gefängnissen. Die Bilanz dieses Sommers: es gab Ausbrüche und Verletzte und 7 ermordete Gefangene.
Roger galt bei vielen dieser Aktionen als "Rädelsführer" und handelte sich so immer wieder die QHS ein und Verschubungen in noch härtere Knäste.

Die Antwort auf die Revolten kam 1975 in Form einer Strafvollzugs"reform":
1. Isolationshaft für die als "gefährlich" eingestuften Häftlinge durch die Schaffung von Zentren verschärfter Sicherheit und Hochsicherheitstrakten.
2. eine allgemeine Liberalisierung in den Haftanstalten, zugeschnitten auf die Häftlinge, die sich "verdient" machen möchten.

Ein Spiel von Zuckerbrot und Peitsche, in etwa mit dem "Stufenvollzug" in der BRD zu vergleichen, soll dafür sorgen, daß sich die Revolten von 74 nicht wiederholen.

Roger arbeitet in seinem Buch die Unterschiede heraus zwischen den sogenannten " liberalen" und " harten" Trakten. Im folgenden Zitat beschreibt er den Eintritt in einen solchen "liberalen" Trakt:

Ich habe die Türschwelle überschritten, schwer schließt sich das Tor hinter mir. Vor dem Eingang des Zellentrakts wartet ein Chef. Er sagt: "Komm her, mein Junge". Das ist kein feindlicher Empfang. Der Chef G ... ist dafür bekannt, kein übler Mensch zu sein, keiner von diesen Sadisten, von denen es unter den Wärtern wimmelt. Ich passiere die Gefängnisverwaltung, dann öffnet sich das schwere Metalltor, um mich dem Trakt-Aufseher auszuliefern. Zwischen meiner Ankunft und dem Einschluß in eine QHS-Zelle sind keine zwei Minuten vergangen. Auf der kleinen Strecke bis zur Zelle fangen meine Augen wenige Einzelheiten ein, mehr aus Reflex als aus Gewohnheit. Ein Blick auf mein neues Grab. Drei Stockwerke, zwanzig Zellen pro Etage in Zehnerreihen, ungefähr 60 Zellen in diesem hermetisch abgeschlossenen Trakt, der wie ein Kastenwagen wirkt, mit einer einzigen Öffnung nach außen. Kleine, von Wachtürmen umgebene Höfe. Ein echter Raubtierkäfig, ohne Raum. Ein Gewirr von Kellern, der Dachboden. Und wir, die wir in den Zellen vermodern ... Zwanzig Minuten später kommt ein Brigadier, begleitet von vier Aufsehern, um mich zu holen: „Nackt ausziehen!".
Alle haben mich umzingelt, belauern jede meiner Bewegungen, bereit, einzugreifen. Langsam ziehe ich mich aus, werfe ihnen die Kleidungsstücke hin. Alle meine persönlichen Dinge werden von dem Brigadier überprüft. Das Tabakpaket wird geöffnet, die Blättchen halb zerrissen.
- In den Zigarrettenpapierpäckchen verstecken manche Rasierklingen.
- Ja, ich verstehe.
- Merken Sie sich, hier werden Sie nicht von vorneherein zusammengeschlagen. Wenn Sie sich ruhig verhalten, wird man sich nicht mit Ihnen anlegen. Sollten Sie versuchen, einen Aufseher zu berühren, werden Sie massakriert. Sie sind für mindestens ein Jahr hier drin. Es wird Ihnen nicht schlecht gehen. Sie haben hier Tischtennis und Fernseher. Hofgang zu zweit oder zu dritt. Vollkommene Isolierung für die nächsten zwei Wochen. Wenn alles klappt, Aufhebung der Isolation, wenn nicht, Verlängerung solange es nötig ist. Das hier ist kein Mädchenpensionat, aber es gibt QHS, die härter sind. Sie haben Scheiß gebaut, Sie zahlen dafür. Einverstanden?
- Nein, nicht einverstanden.
- Mit was sind Sie nicht einverstanden?
- Mit der Formulierung: "Scheiß gebaut".

Rogers Buch ist ein präziser Bericht über das "Leben" in den QHS. 8 Jahre lang war er alleine in der Zelle. Nach 3-jähriger Totalisolation brauchte er 18 Monate, um wieder sprechen zu lernen. Er schildert die langen Tage, an denen er mit niemandem reden kann.

Endlose Tage - und Jahre hocke ich in der Zelle, ausgeschlossen vom Leben und den gemeinsamen Aktivitäten des Knastes. Von den letzten elf Jahren habe ich mehr als acht alleine in der Zelle verbracht, allein mit mir selbst, ganz wie zu Zeiten der lebenslänglichen Zuchthausstrafen, die Jack London in «Le Vagabond des etoiles» beschreibt. In dieser tiefen Einsamkeit fixiere ich einen Punkt in der Zelle, ich hypnotisiere mich, mache mich davon, raus aus den Mauern. Zurück bleibt eine hypnotisierte Puppe, von einem Wärter durch das Guckloch verständnislos betrachtet. Diese Gefangenschaft unter Sonderbehandlung läßt mich verkümmern, zerfallen. Manchmal macht mich der lange Marsch durch die Zelle, diesen kubischen Raum, fast krank. Ich bin ein Schiffbrüchiger, im physiologischen Schwund begriffen, in den sensoriellen Todeswolken schwebend wie Robinson auf einem Ozean der Verzweiflung. Ich fühle mich zu aufgebraucht, um mich noch zu gebrauchen. Mein Leben ist kein Leben mehr. Es ist eine zerbrechene Existenz, steif geworden wie der Beton der Zelle. Welche Hoffnung, welche Schimäre kann mich wieder beleben? Dieser Justizirrtum hat mich zugrunde gerichtet; Tropfen für Tropfen sickert der Tod in mich ein, Minute für Minute, Stunde für Stunde, Tag für Tag: Ein Alltagsleben gradliniger Bestrafung. Die Begriffe Dauer, Zeit, Grausamkeit, Erbitterung, Unmenschlichkeit haben sich für immer in mein Gedächtnis eingebrannt. Moralische Enthäutung am lebendigen Leibe, durch diesen unaufhörlichen Schmerz, dieses Leiden, dessen Schreie nicht aus dem Mund herauskommen, Leiden, das vom Bewußtsein der Menschen ignoriert wird. Dieses Leiden wird von der Gesellschaft zurückgewiesen, von einer Gesellschaft, die jede Daseinsberechtigung in Frage stellt, die alle Illusionen und Verniedlichungen der Realität zerbricht. Der Mensch besitzt nicht genügend Menschlichkeit, um sich der von ihm selbst geschaffenen schrecklichen Realität zu stellen - einem Justizirrtum, dem Eingesperrtsein. Sie haben aus mir ein Stück Nicht-Leben gemacht, eine Haut ohne Geruch, einen vom Tode gestreiften Schatten.

Er beschreibt seine Versuche, mit anderen Gefangenen im Trakt zu diskutieren, was man unternehmen könne gegen das Verrecken in den QHS.

1977, ein Jahr bevor die Repression sich verschärfte und das Gesetz über den QHS verabschiedet war, war es noch möglich, mit anderen Gefangenen Kontakt zu haben. Diese Kontakte, wenn auch bruchstückhaft, erlaubten die Organisierung kollektiver Kämpfe, die in der Presse ihr Echo fanden. Es waren die Hungerstreiks, die eines Tages die Wahrheit und nichts als die Wahrheit über die Wirklichkeit der Todes-Trakte, über die Knastrealität in die Öffentlichkeit schleuderten.

Es war im Laufe des Novembers. Ich lauschte nach draußen und hörte eine Stimme, die rief:

- Heh, da nebenan, ist da jemand?

Ich kletterte an mein Zellenfenster und antwortete:

- Ja! Wie heißt Du?
- Ich komme gerade aus einem anderen QHS.
- Wie heißt Du?
- Hadjadj.
- Ah ...
- Du kennst mich?
- Durch die Zeitungen.
- Und Du, wie heißt Du?
- Roger Knobelspiess.
- Kenn ich nicht. Wer ist alles hier?
- Mesrine war hier, dann der kleine Francois (Besse), aber sie sind heute morgen verlegt worden. Bis jetzt weiß man nicht, wo sie sind. Wer noch bleibt: Ich, Jean-Marie Boudin, Michel Desposito, Taleb Guerfi. Das ist alles.
- Jacques und Francois müssen in der Santé sein. Debrielle ist in einem anderen QHS, und ich bin hier. Sie haben uns getrennt, weil er in der Presse bezeugt hat, daß die Wärter mich zusammengeschlagen haben. Mann, haben die mir einen verpaßt! Und weißt Du, warum? Die haben einen Typen im Bunker zusammengeschlagen, ich habe aus Protest ans Gitter geklopft, und - zack, Schläge in die Fresse, ich geh zu Boden, die haben mich auf dem Rücken in den Bunker geschleift, ich hatte gerade noch Zeit zu schreien: „Daniel, die schlagen mich zusammen!“ Im Bunker bin ich zu mir gekommen, noch halb betäubt. Wie üblich haben die das Ding damit gerechtfertigt, ich wäre es gewesen, der angegriffen hätte, und um ihre Anschuldigung abzusichern, haben sie mir 30 Tage Bunker aufgebrummt. Nee, nee - ich alleine stürz mich auf zehn Kerle? Das ist doch absurd. Aber die werden ja vom Ministerium gedeckt, selbst wenn die uns notfalls umbringen, das ist die Reform!
- Ja, ich bin ein bißchen auf dem Laufenden. Hab die Artikel in “Le Monde“ und “Libération” gelesen, die sind nach einer Radiosendung erschienen, die der CAP vor den Toren der Santé gemacht hatte. Die war übrigens Dir gewidmet.
- Ach so, Du weißt also Bescheid. Wie stehts hier? Ist der CAP immer noch da?
- Was solln das, klar ist der da, mit den Kumpels, die sind ne dolle Clique. Ich weiß nicht, wie der QHS der Santé ist, aber von dem hier habe ich persönlich die Schnauze voll. Wir sollten uns unter uns einigen, was zu machen, die Öffentlichkeit zu mobilisieren.
- Du hast vollkommen recht. Paß auf, ich werd meine Sachen auspacken, einräumen, und heute abend reden wir am Fenster drüber. Ich klopf dreimal ans Heizungsrohr, das ist dann für Dich. Wie war nochmal Dein Vorname?
- Roger. Und Deiner?
- Ich, ich heiße Taleb.

Danach haben wir am Fenster diskutiert und beschlossen, zwecks eines kollektiven Hungerstreiks Kontakt mit den anderen aufzunehmen. Außer Jean-Marie war keiner begeistert. Desposito meinte, die meisten würden zwischendurch aufgeben, und wir ständen dann da mit der ganzen Repression auf dem Buckel. Außerdem hätte er sowieso keine Chance, aus dem QHS rauszukommen. Wir diskutierten ernsthaft unter uns. Schließlich waren alle dafür, einschließlich Guerfi, der fast am Ende seiner acht Jahre war.

Er und einige andere Gefangene haben nie aufgehört sich zu wehren und sich immer wieder an die Öffentlichkeit zu wenden. Sie schrieben Kommuniques mit ihren Forderungen an liberale Zeitungen, weil sie sich von ihnen Einsatz versprachen. Sie bombardierten die Regierung mit hunderten von Briefen aus den QHS heraus, in der Hoffnung, die liberalen Flügel würden sich für eine Knastreform einsetzen. Unter ihnen war auch der linke Rechtsanwalt Badinter (er hatte bsp.weise immer gegen die Machenschaften des damaligen Jumi Peyrefitte geschossen), der sich als Vertreter der Gefangenen aufspielte.

Als Badinter unter der Regierung Mitterand Justizminister wurde, schaffte er angeblich per Erlaß 1981 die QHS ab. Roger macht an seiner Geschichte deutlich, was die regierenden Sozialisten in Frankreich in Wirklichkeit sind: Verräter des Volkes - denn die QHS sind nicht abgeschafft worden, sondern durch die berühmt-berüchtigten QI - Quartiers d´Isolation ersetzt worden.

Durch seine Veröffentlichungen (Liberationartikel...) ist Roger zu einer Art " Lieblingsbandit" der französischen Intellektuellen geworden. Er hat es auch wohl dadurch geschafft, von Mitterand begnadigt zu werden. Roger hat aber nie verhehlt, daß er ein Knacki ist, und in seinem Buch stellt er sich auch nicht als etwas besonderes dar. Nach neun monatiger Freiheit wird er im Juni 1983 wieder geschnappt und wegen eines Raubüberfalles angeklagt.

" Wir wollen dein Fell " verkündeten die flics.

Haben sie es ?

In einem Interview, kurz nach seiner Verhaftung sagt Roger : " Im Knast stoße ich wieder auf die QHS, bei den Richtern wieder auf die gleichen des alten Regimes. Die Strategie der Linken : sich mit den Strukturen des alten Regimes zu identifizieren. Diejenigen, die Badinter verteidigen, verteidigen eine repressive Macht, die gleiche wie die des Herrn Peyrefitte. Die linke Justiz profitiert von dem Heiligenschein, der in Genf Bewunderung hervorruft. In Wirklichkeit ist sie noch gewalttätiger als die Justiz der Rechten.

Wenn es Schicksal war, was mich zurück in den Knast gebracht hat , so das, den Kampf von Grund und Boden aus wieder aufzunehmen."

Die Katze mag nicht nur Milch,

USA im Jahrzehnt vor dem 1. Weltkrieg:
der Kampfzyklus der Wobblies erreicht seinen Höhepunkt. Die Kämpfe unterscheiden sich von den bisherigen dadurch, daß sie nicht von einer begrenzten Schicht von Arbeitern und mit begrenzten Forderungen geführt werden, sondern daß sich in ihnen un - und angelernte Arbeiter verschiedenster Nationen und Hautfarbe vereinigen.

Mit ihren Kämpfen um "mehr Lohn und weniger Arbeit" versuchen sie, die bestehende Klassenspaltung von unten her aufzuheben. Ihr Traum ist eine einzige weltweite Gewerkschaft, um die kapitalistische Produktionsordnung zu zerschlagen.

In den vergangenen Jahren hat das Interesse an der Geschichte der Wobblies zugenommen. Die Bedingungen, mit denen die Wobblies konfrontiert waren, scheinen auf den ersten Blick den heutigen recht ähnlich: Dequalifizierung, Zwangsmobilität, Sklavenhändler, breite Teile der Klasse werden von keiner Gewerkschaft repräsentiert. So liegt offenbar nichts näher, als "aus der Geschichte zu lernen", uns an den Kämpfen der Wobblies und ihren Kampfformen - "wildcat"Streiks, Sabotage, kollektive Aneignung, zu orientieren.

Sicherlich lassen sich die Verwertungsbedingungen in den USA am Anfang dieses Jahrhunderts nicht mit den heutigen gleichsetzen und folglich auch die Kampfinhalte und - Formen nicht kopieren. Dennoch läßt sich anhand der Geschichte der Wobblies das Handwerkszeug schärfen, das nötig ist, um sich heute, 70 Jahre später, politisch zu orientieren.

In blutigen Auseinandersetzungen hatten sich die gelernten Arbeiter in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts gegenüber den Unternehmern eine Machtposition erkämpft, die darauf beruhte, daß sie über das zur Aufrechterhaltung der Produktion notwendige Wissen verfügten. Mittels einer aus dem Zunftsystem des Mittelalters entlehnten Organisationsform streng nach Berufen hatten sie sich die Basis geschaffen, um die Kapitalisten zu Verhandlungen über Löhne und Arbeitszeit zu zwingen und ihre in jahrelangen Kleinkriegen erkämpften Privilegien zu sichern - vor allem der "blaue Montag" wurde als Recht verteidigt - schließlich wurde der "closed shop" erkämpft für Betriebe, in denen nur organisierte Arbeiter eingestellt werden durften, um so ihre Position gegen andere Arbeiter zu sichern.

Der so gewachsenen Macht der Gelernten begegneten die Kapitalisten bereits seit Anfang der 90iger Jahre mit Rationalisierungen, die den Einfluß der Facharbeiter auf den Arbeitsprozeß schmälerten und statt dessen verstärkt die Ausbeutung Ungelernter möglich machten.

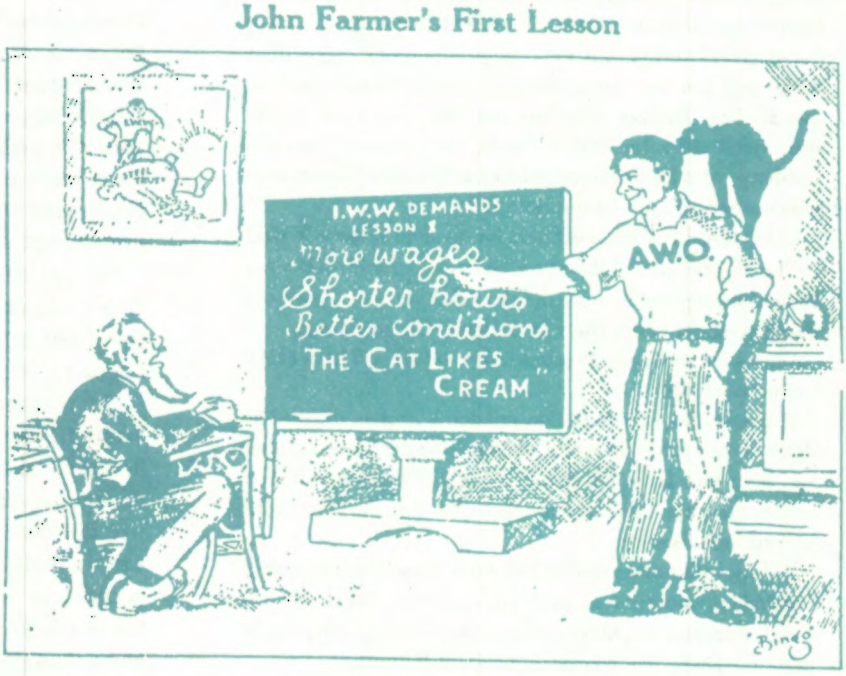
Die wachsende Bedeutung dieser Ungelernten für die Produktion fand ihren Ausdruck in Arbeiterkämpfen völlig neuen Charakters: Ungelernte, meist Immigranten erhoben ihre Forderungen, ohne Zustimmung der Berufsgewerkschaften und meist gegen sie. G. Bock spricht von einer "Revolution innerhalb der Arbeiterbewegung."

In dem Maße, wie sich die Ungelernten ihrer wachsenden Bedeutung bewußt wurden indem die Unterschiede zu den Gelrnten schwanden, ließen sich die Berufsgewerkschaften zu Ordnungshütern der Kapitalisten funktionalisieren: darauf bedacht, ihren real schwindenden Status zu verteidigen, reichten ihre Dienste von der Streikbrechertätigkeit bis hin zur gewaltsamen Niederschlagung der Ungelernten.

Sie hatten bereits ind dieser frühen Entwicklungsphase des Kapitalismus die Begrifflichkeit der "Klassenzusammensetzung" entwickelt: in den 90iger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war die Rationalisierungsoffensive der Kapitalisten nicht an einem unabhängigen technischen Fortschritt orientiert, sie war auch nicht Produkt allmächtiger vorausschauender Kapitalisten, sondern der riskante Versuch, den Einfluß der Berufsgewerkschaften durch eine neue technische Klassenzusammensetzung zu brechen, die die Arbeiter in materiellen Gegensatz zueinander stellen sollte, was eine geänderte Organisation der Produktion erforderte.

Diese Gegensätze manifestierten sich in dem Maße, in dem die Ungelernten ihre Interessen formulierten und behaupteten !

- die Organisation der Arbeit zwang sie zur strengen Zusammenarbeit für den Unternehmer und schuf damit erst die Voraussetzung, damit sich dieses Vielvölkergemisch seiner kollektiven Macht bewußt werden konnte;
- täglich erfuhren die Ungelernten, daß der Unterschied zum Gelernten



John Farmer's erste Lektion. Die IWW fordern — Lektion 1: Mehr Lohn, weniger Arbeit, bessere Arbeitsbedingungen. „Die Katze mag Sahne."

die Katze mag auch Sahne!

schwand. Dieselbe Tätigkeit wurde verrichtet oder sie konnten es zumindest, nur daß ihre Hände und Köpfe viel schneller ausgelaugt waren und ihre Löhne niedriger. Dadurch verlor der Lohnfetisch, die Bemessung der Löhne an der Qualifikation, seine spaltende Funktion. Ausdruck davon waren die Kämpfe um gleichen Lohn.

Die Mobilität, der die Ungelernten unterlagen, und die zunehmend zerlegten Arbeiten, die sie zu verrichten hatten, führten zu einer vollkommenen Fremdheit gegenüber der Arbeit. Für die Ungelernten ging es nicht vorrangig darum, irgendwelchen arbeitsplatzspezifischen Forderungen durchzusetzen, sondern grundsätzlich die Organisation der Produktion in Frage zu stellen, um dem vorgezeichneten Schicksal, dem frühzeitigen Verschleiß in wenigen Jahren härtester Knochenmaloche zu Hungerlöhnen zu begegnen. Folglich schlugen auch alle Versuche der "AFL" Gewerkschaften, die Ungelernten nach Art der Berufsgewerkschaften zu organisieren und so die wachsende Gefahr für die Facharbeiter zu kanalisieren, fehl.

Im Gegenteil erwuchs unter den Ungelernten gerade das Bewußtsein, daß ihnen keine traditinnelle kampfstarke Gewerkschaft helfen konnte, die ihre Interessen gegen den entsprechenden Unternehmer vertritt und durch Tarifverträge absichert, sondern nur die umfassende Kampforganisation aller Ungelernten und Wanderarbeiter.

Die Stärke der Wobblies und ihrer Organisatoren war, daß sie begriffen, daß die Widersprüche, die der Prozeß der Neuzusammensetzung innerhalb der Klasse hervorruft, nicht auf der Ebene des Bewußtseins beruhen und folglich auch nicht durch moralische Apelle an das Klassenbewußtsein zu überwinden sind. Sondern sie hatten erkannt, daß diese Widersprüche in der Organisation der Ausbeutung ihre Grundlage haben und daß im alltäglichen Kleinkrieg des Proletariats gegen die Ausbeutung schon die Antwort zur Überwindung dieser Widersprüche, zur politischen Neuzusammensetzung der Klasse enthalten ist. Sie waren in der Lage, diese Tendenzen wahrzunehmen und die Organisierung des neuen Arbeitertypus voranzutreiben, der sich "nicht so sehr negativ und berufssoziologisch aus seinem Mangel an Qualifikation und damit an Macht, als vielmehr aus seinem Kampf um mehr Lohn und weniger Arbeit als Quellen seiner Macht" (G. Bock) bestimmte.

"In der Tat ist zu sehen, daß es nicht die Technologie der Arbeitsorganisation, sondern die Kämpfe selbst waren, in denen die ökonomisch und politisch machtlose Masse des Maschinenproletariats zum modernen Massenarbeiter wurde, für den die Anerkennung seiner Existenz und seiner Bedürfnisse zur Machtfrage wurde." (Gründungsprogramm der "IWW")

Der dritte und vorerst letzte Band der Wobblie-Reihe liefert neben dem 3. Kapitel aus Gisela Bocks Buch "Die andere Arbeiterbewegung in den USA" einige Zeitschriftenaufsätze von Austin Lewis, die sich konkret mit dem Aufbau der IWW in Kalifornien und der Auseinandersetzung mit der kalifornischen "AFL" beschäftigen, sowie Auszüge aus dem Buch von A. Ebbinghaus "Arbeiter und Arbeitswissenschaft".

Es ist der voerst letzte Band, weil eine weitere Beschäftigung mit den Wobblies ein erheblich intensiveres Quellenstudium voraussetzt, als wir es bisher betrieben haben. Der aufmerksame Leser wird bereits bemekrt haben, daß die hier veröffentlichten Texte, die bislang einzigen Veröffentlichungen in deutscher Sprache, allesamt inzestmäßig aus den selben Quellen - Austin Lewis, Bruno Ramirez - ihr Wissen schöpfen. Ein weiteres Problem ist, daß die IWW-Theoretiker, die als Intellektuelle häufig der sozialistischen Partei entstammten, - so auch Lewis - meist ein mechanistisches Verhältnis zur Klassenzusammensetzung entwickelt haben. Sie orten den Ursprung der Wobblies meist in der Organisation der Produktion, dem "Maschinenprozeß", ohne zu begreifen, daß daß der Motor dieser Veränderung der Produktion immer der Versuch ist, gegen eine Klasse, die sich politisch artikuliert, neue Formen der pol. Atomisierung der Arbeiter zu entwickeln. Bei Ebbinghaus ebenso wie bei Lewis.

Wenn wir sie hier trotzdem auszugsweise veröffentlichen, so deshalb, weil ihre Beschreibung der "Progressive Era", (behält man diese Kritik

im Hinterkopf), also der Epoche der erstmaligen Einführung einer wissenschaftlichen Organisation der Arbeit, sowie parallel der Welfare Offensive eine Vorstellung favon gibt, mit welchen Mitteln es dem Kapital gelang, die Grundlagen für den Kampfzyklus der ungelernten Arbeiter zu zerschlagen. Tatsächlich wurde die wissenschaftliche Betriebsführung gerade gegen eine Klassenzusammensetzung entwickelt, die von den Wobblies repräsentiert wurde.

Wo die Willkür und Herrschaft des Kapitals anhand der nach Qualifikation orientierten Löhne sichtbar wurden, entwickelte die Arbeitswissenschaft eine n eue Form der Willkür des Kapitals, die eine allgemeine und "objektive" Gestalt annahm: die wissenschaftliche Bestimmung der Tätigkeiten und der davon abgeleiteten Löhne.

Henry Ford erklärte offen, daß es Hauptziel seiner 1913 parallel zur permanenten Umstrukturierung der Fabrik eingeleiteten "Five-Dollar-Day" Kampagne sei, die Wobblies aus seinem Betrieb rauszuhalten - was ihm auch gelang!

"DIE WOBBLIES" Bd. 1-3 +
pro Buch einzeln 7.-DM
alle drei zusammen 18.-DM
ab 5 Büchern je Buch 5.-DM
zuzügl. Verpackung 3.-DM
ab 10 Büchern 5.-DM
Porto/Verpackung frei

einfach aufs Postscheckkonto überweisen (siehe Impressum)
(Band 3 lieferbar ab Mai)

NR. 16 4/84 4.–DM

schwarzer FADEN

ANARCHISTISCHE VIERTELJAHRESSCHRIFT

Heft Nr. 17 ist soeben erschienen !

IWF
ATOMMÜLL
ZUR WENDE
FEMINISMUS
BUKO-BERICHT
1984: 'DIE WARE'
VENEDIG-BERICHTE
O.M. GRAF

Abonniert!

Red. Schwarzer Faden
Obere Weibermarktstraße 3
7410 Reutlingen

4 Nummern: 15.-DM
8 Nummern: 30.-DM
Bitte vor der 1. Lieferung, bzw. bei Verlängerung des ABOS nach der letzten Nummer des alten Zeitraums.

Postscheckamt Stuttgart, F. Kamann, Kontonummer: 574 63 – 703

ila-info

Zeitschrift der Informationsstelle Lateinamerika

Das ila-info erscheint 10 x im Jahr und bringt:
* aktuelle Ländernachrichten aus Lateinamerika
* Hintergrundberichte und Analysen
* sowie Berichte über Aktionen und Diskussionen der Solidaritätsbewegung

THEMEN DER LETZTEN NUMMERN

Kuba - 25 Jahre Revolution * Das Geschäft mit Menschenblut * Kirche in Lateinamerika * Frauenkämpfe in Mexiko

PROBEHEFT ANFORDERN !

Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn

Mit einer Aktion vor dem Thiepval-Lager protestierten am 24. 7. 84 etwa 40 Leute gegen die Zwangsunterbringung von Asylbewerbern und gegen Internierung überhaupt.

Anlaß war die Verschiebung von 41 Asylbewerbern von Karlsruhe in das damals schon restlos überfüllte Lager in Tübingen. Als der Bus gegen 9 Uhr in der Steinlachallee ankam, wurde ihm für eine "kurze, demonstrative Zeit" die Einfahrt in das Lager verwehrt, schrieb das Schwäbische Tagblatt. Weiter hieß es in diesem Artikel: "Die ankommenden "Neuen" im Bus, (...), schienen den Protest zu verstehen und sich darüber zu freuen, jedenfalls applaudierten sie den Leuten auf der Straße."

Nichts zu verstehen schien KHM Tiefenbacher, der acht damals anwesende Personen inzwischen eine polizeiliche Vorladung in eigener Sache geschickt hat. Es wird wegen "Nötigung vor dem Ausländerwohnheim" (gemeint ist das Lager) gegen sie, darunter ein Iraner, ermittelt. Um klarzustellen, wer hier wen nötigt, soll im folgenden noch einmal auf einige Punkte bundesdeutscher Vernichtungs- und Verarmungspolitik, die in der hiesigen Ausländer- und Asylantenpolitik ihre Entsprechung hat, eingegangen werden. Vor diesem Hintergrund fand die Aktion statt.

Die UNO schätzt, daß ca. 15 Millionen Menschen infolge der sozialen, wirtschaftlichen, militärischen und politischen Unterdrückung gezwungen sind aus ihrer Heimat zu fliehen und in anderen Ländern um Asyl nachzusuchen. Die allermeisten dieser Flüchtlinge stammen aus der sogenannten "Dritten Welt". Sie haben ihre Situation vor allem den USA und Westeuropa zu verdanken. Die Bundesrepublik als eine in ihrer Substanz von Export und Technologien und Kapital lebende Industrienation ist an der Spitze einer weltweiten imperialistischen Offensive. Arbeitskräfte,die nicht gebraucht werden, Menschen, die sich gegen ihre Unterdrückung wehren oder schlicht ums Überleben kämpfen, steht ein reichhaltiges Instrumentarium gegenüber. Es reicht von der Politik des Hungers über Zwangsumsiedlungen und Konzentrationslagern bis hin zum offenen militärischen Eingreifen.

Gleichzeitig wurde die Ausländerpolitik hier, insbesondere die Asyl-Rechtssprechung der imperialistischen NATO-Politik angepasst.

Während eine wachsende Zahl von Menschen gezwungen ist, hier um Asyl nachzufragen, wird in der Bundesrepublik eine konsequente Abschreckungspolitk und Abschiebepolitik verfolgt. Wie Lothar Späth es formulierte: "Auch im hintersten Urwald müssen die Trommeln noch verkünden, sucht nicht in Deutschland nach Asyl nach."

Führend in einer harten Asylrechtspolitik ist Baden-Württemberg zusammen mit Bayern mit der Unterbringung der Asylanten in Sammellagern, dem Arbeitsverbot und der Gewährung von Sozialhilfe nur in Form von Sachleistungen. Aufgrund dieser Politik sank die Zahl der Asylbewerber in Baden-Württemberg um zunächst fast 90%, stieg im letzten Jahr aber trotzdem wieder um das doppelte an.

Die beiden Bundesländer, die ihr Modell auf die gesamte Bundesrepublik ausdehnen wollen, machen sich außerdem für eine weitere Einschränkung des Asylrechts stark, u.a. für eine zeitliche Befristung des Asylanspruchs. Während die Aufteilung in politische und wirtschaftliche Flüchtlinge angesichts der imperialistischen Vernichtungspolitik ohnehin Schwachsinn ist, d.h. die strukturelle Gewalt in diesen Ländern verleugnet wird, soll jetzt auch offene militärische Gewalt nicht mehr als Begründung für die Gewährung von Asyl ausreichen. "Verweigert werden soll der Aufenthalt in der BRD nach Ansicht des Landes auch jenen Asylbewerbern, die nicht nur aus `offensichtlich wirtschaftlichen Gründen´, sondern auch wegen einer `allgemeinen Notsituation´ oder kriegerischer Auseinandersetzungen ihr Herkunftsland verlassen haben." (SWP. 9.2.85)

Einen Vorgeschmack davon gab bereits das Mannheimer Folterurteil

vom Herbst 82. Darin wird festgelegt, daß zu erwartende Folter kein Asylgrund sei. Folter wird darin als polizeitaktische Maßnahme bezeichnet, die gerechtfertigt sei, um die Strukturen von Widerstandsgruppen herauszufinden.

Richtungsweisend wird hierbei die Asylrechts- und Abschiebepraxis der Länder Westeuropas untereinander. Im Bericht des Europaparlaments zum "europäischen Rechtsraum" 82 heißt es klipp und klar: "Das Asylrecht hat zwischen den demokratischen Staaten Europas keinen Platz mehr." Konkretisiert wird die Vorstellung, indem die politischen Gefangenen zu kriminellen stilisiert werden. Am 1.7.83 tritt das "Internationale Rechtshilfe-Gesetz" in Kraft, das ausdrücklich festlegt:

"Eine Definition der politischen Tat wird es nicht mehr geben." Etwa ein Jahr später werden von Frankreich Kämpfer der ETA erstmals nach Spanien abgeschoben; genauso, ungefähr zur gleichen Zeit, schiebt Süd-Irland einen aus Long Kesh geflohenen IRA-Gefangenen nach Nord-Irland ab.

Die Abschreckung und Abschiebung der Asylsuchenden, die nicht aus der EG kommen, wird bisher noch vor allem durch das seit August 82 gültige Asylverfahrensgesetz und die Realität der Lager, zusammen mit einem Zwang zur Arbeit (in Baden-Württemberg) gewährleistet.

DAS ASYLVERFAHRENSGESETZ

Bevor ein Asylantrag gestellt werden kann, muß ein Flüchtling erst einige Hürden überwinden. Nach den Gesetzesänderungen 78-80 (Sofortprogramm), die zur Folge hatten, daß der Asylantrag schneller abgefertigt bzw. abgelehnt werden kann, wurde im Oktober 80 die Visumspflicht eingeführt, mit der jährlich zehntausende schon beim Versuch der Einreise in die BRD abgewiesen wurden. Sie gilt für die Türkei, Äthiopien, Bangla Desh, Indien, Sri Lanka, Eritrea und Afghanistan. Das Visum muß von den deutschen Botschaften in den Heimatländern erteilt werden. Für einen Flüchtenden ist das schier unmöglich, zumal z.B. die deutsche Botschaft in Ankara rund um die Uhr von Polizeibeamten bewacht wird. Darüber hinaus sind die Fluggesellschaften angewiesen, keine Passagiere ohne Visum aus diesen Ländern auf deutschem Boden abzusetzen. Mit dem Visumszwang wurde auf klinische Weise erreicht, was Ziel der Krisenmanager war: ohne Asylanträge kein Asylantenproblem.

Wenn es jemand schafft, ohne gleich an der Grenze abgefangen zu werden, in die Bundesrepublik einzureisen, muß er, um nicht illegal hier zu leben, auf einer städtischen Ausländerbehörde einen Antrag stellen. Ohne daß ihm Anhaltspunkte gegeben werden, muß er hierzu versuchen, seine Verfolgung zu beweisen. Gelingt ihm das nicht glaubhaft genug, muß der Asylbewerber die BRD innerhalb kürzester Zeit verlassen. Nimmt die Ausländerbehörde den Antrag an, geht er an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge nach Zirndorf. Ab diesem Zeitpunkt müssen die Asylanten in einem der zentralen Sammellager wohnen. Der Paß wird ihnen abgenommen, sie erhalten dafür eine Art Ersatzpaß, die Aufenthaltserlaubnis. Alle 3-6 Monate muß sie verlängert werden.

Sämtliche Asylbewerber werden sofort erkennungsdienstlich mißhandelt (3 Portraits, 10 Fingerabdrücke). Sie dürfen den zugeteilten Landkreis nicht verlassen, haben Arbeitsverbot für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens. Nahe zu sämtliche Asylanträge werden vom Bundesamt in Zirndorf erstmal abgewiesen. Von dem ihm gewährten Taschengeld von 70 DM kann sich der Flüchtling einen Rechtsanwalt nehmen und weiter versuchen, mittels eines Widerspruchs beim Verwaltungsgericht sein Recht auf Gewährung von Asyl endlich zu bekommen. Solange droht die "Abschiebung in das Herkunftsland", in dem dann oft die Urteile vollstreckt werden, die durch die Verweigerung des Asyls hier gesprochen worden sind.

DAS LAGER IN TÜBINGEN

Das Tübinger Thiepval-Lager in der Südstadt, ist von einem hohem Zaun umgeben (der bei einer Demo ´81 schon mal niedergerissen wurde). In kurzen Abständen fahren Polizeifahrzeuge daran vorbei. Besucher können das Lager nur betreten, wenn sie am Eingang ihren Ausweis abgeben. Die Internierten müssen sich von Mensafraß ernähren. Sich selbst zu verpflegen ist verboten.

Als ´81 die ersten Asylsuchenden hinter dem Zaun des Thiepval-Gebäudes verschwanden, sagte das Regierungspräsidium zu, nicht mehr als 200 Menschen im Lager zu internieren. Inzwischen müssen knapp 500 dort leben; 600 sollen es nach dem Willen des Innenministeriums in Stuttgart insgesamt werden. Dies ist für Lagerleiter Kopp kein Problem. Der durch 12 Jahre Bundeswehr gezeichnete Winfried Kopp weiß auf Protest von Asylanten gegen die totale Überbelegung ihres Zimmers nur zu sagen: "Die Regierung hat beschlossen die Zimmer mit 6 Personen zu belegen, das ist für mich bindend". Und wie zur Bestätigung setzt er gleich noch einen drauf, auch im Nachbarzimmer könne es durchaus sein, daß er einen fünften Asylanten "draufpacke"(!!!) (Zit. nach Lagerzeitung "Internationale Freundschaft")

Das während der gesamten Dauer des Asylverfahrens geltende Arbeitsverbot legt das Almosen, Taschengeld genannt, das einem Asylanten zur Verfügung steht, auf 70 DM im Monat fest. Um es aufzubessern bleibt nur die Schwarzarbeit, meist bei Sklavenhändlern, die die Arbeiter an irgendwelche Firmen ausleihen. Doch selbst diese 70 DM können noch gestrichen werden, weigern sich die Flüchtlinge der "öffentlichen Arbeitspflicht" nachzukommen, d. h. Zwangsarbeit für wenige Mark oder auch mal völlig umsonst.

Diejenigen Asylanten, die im Sinne des Kapitalismus verwertbar sind, sollen integriert werden. Die, die ein Widerstandspotential bilden, werden abgeschoben, ihre Vernichtung wird den Militärdiktaturen überlassen, die nichts anderes sind, als die Handlanger des Imperialismus.

Der CDU´ler Karl Schweizerhof bringt das Problem auf den Punkt, wenn er sagt: "Jeder deutsche Kriegsgefangene wäre froh gewesen, er hätte so eine Unterkunft gehabt!" (SWP, 6.2.85) Tatsächlich drückt das Sammellager den herrschenden Kriegszustand aus. Jedoch nicht den zwischen Nationen, sondern den zwischen Klassen.

In diesem Zusammenhang ist die Repression, die diesmal in Form von Nötigungsklagen auf uns ausgeübt wird, zu verstehen. □

„Subversion" Agentur für die Selbstaufhebung des Proletariats

Dezember 1984
KORRESPONDENZ:
PLK 00 23 63 B,
1000 Berlin 12

RAASAN SAMUEL LOEWE

DIE NEUEREN KLASSENKÄMPFE

Die weltweite Klassengesellschaft atmet die gesäuerte Luft eines zerklüfteten sozialen Klimas

Die englischen Bergleute streiken über ein dreiviertel Jahr.

Die Stahlarbeiter von Isfahan (Iran) streiken gegen die islamische Republik.

Die Werftarbeiter von Bilbao (Spanien) wehren sich gegen die Zerstörung ihrer physischen Existenz und liefern sich mit der Polizei tagelange Straßenschlachten, die auch nicht abbrechen, als die Polizei das erste Mal nach der Franco-Diktatur wieder von der Schußwaffe Gebrauch macht.

Generalstreik in Bolivien.

In den USA gehen die Angestellten der Telefongesellschaft über den gewerkschaftlich kontrollierten Streikrahmen hinaus, indem sie beginnen, die Telefone dazu zu benutzen, mit irgendwelchen Leuten zu reden und die direkte Kommunikation herzustellen.

Das staatskapitalistische Polen kommt nicht zur Ruhe. Trotz der geeinten Anstrengungen von Staat, Kirche und Solidarnosc, die Arbeiter zur Ruhe zu bringen.

Südafrika und Angola werden von Streiks erschüttert

usw.

Der Abend weiß nicht, welche Unterbrechung des "Wirtschaftslebens" der folgende Tag bringen wird. In den beißendschwefligen Geruch mischt sich etwas Geschmack von der Süße der Kirschen.

Gegen die polizeiliche Repressionsmaschine und über die gewerkschaftliche Kontrolle hinaus bringen die neuen Kräfte des Proletariats die Gewalt hervor, in der die soziale Misere allein untergehen kann. Das Spezifische der überall hervorbrechenden Arbeiteraktionen liegt nicht im alleinigen Überschreiten einer traditionell gewordenen Kampfweise – die des blossen Kampfs um Lohnerhöhungen –, sondern in der Art, in der diese, aus Schwäche von den Bürokraten geduldete Kampfweise mit der ganzen damit zusammenhängenden Summe an passiver Strategie durchbrochen wird.

Tatsächlich haben die Arbeiter, z.B. in Bilbao und Yorkshire ihren Rubikon überquert, vor dem die LIP-arden stehenblieben.

Sie haben durch ihre radikalen Aktionen demonstriert, wie verdünnt inzwischen jede reformistische Wand ist, mittels der die globale Verneinung in die partielle Kritik – die Detailkritik schließt die globale Zustimmung

in sich ein – geschieden wird, und sie zeigen zugleich allgemein für die Gesellschaft den brüchigen Boden, auf dem diese ihre Ordnung behaupten muß. Überall züngelt ein schwelendes Feuer, das so heiß ist, wie die verlöschenden Brennöfen der Stahlwerke von Longwy und Denain.

Die Durchbrechung nationalökonomischen Denkens und gesellschaftlicher Legitimation in der aufständischen Praxis stellt nicht nur die Ketten partieller Forderungen in Frage, sondern sind schon der noch schüchterne Anfang ihrer praktischen Negation; ihr Vordringen aus der Peripherie – gegen die reformistische Dominanz, ihre Ausdehnung über die nationalstaatlichen Grenzen, die Verbindung von dezentralen und zentralen Angriffen hebt die Ohnmacht und Kontrollierbarkeit als lokale Auseinandersetzung auf.

Innerhalb der Straßenschlachten und Enteignungen drückt sich die taktische Intelligenz aus, die vonnöten ist, um die Strategie zur Zerstörung der Klassengesellschaft zu entwickeln. Die Gleichzeitigkeit der verschiedenen Kämpfe erfaßt und durchdringt die gesamte gesellschaftliche Organisation.

UND DIE GEWERKSCHAFTEN ?

1968 sperrten die Gewerkschaften die Arbeiter in die Fabriken ein, um die gegen und ohne sie durchgeführten Besetzungen so zu kontrollieren. Sie mußten seitdem diese direkte Methode der proletarischen Gewalt anerkennen und bemühen sich heute deshalb darum, von vornherein die Führung in ihren Händen zu behalten, indem sie selbst zu Besetzungen der Betriebe, Zechen und Werften aufrufen. Allein, sie machen nichts von dem anders, was sie im Mai 68 getan haben, nämlich alles aufzubieten, um die Arbeiter vor ihrer Eigenständigkeit abzuhalten, um das, was sie nicht verhindern können, zumindest zu kontrollieren. In jedem Fall auf der Verliererseite der Epoche werden sie mit jeder Bewegung gezwungen, scheinbar radikaler zu sein als ihr Wesen, um ihren schwindenden Einfluß zu retten. In Yorkshire und Bilbao blieb die selbständige Aktion der Arbeiter nicht in der Fabrik, sondern ging innerhalb der Ausweitung ihres Angriffs über deren Mauern hinaus. Dadurch erklärt sich die fanatische Anhänglichkeit der vereinigten gewerkschaftlichen Bürokratie für die Besetzung, wobei nicht vergessen werden darf, daß die Bergwerke von Yorkshire und die Werft von Bilbao von dem jeweiligen Staat schon aufgegeben wurden und sie deshalb nicht einmal mehr ein Faustpfand in den Händen der Arbeiter sind (wie die Uhrenlager und die Fertigungseinrichtungen bei Lip). Die Arbeiter beginnen so das Passive der Besetzungen zu sprengen, wozu es die gewerkschaftliche Demokratie nur bringen kann.

Ihr einziger Widerspruch zur modernen Macht liegt in der Art der Organisation der Entfremdung; die Gewerkschaften sind gezwungen, die klassische bürgerliche Produktionsweise beizubehalten, da die Durchsetzung der modernen Warenproduktion – die auch die tendenzielle Abschaffung der alten Arbeit beinhaltet – das Ende ihrer Bedingung ist. Deshalb verteidigen sie in und gegen alle sozialen Kämpfe letztlich nichts anderes als den Wert der Arbeit.

DIE ORGANISATION DER ARBEIT IST DAS SCHLACHTFELD, AUF DEM DIE SOZIALE KRISE AUFBRICHT.

Die Rationalisierungswelle und die sich daraus ausdehnenden Streiks markieren die Stufe der ökonomischen Organisation, in die bestimmte Regionen verspätet eintreten.

Nach und durch den Zweiten Weltkrieg stieß die Durchsetzung der moderneren Warenproduktionsweise in der BRD und Japan auf wesentlich geringeren Widerstand als in den übrigen Ländern (ausgenommen vielleicht die USA). Ihre reibungslose Durchsetzung konnte hier aus dem "Sozialen Frieden" noch mit der Ideologie des Wirtschaftswunders und des "gesellschaftlichen Fortschritts" mystifiziert werden, während sie in anderen Ländern z.B. Frankreich, durch die revolutionären Aufstände zum sozialen Sprengstoff geworden wäre.

Die internationale Angleichung von Arbeits- und Verwertungsprozeß erzwingt ihre Durchsetzung aber auch in den weniger stark entwickelten Regionen, unabhängig von dem zu erwartenden Widerstand.

Dieser Widerstand richtet sich aber nur gegen strukturelle Veränderungen innerhalb der Ökonomie. Treu nach dem Vorbild der westdeutschen Bremser verteidigen die französischen und spanischen wie alle Gewerkschaften die bestehenden Produktionsverhältnisse gegen die Moderniseure, die auf den Nachbarn auf der anderen Seite des großen Teiches schielen. Der Widerstand, der die Ökonomie nicht abschaffen will, wertet in seiner Opposition die Ökonomie auf.

Während die modernen Protagonisten der Ware den desolaten Zustand dieser Welt nicht leugnen können und nur wie in einer wehmütigen Erinnerung an die goldenen Tage den roten Teppich für Henry Ford auslegen lassen, erklären die Linken in umgekehrter und doch gleicher Richtung das Scheitern ihrer Bürokratie zum Prinzip, in denen die Quelle der Entfremdung, die Arbeit, zum Brückenkopf der lädierten Warenwelt werden soll.

Die Kämpfe drücken keine andere Klarheit aus als die, daß es keine andere als die beschlossene Zukunft für die Stahlwerke, Bergwerke und Werften geben wird, deswegen haben sich alle beteiligten Kräfte darin verschworen, den Schein zu erhalten, in ungewohnt drastischer Weise diesen Sieg erkämpfen zu wollen.

Die spektakuläre Handelsökonomie muß durch die Geßlersche Gasse, aber sie trägt Tell's Pfeil schon im Rücken, und am Ende erwartet den stöhnenden Vogt dasgleiche wie am Anfang dieser freudlosen Gasse. Alle Wegweiser –

egal ob sie nach Bilbao oder Danzig zeigen - tragen die Aufschrift: Patt.

DER HUT, DEN ALLE GRÜSSEN, IST DIE MILITANTE GEBÄRDE.

Das einsetzende Kesseltreiben der falschen Antworten ist der Zeuge des Stillstandes dieser hektischen Gesten, die in der Konkurrenz zueinander aus der Schwäche die alleinige Frage der Behauptung ihrer Macht hervorzaubern – alle handeln in den Grenzbereichen ihrer Zwänge, um sich vor ihrer Auflösung zu bewahren und sich damit doch immer mehr aufzulösen. Unter dieser Käseglocke, unter der alle gleichermaßen gefangen sind, ist es die Politik, die allein ihren Sieg davonträgt. Verhandeln, wo es nichts zu verhandeln gibt.

Die Konkurrenz gerät ihnen zur Raserei, je mehr sie ihren ideellen Charakter preisgeben muß, angesichts des fatalen Mangels an Unterschieden, der eine logische Folge der Eindimensionalität des Patts ist, innerhalb dessen sie auf der Stelle Fäuste schwingen.

Während die Polizei das tut, wozu sie eine naturgewordene Repression bestimmt, schultert der falsche Oppositionelle der Linken seine Schärpe, denselben Konkardenhimmel verteidigend; räuspert ein Politiker ins Mikrophon, als wolle er selbst versprechen, sollte sein Arbeitsplatz bedroht sein, genauso zu handeln; überschlagen sich heißgelaufene Apparate von Gewerkschaften und Parteien in immer gewagteren Äußerungen, ohne das Echo aus den jeweiligen anderen Stockwerken abwarten zu müssen; verbraucht sich noch die Kraft der Arbeiter in der ungelösten Spannung zwischen der Grösse ihrer Aktionen und gleichzeitiger Malaise ihres Bewußtseins. Kurz, jeder tut das, was der andere auch macht, jeder ist ganz bei sich, jeder ist ganz bei den anderen, jeder ist zugleich das, was der andere auch ist, alle sind Teil des Problems.

Dennoch ist allein die Gewalt des Proletariats der ganzen Gewalt dieser Gesellschaft entgegengetreten, nur in ihr findet sich auch das Bewußtsein, die gleichmäßig verteilte Ohnmacht dieser zyklischen Bewegung abzuschaffen.

Warum scheitert die Bewegung der Arbeiter auch dort, wo sie über den Kampf um ihre bloße materielle Lage hinausgehen ? Weil die Arbeiter nicht denken, was sie tun, weil dort Momente der praktischen Wirklichkeit die gedachte beschämt. Ihre Taten sind ihnen vorausgeeilt, während ihr Denken noch an die Maschinen gefesselt ist, die nie die ihren waren.

Die Arbeiter wirken in ihren Kämpfen immer direkt, sie treffen sofort auf ihren ganzen Feind – selbst dort, wo sie nur partiell siegen können. Ihr einziges Problem liegt darin, daß sie das nicht generalisieren. Dennoch zeigen sie deutlich, daß es eine Kraft gibt, die sich außerhalb der Gesellschaft und gegen sie beweist, die Kraft, die ihrem in den Kämpfen gefundenen Zusammenhang als Klasse entspringt.

Gegenüber England, wo sich die proletarischen Kämpfe im bestimmten Rahmen gegen die Macht durchgesetzt haben, ist die gesellschaftliche Pattsituation das spezifisch Moderne in den meisten Ländern des alten Kontinents.

Das Terrain, auf dem sich die moderne Einigkeit unter der Herrschaft der zur sozialen Beziehung gewordenen Ware herausbilden kann, befindet sich zwischen den Polen Automation der Entfremdung, der Perspektive der kybernetischen Macht, und der Selbstverwaltung der Entfremdung, der modernisierten bürokratischen Perspektive.

Die Unkontrollierbarkeit der Aufstände und die Heftigkeit ihres sozialen Angriffs zwingen die Macht, die Bewegung sich totlaufen zu lassen, gestärkt durch die Strategie der Linken, sie zu verheizen. Die Einheit aller gesellschaftlichen Kräfte am Stillstand schafft so die explosive Spannung, in deren Auslösung der Angriff auf die Organisation der spektakulären Handelsökonomie zur belebenden Produktivkraft wird.

Die Partei des tariflichen Überlebens innerhalb des Proletariats muß in diesem Konflikt die dramatische Rolle übernehmen zu zeigen, daß sie am entschiedensten kämpft, damit sich der Kampf nicht gegen sie entscheidet. Das heißt, sie muß in drastischer Weise der direkten Aktion mit der Order der Ledersessel zuvorkommen, die dieses Mal den guten Gewerkschaftler in den Garten der verbotenen Früchte schickt. Ihre Billigung des Kampfes beschwört die Tage, wo sie noch ihre Pistolen trugen und läßt sie das, was vor kurzer Zeit noch dem "Provokateur" zufiel, in ihren staubigen Archiven durch das Titelblatt irgendeiner linksradikalen Zeitung für sich wiederholen. Wenn eine schäbige Gegenwart stehenbleibt, muß eine glorreiche Vergangenheit auftreten.

Die Gewerkschaft muß zeigen, daß der partikularisierte Arbeitskampf sinnvoll ist; um für ihre Aufgabe als Fabrikherold tätig zu sein, steigert sie ihr Repertoire der Einsatzpläne ins Gigantische, Aktionen, in denen sie die Passivität am Siedepunkt hält.

Historisch wiederholt sich die Politik der angeordneten Kampfschritte, in deren Zentrum der geordnete Abbruch, die Zurücknahme der faktischen Gewalt des Proletariats, steht. Das ist das Angebot an den Staat.

Es kommt ihnen also die ungeheure Aufgabe zu, etwas an sich zu beweisen, was sie schlicht durch ihre Existenz für sich als staatliche Organisation negieren: die Kraft zu sein, die in den Auseinandersetzungen am entschiedensten auf der Seite der Arbei-

ter kämpft. Dieser Beweis kann nur die Form der Täuschung annehmen, für die es notwendig ist, daß sie sich Momente der Radikalität einverleiben, um die Rolle des agens diaboli für alle überzeugend darzustellen.

Das beschleunigt sicherlich ihr unrühmliches Ende, das sie vorbereiten in dem Versuch, sich als Gewerkschaft dadurch ganz zu erhalten, daß sie eine Folge von punktuellen Negationen ihres bewahrenden Wesens vornehmen, um dort die Aufrechterhaltung eines Zustandes erkämpfen zu können, wo jener offensichtlich keine Wirklichkeit mehr haben kann.

Diese innere Zersetzung heute wird morgen die Zerstörung von außen durch die Proletarier zu einem leichten Spiel machen.

Der Kampf der Gewerkschaften und "Arbeiterparteien" ist das vergrößerte Straßentheater und sie bemühen sich, allen Verkleidungsplunder hervorzuholen, den man braucht, um zu beweisen, daß der Sieg, den man in der Tasche hat, nichts ist als eine Abschrift aus der "Wirtschaftswoche" über die Stillegungen. Darüber soll ihr Waffengeklirr hinwegtäuschen, und sie möchten Caesar sein, sind aber nur eine grob fehlerhafte Übersetzung: "Wir kamen, sahen und verloren."

Das Proletariat bleibt das auserwählte Volk und muß wie dieses durch die Öde wandeln, die seine Führer nie verlassen können, weil es ihre Arbeit ist, auf die Erweckung genauso zu warten wie ihre Lämmer auf eine plötzliche Erscheinung des verheißenen Paradieses.

Die scheppernde Partei des tariflichen Überlebens, manchmal auch ohne den Beifall der verschiedenen Seitenflügel von der parlamentarischen Linken bis zu den Fußtruppen der Linkstümler, die hinter dem Kampf um die 35-Stundenwoche eine Wahlveranstaltung der SPD wittern, muß noch einmal eine Posse vollständig machen, indem sie hier und da ihr reformistisches Picknick veranstaltet und dabei ihre simple Mathematik unterschlägt, daß 300 000 Schafe nur 300 000 Schafe bleiben. Selbstverständlich spielen alle auch in der westdeutschen Gesellschaft mit und die Klasse der Macht zittert diesseits und jenseits des Rheins wirklich gemeinsam, sie sah schon die gefährlichen Risse der Tage der Commune auf sich zukommen, und sie werden tatsächlich kommen, aber nicht in den stumpfsinnigen Militanzgebärden der "Autonomen".

In dieser Zeit, die die Möglichkeit der sozialen Revolution ebenso hervorbringt, wie sie die Unmöglichkeit des Lebens in dieser Gesellschaft mit jedem Atemzug produziert, wird das Sich-Erleben als soziale Macht im Aufstand zum Lebenselexier der anschließenden Dürre, wenn das Fehlen des Bewußtseins über die Zeit die kontinuierliche revolutionäre Bewegung verhindert.

Dieser Mangel ist die Geburtsstätte des Militanten; ist der Schrecken einiger Boutiquebesitzer, die Machtlosigkeit des geschichtslosen Individuums. Als Einheit der Werbeslogans im "jetzt, hier und heute" feiern die "Autonomen" ihre Feste zwischen den Gedächtnisbarrikaden des Mai - der nie der ihre war - und der Aufwertung des kulinarisch-modischen Bourgeois-Geschmacks hinter den zerbrochenen Fensterscheiben. Der ungefährliche Vandalismus der "Autonomen" ist für die Gesellschaft das Phantombild, in das man die wirklich autonomen Aktionen der Arbeiter eintauchen will.

So löst sich der für die Gesellschaft gefährliche Widerspruch, die proletarische Gewalt verstehen zu müssen, gegen die sie sich richtet und die sich gegen sie richtet.

Wir haben jetzt einige Akteure des Kampfes gesehen; es bleibt nur noch festzustellen, daß Staaten und Regierungen existieren, die nichts anderes getan haben, als einige Pläne zu verabschieden, die auf unterschiedliche Weise von den Hauptprotagonisten der Politik gebilligt wurden - natürlich jeder gemäß dem Willen seines "Programms". Da es sich bei dem, was von Bilbao bis Yorkshire an ökonomischen Manövern durchgesetzt wird, nicht um die fixen Gedanken der Politiker von rechts und links, sondern um die unerbittlichen Maßnahmen handelt, die von den Erfordernissen der spektakulären Handelsökonomie diktiert werden, und die gesamte Ordnungspartei in einem diplomatischen Komplott vereinigt, können sich alle nur gemeinsam durchschmuggeln, und niemand kann mehr ohne den anderen sein. Das ist das wirkliche Kommunalprogramm, das ist der "historische Kompromiß", das ist Italien oder Polen.

NUN SPRING, ALTE WELT !

1/85 6. Jg.
DM 4.—

5 Jahre LesbenStich

Krüppellesben wehren sich

Information und ein Probeheft gegen 2 DM in Briefmarken bei
1000 Berlin 36
Postfach 360549

Atom Express & Atommüllzeitung

atom

Der Atom Express / Atommüllzeitung wird herausgegeben vom 'Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik e.V.' und vom 'Lüneburger Arbeitskreis gegen Atomanlagen (LAGA)'.

Redaktionsanschriften:

Atom Express
Reinhäuser Landstraße 24, Postfach 1945, 3400 Göttingen, Tel.: 0551/7700158
Atommüllzeitung
Süttenweg 57, 2120 Lüneburg, Tel.: 04131/45290

Bestellungen:

Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 1945, 3400 Göttingen.
Konto:
Verein für eine umweltgerechte Energiepolitik, Reinhäuser Landstr. 24, 3400 Göttingen
PSchA Hannover 148 99 - 308

Ein Abonnement kostet 25 Mark für fünf Ausgaben incl. Porto. Ein Förderabonnement kostet 35 DM. Für Bürgerinitiativen, Buchläden und sonstige Wiederverkäufer ab 5 Exemplaren 3,- DM.

Signale

DOKUMENTATION SELBSTÄNDIGER AKTIONEN UND AKTIVITÄTEN IN DER ARBEITERKLASSE

aus dem Inhalt der bisherigen ausgaben:

Nr. 3 (Juni 1984)
(+) Einige Ergebnisse der Betriebsratswahlen
(+) Hanomag/Hannover: Gegenwehr der Belegschaft
(+) Betriebsbesetzung bei Hofmann in Eibelstadt
(+) Dokus über die Fabrikbesetzung bei Heckel

Nr. 4 (Oktober 1984)
(+) Entlassene Kollegen von BMW/Berlin
(+) Unternehmer und IGM-BRs gemeinsam gegen kritische Gewerkschafter
(+) Arbeiterselbstverwaltung im Kapitalismus ? Voith/ Bremen
(+) Arbeiterfrauen machen mobil
(+) Der Streik der brit. Bergarbeiter

Nr. 5 (Dezember 1984)
(+) Die Werftbesetzung bei HDW/Hamburg
(+) Kampf der Belegschaft von Arendt/Sersheim

Kostenloses Probeexemplar anfordern bei

Ursula Born "Signale"
Postfach 110254 5650 Solingen 11

hier beginnt der Teil über

CHIPS, BITS UND JOBS

Emblem von P.W.

STIMMEN AUS SILICON VALLEY

Bereits in der letzten Nummer hatten wir einen Artikel aus der amerikanischen Zeitschrift "Processed World" übersetzt ("The Chips of our lives", P.W. Nr. 10). Auch die folgenden beiden Artikel haben wir wieder von da ("Down in the Valley" und "Let them do our dirty work" P.W. Nr. 12). "Down in the Valley" haben allerdings die Genossen von Processed World nicht selbst geschrieben, sondern in Auszügen aus einer anderen Zeitung nachgedruckt ("ideas & action"). Und davon haben wir jetzt nur zwei Kapitel vollständig übersetzt. Deshalb hier kurz den Zusammenhang:

Geschrieben ist der Artikel von einem Arbeiter bei der Computerfirma "Tandem". Die machen hauptsächlich Rechner für Banken (und z.B. auch für die Deutsche Bundesbahn), bei denen es auf hohe Betriebssicherheit ankommt. Anscheinend ist Tandem eine der wenigen Firmen im "valley", die nicht direkt fürs Militär produziert. Allerdings haben sie sofort nach der Einführung von ADA als NATO-Sprache ihre Computer darauf umgestellt, wie der Autor vermerkt.

Zu Beginn des Artikels setzt er sich dann damit auseinander, welchen Vorteil das nun bringen soll, wenn man für Banken arbeitet anstatt fürs Militär. Seine Überlegungen enden damit, daß alles die selbe Scheiße ist, "Banken sind die Parasiten der Gesellschaft... sie sind nutzlos für das Leben der Menschheit". Da wir solche Analyse nicht gerade tiefschürfend finden (er sagt z.B. nichts über die Ausweitung sozialer Kontrolle gerade durch die neuen Bank-EDV-Systeme - und wie nützlich ist im Kapitalismus beispielsweise die Produktion von Hochhäusern, Autos, Butterbergen ?) haben wir den Anfang weggelassen.

Im zweiten Abschnitt geht er auf die Management-Techniken bei Tandem ein. Angesichts des Zusammenbrechens der Arbeiterloyalität und einer weniger kooperativen Arbeitskraft habe das Management in den letzten Jahren mehr und mehr auf ein sogenanntes "participative management" umgestellt. Das schließt solche Sachen ein wie regelmäßige Abteilungsversammlungen, die Arbeiter können selber wählen, wie groß ihr "Aufgabenbereich" ist (etwas, das untergründig alle Arbeiter untereinander abmachen, nur die Bosse wissen das normalerweise nicht, und so versuchen sie es zu erfahren), die "Mitarbeiter haben Aktienbesitz usw. Andererseits hat das Top-Management 1982 einen Einstellungs- und Lohnstop verhängt - und dabei gab es keinerlei "Mitbestimmung", wie der Autor anmerkt.

Die beiden Hauptabschnitte haben wir dann übersetzt.

Die politischen Aussagen im Schlußteil bewegen sich innerhalb der Skala, die wir bereits in der letzten Nummer kritisiert haben: er spricht sich für eine gewerkschaftliche Organisierung aus - als Gegenstück zu den offiziellen Gewerkschaften, die sich immer "an der Zusammenarbeit zwischen Kapital und Arbeit" orientieren würden. Die Arbeiter sollten sich nicht an dieser Zusammenarbeit beteiligen, sondern Verbindungen zu den "High-Tech-Arbeitern" auf der ganzen Welt aufnehmen.

"Denn das Streben der Firmen nach Konkurrenzfähigkeit nützt nicht den Arbeitern, sondern sie ist das Motiv für die Auslagerung für Hunderten von Arbeitsplätzen aus dem Valley in andere Länder." (sinngemäß zusammengefaßt, Zitate original)

Der Schlußabschnitt faßt zusammen, wozu die alternative gewerkschaftliche Organisation dienen soll: "Die Entwicklung einer revolutionären, selbstorganisierten Gewerkschaft ist nötig, nicht nur wegen der notwendigen militanten Solidarität, um innerhalb des gegenwärtigen gesellschaftlichen Systems das beste rauszuholen, sondern um die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß die Elektronikarbeiter die Industrie übernehmen können und ihre technologischen Fähigkeiten den Menschen zu besseren Zwecken zur Verfügung stellen."

"LET THEM DO OUR DIRTY WORK" ist ein Stück Wiedergutmachung für unsere Kritik in der letzten Nummer, daß die Genossen nicht übers Valley auf die internationale Arbeitsteilung rausgucken. Der Artikel bringt zwar nix substantiell Neues, ist uns aber die Seite wert, um zumindest das Spektrum der P.W.-Diskussion darzustellen.

LET THEM DO OUR DIRTY WORK

Am Anfang stand das "gemeinsam produzieren", eine vornehme Umschreibung für die Flucht der Industrie in Länder mit niedrigen Löhnen und ruhigen Arbeitskräften und für die Mißachtung der Umwelt. Nun, da das Büro der Zukunft über uns hereingebrochen ist, wollen die US-Firmen auch hier wieder andere teilnehmen lassen. Angespornt von den Verheißungen drastischer Kostenminderungen bei sekundenschneller Übermittlung von Informationen im Fernverkehr entwerfen Industrieanalytiker und ausländische Politikergrößen das Bild einer neuen Vernunftehe zwischen amerikanischem Unternehmertum und armen Nationen. Obwohl das "gemeinsame Büro" nicht völlig neu ist, rechnen Industriebeobachter nun mit der Ausbreitung von Dateneingabezentren in armen Ländern bereits innerhalb weniger Jahre.

Bevor die neue Satellitentechnologie verfügbar wurde, ließen sich überseeische Büros profitabel nur mit der Verarbeitung von Informationen mit niedriger Prioritätsstufe betreiben, die nicht mit hoher Schnelligkeit umgesetzt werden müssen, wie z.B. Bestell- und Postversandlisten. Das bekannteste Beispiel für den neuen Trend ist das Datenverarbeitungszentrum von Amerikan Airlines in Barbaros. Amerikan Airlines fliegt jeden Morgen eine Maschinenladung mit ihren sämtlichen eingesammelten Ticketdurchschlägen nach Barbaros, wo Dateneingabe-Kräfte benötigte Informationen zu Stundenlöhnen von 1.50-3.00 Dollar eingeben. Über Funk gehen dann die Informationen zurück an die Computer von Amerikan Airlines in den Vereinigten Staaten.

Angelockt werden die US-Firmen von niedrigen Löhnen, billigem Büroraum und äußerst niedrigen Steuern und Abgaben, zu denen sie von den Regierungen in Gegenden wie Singapur, den Philippinen und der Karibik eingeladen werden. Bevorzugte Ziele des Übersee-Büros sind englischsprachige Länder wie Barbaros, daneben China, auch dies ein Land, das sich um Beschäftigung mit Informationsverarbeitung im Satellitenverkehr bewirbt und als besonderen Lockfaktor seine disziplinierte Arbeitskraft offerieren kann, die bei einer Genauigkeitsquote von 99,5% den Gegenwert von 7 Dollar die Woche verdient.

Wenn es um die Erörterung der Vorzüge geht, die den Empfängerländern bei überseeischen Investitionen erwachsen, wird die chauvinistische Anmaßung der Wirtschaftspresse nur noch von dem eigennützigen Optimismus und der Kurzsichtigkeit jener Regierungen übertroffen, die miteinander um amerikanische Investitionen wetteifern. So erklärt News Week, die Bevölkerung des Karibikraums könne, da die Produkte der dort investierenden Firmen für sie unerschwinglich seien, "bestenfalls Güter für den Verkauf in den Vereinigten Staaten herstellen." Zusätzlich dürfen die Einwohner von Barbaros nun auch noch Dienstleistungen erbringen, die für ihre eigenen Lebensverhältnisse bedeutungslos sind. (Welche Großzügigkeit der US-Firmen, die dem Volk von Barbados Datenverarbeitung gestattet, damit Amerikaner Flugreisen unternehmen können.) Der selbe Artikel legt dar, daß es in den Vereinigten Staaten ein bedeutendes Reservoir an ungelernten Arbeitskräften nicht mehr gebe (wie verhält sichs mit der Arbeitslosenquote von 40% bei schwarzen Jugendlichen?), während "in vielen unterentwickelten Ländern gewaltige Überhänge an ungelernter Arbeitskraft existierten." Diese Theorie des "gebt ihnen unsere Drecksarbeit" versucht Vernunftgründe für die Arbeitsteilung namhaft zu machen, die es dem Bürger der Vereinigten Staaten erlaubt, weit besser zu leben als der überwiegende Teil vom Rest der Welt.

Beim Werben um Investitionen machen ausländische Regierungen und Handelskammern der amerikanischen Geschäftswelt gegenüber in schamloser Offenheit Reklame mit den geringen Ansprüchen und der hohen Produktivität der Bevölkerung

ihrer Länder. Regierungsspitzen rechtfertigen Steuerbefreiung mit der Begründung, man benötige Devisen und die von den multinationalen Unternehmen angebotenen Arbeitsplätze, um den Lebensstandart in ihren Ländern zu heben. Darüber hinaus, so wird argumentiert, trägt die als Begleiterscheinung des überseeischen Büros sich ausbreitende Technologie dazu bei, die Arbeitskräfte mit dem Computer vertraut zu machen und so die

technologische Lücke zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern zu schließen.

Die Chance, daß solche rosagetönten Vorhersagen sich durch Datenverarbeitung über Satellit erfüllen, bleibt äußerst gering, und dies auch in dem wenig wahrscheinlichen Fall, daß die Arbeitslosigkeit zeitweilig vermindert würde. Der sogenannte "Überhang" an ungelernter Arbeitskraft in armen Ländern hat sich in erster Linie aus investitionspolitischen Bestrebungen der Vergangenheit ergeben, die mit derselben fehlerhaften Logik begründet wurden. Von den ausländischen Investitionen, die sich nach dem zweiten Weltkrieg in die "unterentwickelten" Länder ergossen, nahm man an, daß sie zu einer internationalen Arbeitsteilung führen würden, die für alle von Nutzen wäre. Bauern wurden vom Land vertrieben, um moderneren Ausbeutungsformen Platz zu machen, die von multinationalen Unternehmen und örtlichen Regierungen bevorzugt wurden. Während die Multis blüten, wurden Länder, die einst landwirtschaftlich selbstständig gewesen waren, von entwickelten Ländern auf dem Nahrungsektor abhängig, und fanden sich einem Weltmarkt ausgeliefert, auf den sie keinen Einfluß ausüben konnten. Weit entfernt davon, regionale Industrie und Landwirtschaft zu fördern, führten die ausländischen Investitionen zur Abhängigkeit von den Multis und den von ihnen beherrschten Märkten. Dies wiederum hat die Schulden bei multinationalen Banken und internationalen Kreditvergabestellen unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten ungeheuer anwachsen lassen. Die entwickelten Länder setzen ihren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik der Empfängerländer mit Hilfe dieser Institutionen tyrannisch durch.

Das überseeische Büro kann diese Erscheinungen nur verstärken. Dateneingabezentren in Barbados können keine Brücken über technologische Abgründe spannen. Überwiegend geht es bei den exportierten Büroarbeitsplätzen nur um die primitivste und anstrengenste Computerarbeit, und ihre Beseitigung durch Automation wird nur eine Frage der Zeit sein. Ein Land wie Barbados kann in einem Markt, der von multinationalen Giganten beherrscht wird, nie einen eigenständigen Platz gewinnen. Auch unter den allerbesten Bedingungen wäre die sinnreiche Anwendung von Computertechnologie im Zusammenhang örtlicher Probleme äußerst kostspielig, und sie würde eine ruinöse Verschwendung von Ressourcen darstellen.

Die kulturellen Folgen ausländischer Investitionen können mindestens so schmerzhaft sein wie die unmittelbar ökonomischen. Die Büroumwelt (Ausstattung, Kleidung, Architektur) fördert eine Kultur mit Schwerpunkten auf materiellen Werten, auf maximaler Zeitbewußtheit und auf geschmacksneutraler, steriler Modernität. Nahezu ununterscheidbar, wie Finanzzentren an allen Enden der Welt sich präsentieren, bezeugen sie die vereinheitlichende Wirkung der Bürokultur. Eine verschwindend kleine Elite dürfte tatsächlich in der Lage sein, sich zu den Annehmlichkeiten des Warenhimmels aufzuschwingen, den die Bürokultur glorifiziert. Weit mehr Menschen jedoch werden zu Opfern der Plünderung des Landes und der Entwertung ihrer Traditionen von Händen des multinationalen Kapitals.

Maxin Holz

Post - Kriege

DOWN IN THE VALLEY

Nachdem das Spitzenmanagement »Tandems« im November 1982 die Einfrierung der Löhne und den Einstellungsstop bekanntgab, kam ich am nächsten Tag zur Arbeit, wo ich eine elektronisch übertragene Nachricht vorfand, die ein mutiger Techniker aus einer weitentfernten Geschäftsstelle der Firma gesendet hatte. Die Nachricht enthielt Protestäußerungen gegen die Lohneinfrierungen und den Einstellungsstop – diese Maßnahmen wären schändlich und ungerecht. Das elektronische Brief – und Postnetz läßt direkte Verbindungen zwischen den meisten Beschäftigten zu, selbst wenn sie tausende Meilen voneinander entfernt sind.

Um das Postnetz benutzen zu können, mußte der Beschäftigte sowohl Zugang zu einem Datensichtgerät haben als auch ein Kennzeichen besitzen – das elektronische Äquivalent eines Postfachs. Ungefähr dreiviertel 4000 Beschäftigten des Unternehmens hatten Zugang zu dem Kommunikationsnetz (Post) – Büro – und Lagerarbeiter, die »technical writers«, die »field technicians« und die Systemaanalytiker miteinbegriffen. Das Kommunikationnetz funktionierte wie ein schwarzes Brett. Nachdem das Wort »Post« in ein Datensichtgerät eingegeben wurde, konntest Du die verschiedenen Postmitteilungen, die Du erhalten hattest, durchblättern.

Wenn du selbst eine Nachricht einem anderen zukommen lassen wolltest, konntest du entweder eine Nachricht *erster Klasse* »in den Briefkasten werfen«, in diesem Fall würden andere sie nicht zu Gesicht bekommen (so ist anzunehmen), oder sonst konntest du eine Nachricht *zweiter oder dritter Klasse* an eine genau bestimmte Gruppe Postbenutzer »senden«. Post *zweiter Klasse* war für arbeitsbezogene Themen reserviert. Diese bestanden meist aus Fragen über technische Angelegenheiten, so z.b. kniffliege Sachen bei einer bestimmten Anfrage eines Kunden.

Post *dritter Klasse* wurde als eine Art Vergünstigung für die Angestellten dargestellt. Da das Postnetz benötigt wurde, damit die Leute über technische und fachbezogene Fragen bezüglich ihrer Arbeit kommunizieren konnten, störte die Firma sich nicht daran, wenn du zusätzlich das Netz benutzt hast, um deinen '68er Chevy oder die überflüssigen Karten für das Talking Heads Konzert zu verkaufen. Der Protest des Technikers jedoch zeigt, wie Beschäftigte das Postnetz auf Arten und Weisen benutzen können, wie es vom Management nicht vorgesehen war.

Bei der »Nachrichtenverbreitung« hast du die Mitteilung an jeden aus einer definierten Gruppe geschickt – so z.B. an alle Beschäftigten in Nordkalifornien oder an alle oder an alle Beschäftigten des Unternehmens in der ganzen Welt. Es gab von der Sache her klar begrenzte Gruppen wie z.b. alle »IBM – PC« Besitzer. Wenn du eine Nachricht an alle Mitarbeiter deiner Abteilung schicken wolltest, ohne daß die Firmenleitung sie sieht, konntest du eine Postgruppe eigens dafür festlegen, indem du die genaue »Postidentitätsziffer« jedes Mitarbeiters verwendet hast. Manchmal haben sich die Leute einfach gelangweilt und verschickten dann Witze. Bei manchen Anläßen führten Witze und Kommentare zu Kontroversen, da verschiedene Leute ihre Antwort hinzufügten. Dieses Hin – und Her wurde bald **Post – Kriege** genannt. Der wahrscheinlich größte Postkrieg wurde durch eine harmlose Mitteilung ausgelöst, die von einem Mann verbreitet wurde, der einer Gruppe mit der Bezeichnung »High Tech Gays« angehörte. Die Nachricht warb für die Gründung einer Postgruppe schwuler Beschäftigter sowie eines Klubs. Die Organisatoren betrachteten sich nicht als »Aktivisten«. In ihren Augen organisierten sie lediglich eine »Kaffeeklatschrunde«.

Die Antworten erstreckten sich über ehemalige Teilnehmer, Aktivisten und »normale« Unterstützer bis hin zu »Schwulen« Beinamen und den vorhersehbaren religiösen Verrückten. Jemand aus dem Lagerraum in Santa Clara schickte eine der drohenderen Antworten:»*Betr.: Eine Postgruppe für schwule Beschäftigte bei Tandem.*
Ich hoffe, du kannst alle Homos bei Tandem zusammentrommeln, denn wenn du das machst, werden wir herauskriegen, wo eines dieser Treffen abgehalten wird und wir werden euch Schwulen einen Besuch abstatten und jedem von euch die Fresse vermöbeln. Ich wette, du hast es gerne den Arsch hoch, du miese kleine Schwuchtel.«

Hier ein anderer Brief von derselben Art, abgeschickt aus dem Mittelwesten:» *Betr.: Bleibt in den dunklen Verstecken, ihr Schwulenficker. Steve – du ignorantes Stück schleimiger Schwulenficker, wie kannst du es wagen, deine bemitleidenswerte sexuelle Perversion dem Tandemnetz zu zeigen. Darüberhinaus besitzt du die Blödheit darüber stolz zu sein, deinen kleinen Pimmel irgendeinem anderen widerlichen Schwulen das Arschloch hochzuschieben und deinen pervertierten Orgasmus kriegst (wahrscheinlich pißt du anstatt zu kommen). Nächstes Mal wenn ich in Cupertino bin, werde ich deinen schwulen Arsch quer über den Parkplatz treten und persönlich deine Eier abschneiden.*
Redneck Motha, USA, apple pie and heterosexuality.«

Später sprach ich mit Steve Eastman (der Koordinator der Schwulengruppe) über diese und andere Antischwulenbriefe, die er erhielt. Er bezweifelte, daß die Leute, die solch derbe Beleidigungen in der Isolation ihres Büro – oder Arbeitsraumes durchgeben, bei einer direkten Begegnung von Angesicht zu Angesicht notwendig so reagieren würden. Da Menschen vereinzelt sind, wenn sie über das Postnetz kommunizieren, kommunizieren die Menschen mit einem geringeren Bewußtsein über den anderen Menschen als mit jemandem, der auf das, was sie sagen, reagieren wird. Einer von Steve Eastmans nicht – schwulen Mitarbeitern sah zufällig die Sorte engstirniger Antworten, die er erhielt: *»Betr.: Fanatiker und Haßbriefe bei Tandem.*

Letzte Woche wurde eine Briefmitteilung herausgeschickt, in der die Bildung einer Postgruppe für schwule Beschäftigte bei Tandem vorgeschlagen wird. Ich war überrascht, festzustellen, daß diese Mitteilung eine Menge boshafter Antworten hervorgerufen hat. Welch wunderbare Neuerung: elektronische Haßbriefe hier bei Tandem.

Eine der Antworten war besonders beleidigend: eine Drohung, die Stelle ausfindig zu machen, an der sich die schwulen Beschäftigten bei Tandem treffen um sie dann zu verprügeln. Die Mitteilung war – selbstverständlich – anonym. Dies ist blinder Fanatismus und eine Bedrohung für jeden mit einer unbeliebten Meinung oder Vorliebe. Offensichtlich spreche ich hier von persönlichen Angelegenheiten, die niemandem Schaden zufügen, außer vielleicht den Beteiligten, die aus eigenem Willen daran beteiligt sind. Ich habe einen Vorschlag für den Urheber der gewalttätigen Antwort: bilde eine Verteilerliste für Fanatiker und Absender von Haßbriefen. Um weiterhin eure geschätzte Anonymität zu schützen, schlage ich vor, daß ihr Gewänder aus alten Tüchern und spitze Hüte tragt. Das Verbrennen von Kreuzen wird freigestellt.
Gary Stass«

Garys Brief, der an alle ging, brachte die Kontroverse an die Öffentlichkeit. Die Vorurteile gegen Schwule, die dann auftauchten, waren etwas zurückhaltender. Zum Beispiel:»*Betr.: An Gary. Mehr zu Schwulen, Fanatikern und andren. Ich stimme dir zu, Gary, daß Fanatismus eine der dunkleren Seiten menschlichen Verhaltens ist. Aber ich denke wirklich, daß Anzeigen für eine Postgruppe, die auf sexuellen Vorlieben (sprich: Praktiken) basiert zu entschuldigen, einen sehr negativen Präzedenzfall schafft. Wenn man der Logik des Briefs »der Schwulen bei Tandem« folgt, ist es begreiflich, daß wir, die das Postnetz benutzen bzw die Post durchsehen, Anzeigen ausgesetzt sein könnten, in denen Leute gesucht werden, die Gruppen bilden wollen, die auf Gruppensex, Sex mit Kindern oder mit Tieren stehen. Diese Anzeigen mögen extrem erscheinen, aber nicht extremer als Anzeigen für Tandemmitarbeiter, die auf Schwulensex stehen. Ich finde, daß Respekt für die Rechte der Mehrheit und Respekt für den Ruf von Tandem – Computers genau so wichtig ist wie die Rechte von Minderheiten.*
Peter Quinn«

Ein Mitglied meiner Abteilung erwiderte mit folgender ironischen Antwort:»*Betr.: Noch mehr Fanatiker und andere*
Woher habt ihr Typen eure ganzen Ideen für die verschiedenen verdrehten Entgegenungen. Ich kann mich nicht erinnern, daß gesagt wurde, der Zweck der Schwulenpostgruppe sei, Sexualpartner zu finden, aber ich schätze, ich bin einfach ein bischen zu naiv. Ich würde wetten, ihr habt einfach gewußt, daß das Sache war – ohne es gesagt zu kriegen.

Und jetzt auch noch Postgruppen für Tandemmitarbeiter, die auf Orgien, Sodomie und Kinderbelästigung stehen. Unglücklicherweise sind die beiden letzten Praktiken ungesetzlich – da müssen Tandemmitarbeiter, die darauf stehen, einfach damit im Verborgenen bleiben. Was die Orgienpostgruppe belangt – scheint eine gute Idee zu sein – danke für die Vorschläge Peter.
Herzlichst Keith«

Indem das Thema des Vorurteils gegenüber Schwulen an die Öffentlichkeit gebracht wurde, machte die Kontroverse es vielen Leuten – »normalen« und Schwulen – möglich, ihre Solidarität mit ihren schwulen Mitarbeitern auszudrücken und direkt gegen die Vorurteile zu argumentieren. In der Zwischenzeit waren die ranghöchsten Vorgesetzten des Unternehmens offenbar von der Ebene der Debatten, die über das Postnetz erzeugt wurde, gestört. Der Schwulenpostkrieg wurde bald von einem **pronunciamento** *erster Klasse* an alle Beschäftigten, von Mr. BIG Jimmy Trebig unterbrochen. indem zu einem Ende alldessen aufgefordert wurde. Seine Mitteilöung beklagte, was er als »nichtprofessionelles Verhalten« bezeichnete, aber peinlichst darum bemüht war, eine Andeutung wie Zensur zu umgehen. Bald darauf wurde eine neue Verfahrensweise über die Benutzung des Postwesens angordnet, die unter anderem die Benutzung des Postnetzes für die Werbung »politischer, religiöser oder anderer Zwecke« untersagte.

Die obersten Vorgesetzten waren offenbar von der Aussicht eines unkontrollierten Gebiets der Redefreiheit gestört, das jedem freien Zugang zu anderen Beschäftigten ermöglichte. Gerade noch vor kurzem wurde eine neue Variante des

Post–Programms eingerichtet, bei dem automatisch der ganze Name des Absenders bei jeder Mitteilung gezeigt wird. Der Zweck dessen ist die Verbreitung anonymer Briefmitteilungen auszuschließen. Aber es ist nicht klar, ob das funktionieren wird. Clevere Beschäftigte haben manchmal unter einem anderen als ihrem eigenen Identitätscode Mitteilungen eingetragen und abgeschickt.

Die Vorgesetzten stürzen – eine wahre Geschichte

Ein Mitarbeiter hatte mir zu verstehen gegeben, daß man uns bespitzelte. Der einzige stichhaltige Beweis, auf den er hinwies, war jedoch ein Zwischenfall, bei dem Al, mein etwas sonderbarer und unsozialer Aufseher, eine längere Zeit hinter ihm gestanden hatte und zusah, was er in sein Datensichtgerät eingab aber dabei nichts sagte. Nichtsdestotrotz habe ich vorsichtshalber alles was meine Aufsicht nicht sehen sollte, zwischen den arbeitsbezogenen Computerakten verschwinden lassen. Ich hatte gelegentlich einen Teil der Zeit meines Arbeitgebers dazu benutzt, Artikel über politische Themen zu schreiben und ich wollte nicht, daß diese entdeckt werden. Einmal tauchte plötzlich die Mitteilung *Big brother is watching you* auf meinem Bildschirm auf. Oh, er hat wieder Paranoia, dachte ich.

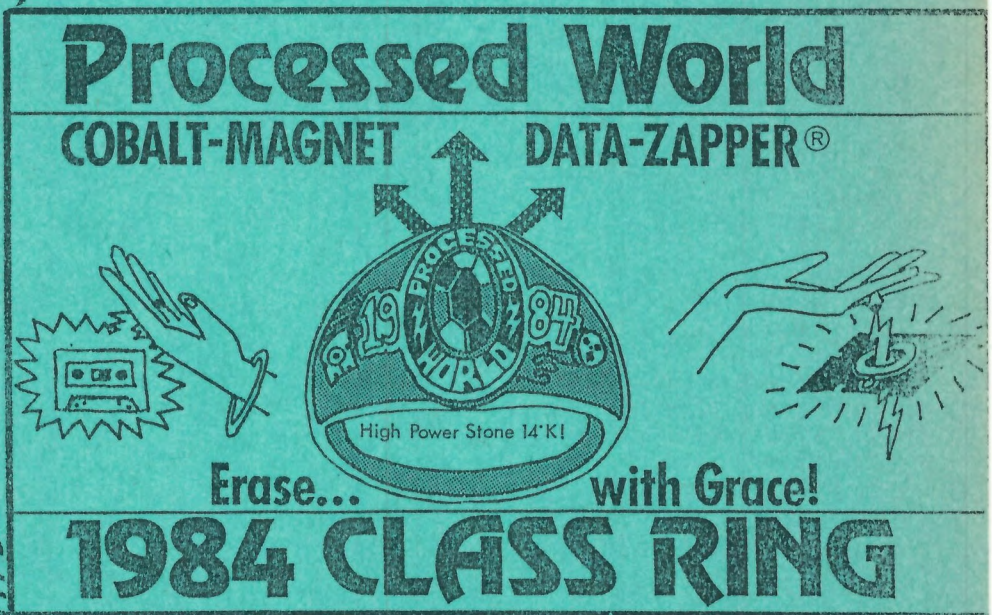
Zwei Tage später, während ich auf meinen Tasten herumdrückte, kommt Al zu mir an meinen Arbeitsplatz. »Ich möchte mit dir reden«, sagte er. In der vertraulichen Zurückgezogenheit des Konferemzzimmers zeigte er mir eine große Mappe, die, so erzählte er mir, einen durch den Computer ausgedruckten Bogen mit allem aus meinen Akten enthielt. »Sie wandelten auf falschen Wegen« bemerkte er. Er sagt mir, der politische Inhalt meiner Schriften interessiere ihn nicht (und verdreht dabei die Augen). Ihm paßt einfach die Tatsache nicht, daß ich meinen eigenen Kram mit den Unterlagen der Firma vermenge.

Er sagt, er hat ein kleines Programm, das er verwendet, wenn er jemanden »verdächtigt«. (er lacht) Im wesentlichen sucht das Programm das Verzeichnis aller Akten in dem Computersystem ab und findet nur die Akten, die im Laufe des Tages von Leuten aus unserer Abteilung geändert wurden. Dann spuckt er eie Liste dieser Akten aus – dazu die Zeiten, zu denen sie zuletzt bearbeitet wurden. Spät nachts, wenn sonst niemand da war, lies Al den Inhalt der Akten ausdrukken, um zu sehen, ob das, was wir während der Firmenzeit getan hatten, sich auch auf die Arbeit der Firma bezog.

Am nächsten Tag – Freitag – wurde den Mitarbeitern die Spitzeltätigkeit bewußter, als Beweisstücke anfingen aufzutauchen. Jemand fand Kopien persönlicher Akten in der »Ausgabe« der Diskettenspeicherung, die für die Vorgesetzten bestimmt war. Zwei der Leute, die zur besonders genauen Überprüfung ausgesucht worden waren, waren Leute, die sich bei der Personalabteilung über die willkürliche und Mißbrauch treibende Leitung in unserer Abteilung beschwert hatten. Eine Frau , deren Arbeitsplatz neben meinem liegt, erzählt mir, daß sie die Briefe, die sie an ihren Sohn

Fast alle Leute, die nicht der Leitung unserer Abteilung angehörten, erhielten folgende Mitteilung, die die Besorgnisse der Vorgesetzten bezüglich ihrer» Autorität « kommentierte:» *Betr.: Überlegung des Tages*

Es ist interessant, sich Gedanken über die Entleerungsgewohnheiten des Nilpferdes zu machen. Das männliche Tier gibt den anderen Nilpferden die Ausdehnung seines eigenen Territoriums dadurch an, daß es sich an dessen Peripherie entleert. Außerhalb dieses Kreises können sie sich bewegen wohin sie mögen, aber wenn sie diesen Bereich übertreten, wird es sie bis zum Tod bekämpfen.
Aus Anthony Days
Management und Machiavelli«



schreibt, sofort von der Diskette löscht, nachdem sie sie ausdrucken ließ, weil sie nicht will, »daß Al sie sieht«.

Die Operator erzählen uns, daß sie gegenüber Al's Tun mißtrauisch werden. Monate vorher hatten einige Frauen im Haus anonym elektronische Nachrichten wie z.b. »ich liebe dich« erhalten – eine Art elektronische sexuelle Belästigung. Die Operator hatten die Erstehung dieser Mitteilungen auf eine Zeit in der Nacht zurückverfolgen können, zu der nur Al sie abgeschickt haben konnte.

Die Aufsichten in unserer Abteilung waren so damit beschäftigt, die Leute zu kontrollieren, daß dies anfing, die Produktion der Abteilung zu beeinträchtigen. Weder können Vorlagen, die zum Photographieren fertig waren, ausgedruckt werden, noch können die Seiten für das Drucken fertig gemacht werden im Offsetverfahren, bis die Aufsichten die Konzepte gelesen, die künstlerische Gestaltung überprüft haben usw. Ungelesene und nicht genehmigte Handbücher türmten sich.

An dem Nachmittag beobachtete Wayne – der Verfasser obiger Nachricht – wie Al eine Kopie einer privaten Nachricht ausdrucken ließ, die er an einen Mit–Arbeiter geschickt hatte. Wayne fing dann damit an, an diversen Stellen seiner Akten die Äußerung »Fuck you, Al« einzufügen, da er jetzt wußte, daß Al überall rumschnüffeln würde. Fast den ganzen Tag konnte man Menschenklüngel sehen, die redeten. Wenig Arbeit wurde erledigt.

Der folgende Montag war der 2.Mai, der Tag nacvhdem 50000 Arbeiter zur Unterstützung von Solidarnosz in Warschau demonstrierten. Als Mitglied der »Bay Area Solidarity Support Campaign« hatte ich Buttons mit der Aufschrift »Solidarnosz« verteilt, deshalb nahm ich welche mit zur Arbeit. Im Laufe des Tages kamen öfters Leute an meinen Arbeitsplatz, um Buttons zu holen. In unseren Augen drückten die Buttons nicht nur eine Unterstützung der polnischen Arbeiter aus, sondern auch Solidarität miteinander. Die Buttons ermöglichten uns,

die Solidarität so auszudrücken, daß die Vorgesetzten nicht ohne weiteres dagegen vorgehen konnten.

Währenddessen war Al darin vertieft, Waynes Akten ausdrucken zu lassen. An einer Stelle bemerkte er plötzlich die Botschaft »Fuck you, Al«. Er sprang von seinem Drucker auf und lief schnellstens hinüber in den Arbeitsraum des Produktionsleiters. Er packte ihn am Hemd, wonach dann alle Vorgesetzten sich in das Büro des oberen Betriebsleiters zurückzogen (dem Büro wurde von den gewöhnlichen Arbeitern die Bezeichnung »Führerbunker« zugewiesen)

Später an demselben Tag gingen die Vorgesetzten. Nachher haben wir herausgefunden, daß sie entschieden hatten, eine Anklage wegen einer »Verschwörung zur Untergrabung der Autorität der Geschäftsleitung« auszuhecken. Sie nahmen Waynes Mitteilungen zur »Überlegung des Tages«, meine linksgerichteten politischen Schriften und die »Solidarnosc« – Buttons als Beweisstücke. Sie wandten sich mit dieser lächerlichen Geschichte an Jimmy Trebig, der sie an den stellvertretenden Personalchef verwies. In der folgenden Woche riefen der stellvertretende Personalchef und der Leiter unseres Gebäudes eine Versammlung mit der Belegschaft unserer Abteilung ein. Der stellvertretende Personalchef blieb in seiner Manier cool und väterlich. Wir saßen schweigend da, als er seine aalglatte Ansprache hielt:*»Politische Abhandlungen und unflätige Mitteilungen sind eine unangebrachte Verwendung der Kapitalressourcen«.*

Da wurde er von einem älteren Mitglied der Abteilung unterbrochen, einem Ingenieur und Konservativen von eigenen Gnaden:*»Schauen sie her,* sagte er, *sie reden nur über Symptome. Sie dringen nicht vor zur Ursache. Das wirkliche Problem ist eine tyrannische und Mißbrauch treibende Leitung.«* Dann fing er an, Al über seine Eingriffe in das Privatleben anderer Menschen, über Dossiers, die gegen Leute verwendet werden sollten, ins Kreuzfeuer zu nehmen. Einer nach dem anderen unterbrachen andere Mitglieder der Abteilung den Ablauf der Sitzung, indem sie ihrer eigenen Empörung Ausdruck gaben.

Am Ende der Versammlung gab die oberste Betriebsleitung kund, daß eine »Teillösung angegangen werde«, da Jim, der Leiter der Abteilung zusammen mit den anderen Aufsichten zurückgetreten war. Al's Schicksal hing jedoch noch in der Luft. Als wir die Versammlung verließen, gab mir ein Mitarbeiter zum Kommentar:*»Ich bin mit der Zahl der Leichen nicht zufrieden.«*

Al und der Produktionsleiter wurden bald danach zurückversetzt und von privater Seite gedrängt, sich woanders Arbeit zu suchen. Innerhalb von ein paar Monaten waren sie weg. Einige Tage nach der Versammlung wurden einige Computerprogramme, die in der manuellen Produktion benutzt werden, sabotiert. Es scheint, daß die Vorgesetzten, die gefeuert wurden, zuhause Datengeräte hatten und damit immer noch Zugang zu dem Computer über das Telefonnetz.

Am Schluß der Versammlungen mit den **honchos** murrte der Leiter unseres Hauses über das »feindliche Verhältnis«, welches sich in unserer Abteilung entwickelt hatte. Als ob der Kapitalismus nicht auf einem »feindlichen Verhältnis« beruhen würde!

Während »sanftes Management« in Situationen wie der obigen von den Beschäftigten zu ihren eigenen Gunsten benutzt werden kann, sollten wir im Kopf behalten, daß dies nicht einfach ein »Geschenk« der Vorgesetzten ist. Der weniger autoritäre Führungsstil existiert, weil manche Firmen ihn als eine wirkungsvollere Methode betrachten, die Mitarbeit der Arbeiterschaft zu gewinnen, um die Ziele der Betriebsleitung zu erreichen. Aber sie wurde nur unter dem Aspekt des Widerstands, sowohl des passiven als auch des aktiven der Arbeiter gegen eher offenkundig autoritäre Führungsmethoden als wirkungsvoll betrachtet. Sanftes Management beseitigt nicht – kann nicht – den sehr realen Interessenkonflikt zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Die Tatsache bleibt bestehen, daß Arbeiter weder den Betrieb leiten noch Kontrolle über das Kapital haben. Das macht Konflikte unumgänglich.

DATA BASEMENT

Diese Gruppe war neulich in den Nachrichten wegen ihrer Beschwerde, daß Schwule durch Diskriminierung von militärbezogener Arbeit ausgeschlossen wurden, da sie Sicherheitsunbedenklichkeitsbescheide erhalten müßten. Es ist bedauerlich, daß der Zugang zur Arbeit beim Militär als Teil des Kampfes um Emanzipation betrachtet wird – dies bewegt sich auf derselben Ebene wie Frauen, die Bullen werden wollen.

DER FOLGENDE BERICHT BASIERT AUF 3 WOCHEN ARBEIT ÜBER EINEN SKLAVENHÄNDLER AN EINEM TEXTVERARBEITUNGSGERÄT. ER IST EIN BEITRAG ZU DER DISKUSSION, DASS COMPUTERARBEITER KEINESWEGS MASCHINENANHÄNGSEL SIND, SONDERN DIE KAPITALISTEN MEHR DENN JE AUF UNSERE KOOPERATION ANGEWIESEN SIND.

ARBEIT AN DER BITSY

Vor über 4 Jahren wurde bei der Maschinenfabrik O. rationalisiert: mit Massenentlassungen wurde die Belegschaft um mehr als die Hälfte auf heute ca 200 reduziert. Für die Verwaltung wurde das erste Textsystem angeschafft: eine Bitsy. Da die Rentabilitätsrechnung der Herstellerfirma ergab, daß nunmehr zwei Arbeitskräfte überflüssig würden, entließ die Geschäftsführung zwei Frauen, die bisher vor allem Schreibarbeiten gemacht hatten: die "billigsten" Büroarbeiterinnen in der Abteilung "Vertrieb" nämlich, und zwar noch bevor irgendjemand mit dem neuen Gerät umgehen konnte

Inzwischen gibt es im Werk zwei "Bitsies", an denen hauptsächlich Frauen aus dem Vertrieb arbeiten: hier fallen zum einen viele Standardbriefe an, die aus Textbausteinen zusammengesetzt werden können, zum andern wird die Korrespondenz in drei Fremdsprachen geführt. Weiter müssen Betriebsanleitungen für die Verpackungsmaschinen in diese Sprachen übersetzt, geschrieben und bei konstruktiven Veränderungen bzw. Sondereinrichtungen für einen Kunden geändert oder ergänzt werden. Die Arbeit der entlassenen Frauen wurde zusätzlich den Auslandskorrespondentinnen bzw. Dolmetscherinnen zugeteilt. Da diese sich weigerten, tagelang Rechnungen oder Auftragsbestätigungen abzuschreiben, wurde die Arbeit neu organisiert: man

führte einheitliche Formate ein, jetzt müssen in der Bitsy nur noch die richtigen Köpfe wie "Angebot" bzw. "Rechnung" eingesetzt werden, der Rest kann übernommen werden.

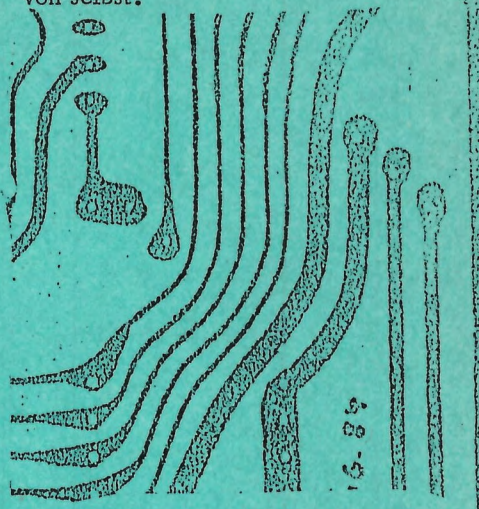
Zu Anfang wurden zwei Sekretärinnen auf einen dreitägigen Schulungskurs geschickt, danach sollten sie alleine mit dem neuen Gerät zurechtkommen. Heute arbeiten vier Frauen aus dem Vertrieb täglich mehr oder weniger lang an der Bitsy, außerdem noch zwei Frauen aus anderen Abteilungen. Einen Programmierer oder Menschen mit formeller Ausbildung am Computer gibt es im Betrieb nicht. Am Anfang gab es allerhand technische Probleme: kein schwingungsfreier Boden, keine Erdung der Geräte, elektrostatische Aufladung und zu niedrige Luftfeuchtigkeit ließen den Drukker ständig aussteigen, wobei auch Teile des eingegebenen Textes gelöscht wurden. Zur Sicherheit wird heute immer schnell eingespeichert und von allen Disketten eine Kopie angefertigt, damit ja keine Texte mehr verloren gehen.

Da die eingekauften Betriebssysteme nie dem Arbeitsablauf entsprachen, hat sich eine Frau, als sie weniger Arbeit hatte, mit der Sache beschäftigt und das Programm auf den Bedarf der Firma hin verändert.

Auf Schulungen wird schon lange keine Frau mehr geschickt. Wenn eine neue Kollegin kommt, wird sie von den "dienstältesten" Frauen eingelernt. Gerade bei älteren Kolleginnen gab es am Anfang große Schwierigkeiten, weil sie große Angst hatten, was Falsches einzugeben und Texte zu löschen Eine der Dolmetscherinnen (die auch schon das Programm verändert hatte) ist deshalb eine Zeitlang schon um 7 gekommen und hat mit der Frau in Ruhe eine Stunde lang am Bildschirm geübt, bis sie einigermaßen sicher damit umgehen konnte.

Da jetzt häufig Frauen über Sklavenhändler zum Tippen kommen, wenn mehr Arbeit anfällt (die Konstruktionsabteilung mit ca. 30 Leuten hat z.B. keine eigene Schreibkraft mehr, und was die Übersetzerinnen an deutschen Texten nicht mitübernehmen, muß eine "Aushilfe" machen), ist die Einarbeitung sehr wichtig. Und die Firma kann sich auf die vier Frauen verlassen: einerseits wird gerade ihnen seit langem vorgeworfen, die Pausen zu überziehen, überhaupt ohne geschäftlichen Grund zu oft zusammen rumzustehen, daß sie abends öfter zusammen einen trinken gehen oder sich besuchen, ist auch bekannt; andererseits funktioniert dieses "gute Verhältnis" hervorragend auch für die Firma. Denn viele der Gespräche drehen sich um Probleme bei der Arbeit. Und wenn einmal eine mit dem Programm, den Textbausteinen o.ä. Probleme hat, kann sie immer auf die sofortige Hilfe einer Kollegin rechnen; zur Not ruft sie sie zu Hause an, wenn sie mal krank ist. Wenn Termindruck herrscht, helfen sie sich selbstverständlich gegenseitig, teilen sich die Arbeit auf und lassen ihre dafür liegen, tippen zu dritt an einem langen Text, damit er fertig wird, bzw. die Kollegin nicht ewig arbeiten muß.

Trotzdem wird das "Bitsy-Zimmer" (ein kleiner Raum in der Nähe der Chefzimmer; die Frauen haben es erreicht, daß laute Geräte wie Fernschreiber hinausgeschafft wurden.) mißtrauisch beäugt. In der Tat wird das Zimmer gerne zum Abseilen aus dem Großraumbüro benutzt, in dem die Abteilungsleiter ein-und ausgehen. Bei der Bitsy ist frau unter sich. Das Mißtrauen, wenn die Frauen mal zu zweit oder dritt vor dem Bildschirm stehen und irgendwas Neues ausprobieren (es geht dabei nämlich fast ausschließlich um geschäftliche Belange), kommt v. a. daher, daß einige der älteren Vorgesetzten, treue Gefolgsleute des ehemaligen Besitzers, im Grunde keine Ahnung von dem Gerät haben. Einerseits haben sie eine große Ehrfurcht davor, wollen z.B., daß noch unfertig formulierte Texte ihm nicht gleich anvertraut, sondern erstmal in die Schreibmaschine getippt werden sollen - wo doch gerade das der Vorteil des Textsystems ist, daß Texte leicht korrigiert werden können, ohne alles neu zu schreiben. Andererseits glauben sie, daß frau da nur noch auf einen Knopf drücken müsse und alles schriebe sich von selbst.



Wieviel Arbeit das Ding tatsächlich spart, weiß ich nicht. Standardbriefe gehen auf jeden Fall schneller. Eine Kollegin sagte, sie mache das jetzt lieber auf der Bitsy, anstatt diese stinklangweiligen Sachen jeden Tag von neuem und vor allem fehlerfrei tippen zu müssen. Sie braucht natürlich auch einige Zeit, um das System in Ordnung zu halten: die Bausteine verändern, neu sortieren, die Übersetzungen überprüfen, neue Briefe aufbauen usw. Bisher macht ihr das noch mehr Spaß als die frühere Routinearbeit; nur wenn sie mit dem Gerät nicht zurechtkommt und unter Zeitdruck gerät , stinkt's ihr.

Alte Texte können jetzt natürlich leicht auf den neuesten Stand gebracht werden, z.B. Betriebsanleitungen. Frü-

her wurde natürlich auch nicht immer neu geschrieben, man hat Tippex und den Kopierer benutzt; aus der Bitsy kommt hatl alles sauber raus und sieht besser aus. Die Korrekturen sind zwar unsichtbar, dauern aber auch ihre Zeit. Tippfehler sind auf dem Bildschirm sehr schlecht zu erkennen. Schon um die Augen zu schonen, macht frau also erst einen Probeausdruck, liest Korrektur, bessert am Bildschirm aus und läßt dann das Original ausdrucken. Da der Drucker kaum ohne Überwachung das Papier richtig ablegt , muß frau dabei stehenbleiben, die Blätter falten, auseinanderreißen, sie muß mehrmals die obere Zeile neu einstellen, weil der Briefkopf verrutscht usw. Es geht also nicht automatisch und ohne Aufsicht. Bei der Arbeit mit Textbausteinen schleichen sich durch die vielen Kommandos, die eingegeben werden müssen, oft Fehler ein, die nicht sofort erkannt werden; die Fehlersuche und Korrektur dauert oft Stunden. Weil die Programme und die Geräte aufgrund verschiedenster Einflüsse oft spinnen, müssen schon mal Sachen doppelt gemacht werden.

Vor zwei Jahren hat ein abgesägter Abteilungsleiter mal in dreimonatiger Arbeit zusammen mit seiner Sekretärin ein Rationslisierungssystem für Angebotsschreiben entwickelt: jedes Maschinenteil wurde ein Baustein, der Verkaufsleiter sollte nun für den Schreibauftrag ein kompliziertes Formular ausfüllen, auf dem nur noch Nummern stehen und offene Kästchen für Maßangaben, Anzahl usw. Auf diese Art Briefe in die Bitsy einzugeben, kann Stunden dauern. Die einfachere Methode, die unnötigen Stellen aus dem Generaltext einfach zu löschen, braucht ein Bruchteil der Zeit, weil nicht stur nach Nummer vorgegangen werden muß, was äußerst unbeliebt ist. Aber die Frauen wenden von sich aus immer die zeitsparendste Methode an. Da sie alle vier relativ selbständig arbeiten können bzw. immer mehr Funktionen übertragen bekommen, die mit ihren ursprünglichen Tätigkeiten wenig zu tun haben (sie fühlen sich deshalb auch dequalifiziert), gibt es auch keine Zeitvorgaben für die Arbeiten. Kein Vorgesetzter hat den Überblick, v.a. was die Bitsy betrifft. (Das haben die Frauen mir auch gleich beigebracht: viele Pausen vom Bildschirm machen, nicht die ganze Zeit hineinschauen, in Ruhe die Papierausdrucke korrigieren, da die Männer in der Konstruktionsabteilung eh keine Ahnung von dem Arbeitsquantum hätten.)

Diese Möglichkeit, verschiedene Arbeiten über den Tag zu verteilen, ist andererseits auch notwendig, wenn nur zwei Bitsies vorhanden sind: die Frauen müssen sich gegenseitig absprechen, wenn eine nicht fertig wird, kann die nächste nicht anfangen, sie kommen sich manchmal ins Gehege, v.a. wenn "Aushilfen" da sind. Andererseits ist ihnen auch klar, daß die Anschaffung eines weiteren Gerätes die Entlassung einer weiteren Frau bedeutet; für den Einkauf arbeitet eh seit Monaten eine Frau von einer Leihfirma. Überzeugt, zur Zeit keinen Job zu finden, der ihnen Spaß macht und einigermaßen Geld einbringt, finden sie sich so gut wie möglich mit den neuen Arbeitsbedingungen ab, verbessern ständig die Organisation und halten das System am Laufen: die Kartei, die Disketten, die Kennworte, die Ablage - alles ist ja von den vier Frauen selbständig eingerichtet worden. Kein anderer würde so einfach durchblicken. Sie haben einen Freiraum erobert, aber nutzen ihn nicht gegen die Firma aus - die Kopien, die von allen beschriebenen Disketten gemacht, sind ein Beispiel dafür.
Die Textverarbeitung bei O. geschieht nach einem informellen System, das ohne die Zusammenarbeit der Frauen und ihr freundschaftliches Verhältnis untereinander gar nicht funktionieren würde.

Diese Stärke, innerhalb und gegen die Scheißarbeit persönliche Beziehungen zu entwickeln, könnte eine Machtbasis sein - nicht nur, um sich gegen weitere Maßnahmen der Geschäftsführer zu wehren. Dem steht bisher noch ihr Zynismus über die eigene Jobsituation, über die Dummheit der Vorgesetzten und darüber, daß keine Verbesserung abzusehen ist, entgegen.

Die Büroarbeiter reagieren mit einer neuen Krankheit:

COMPUTERPHOBIE

„Ich bin jetzt seit zwanzig Jahren im Betrieb und werde noch in diesem Monat 53 Jahre alt. Mein Beruf sicherte mir bisher ein hohes Einkommen, und ich bin zur Zeit ganz verzweifelt. Mein Problem ist: Ich kann schon jetzt sagen, daß ich nie mit dem Computer arbeiten werde.

Bisher konnte ich den direkten Kontakt immer weiter hinausschieben. Ich merke nun aber immer deutlicher, daß das kein Ausweg ist. Irgendwann muß ich den Computer bedienen können.

Um ehrlich zu sein, ich habe Angst vor dem Computer, der Anblick eines Bildschirms versetzt mich in Schrecken, mein Herz beginnt wild zu schlagen, und ich bekomme heftige Schweißausbrüche. Ich weiß nicht, woher dieses mir vollkommen unerklärliche Verhalten kommt. Bitte helfen Sie mir, meine Stelle ist in Gefahr. Für eine Ausweichstelle bin ich schon zu alt, und auch das Arbeitsamt sieht keine Vermittlungsmöglichkeit. Mit freundlichen Grüßen, Erika S."

Weit verbreitet

Dieser Brief scheint nicht untypisch. Die „Computerphobie" ist sehr weit verbreitet, und Erika S. stellt deshalb keinen Einzelfall dar. Normalerweise können Computerängstliche ihr Leben so einrichten, daß sie niemals mit dem Computer in Berührung kommen. Damit halten sie ihr Problem für gelöst, und nach außen tritt die Angst auch selten zutage.

Wir kennen alle jene Sekretärin oder jenen Mitarbeiter, der mit einem Schock auf den Bildschirm am Schreibtisch reagiert, der stundenlang um den Computer herumschleicht, bevor er ihn berührt. Unlängst wurde in einer Computerzeitschrift darüber berichtet, wie ein Computer von der Belegschaft einer Glaserei mit der Axt außer Funktion gesetzt wurde.

In unserem Fall sollte eine berufserfahrene Chefsekretärin eines Tages entdecken, daß sie mit dem Computer als Textverarbeitungsmaschine aus seelischen Gründen nicht arbeiten kann. Als Psychologe mußte ich mir deshalb zunächst darüber Gedanken machen, ob es überhaupt die Möglichkeit einer anderen Beschäftigung gab. Dies kam in dem vorliegenden Fall nicht in Betracht.

Die Möglichkeit der Vermeidung, wie man dies im psychologischen Fachjargon sagen würde, war also gar nicht gegeben.

Im weiteren Vorgehen der psychologischen Beratung machte ich mir zunächst ein Bild von dem Zustand der Klientin. Wir machten eine Verhaltensprobe direkt in der Firma. Durch ein Glasfenster konnten wir den neu angeschafften Großcomputer sehen. Hier zeigte Frau S. noch keine akute Angst, im Gegenteil: Direkt gegenüber der DV-Anlage befand sich das Konferenzzimmer mit der alten Schreibanlage. Die Klientin fühlte sich dort wohl.

Im anschließenden Raum befanden sich Terminals und ein Drucker als Ausgabegerät. Ich wandte mich diesem Bereich zu und bemerkte, daß es Frau S. unmöglich schien, mir zu folgen. Sie versuchte es zwar, als aber plötzlich ein Drucker laut zu rasseln begann, mußte sie sich setzen. Ihr war schwindelig geworden. Nach allem, was ich gesehen hatte, handelte es sich um einen klassischen Fall der klar abgegrenzten Phobie, wie sie häufig im psychologischen und medizinischen Bereich vorkommt. Für den Betroffenen stellt dies immer ein großes Problem dar.

Die Angstwerte

Phobien können bei allen Altersstufen auftreten. Sie sind bei älteren Menschen besonders festgefahren und werden oftmals von scheinbar rationalen Überlegungen begründet. Wenn sich eine Mitarbeiterin konstant mit allen möglichen Entschuldigungen gegen die Einführung eines Arbeitsplatzcomputers sträubt, kann eine Computerphobie vorliegen. Arbeitnehmer, die sich trotzdem zur Arbeit mit einem solchen Gerät zwingen, werden unter Umständen häufiger krank oder bleiben dem Arbeitsplatz unentschuldigt fern. Eine Lösung aus dem Dilemma bietet die systematische Desensibilisierung, eine Therapieform, bei der dem Klienten durch systematische Annäherung an das Problem gezeigt wird, daß er seine Angst überwinden kann.

In unserem Fall erlernte Frau S. zunächst mit einer Entspannungskassette die progressive Muskelentspannung nach dem Psychotherapeuten Jakobson. Danach wurde ihre Computerangst in verschiedene Schwierigkeitsgrade eingeteilt. Die Klientin hatte folgende Abstufungen gewählt:
(leichteste Angstwerte 0 – 1, schwerste Angstwerte 8)

- Geräusche eines arbeitenden Computers hören – 1
- einen Computer sehen – 2
- Terminal oder Drucker sehen – 2
- vor einem ausgeschalteten Terminal sitzen – 3
- vor einem eingeschalteten Terminal sitzen – 4
- Terminaltasten berühren – 5
- Drucker berühren – 5
- Programme eingeben – 6
- Computer läuft mit dem Eigenprogramm – 6
- Computer bringt Fehlermeldungen – 7
- unter Aufsicht mit dem Computer arbeiten – 8
- Computer bringt Fehlermeldungen unter Aufsicht – 8

Mit Hilfe dieser Hierarchie der Ängste wurde es der Klientin möglich, ihre Computerphobie gezielt anzugehen. Wenn immer sie in eine angsterregende Situation kam, wandte sie die zuvor gelernte Entspannungstechnik an.

Nach und nach konnte die Klientin angstfrei eigene Programme starten und Texte mit dem Computer verarbeiten lassen. Der Erfolg zeigte sich in einer abschließenden Verhaltensprobe. Frau S. konnte das Terminal tatsächlich alleine bedienen, Programme eingeben, die Programmbibliothek anwählen und mit dem Computer kommunizieren. Aber es soll nicht verschwiegen werden, daß es zwei große Rückschläge gab, nämlich dann, als sich die Klientin zuviel zugetraut hatte. Die kontinuierliche Entspannungsübung und die regelmäßige psychologische Anleitung verhalfen ihr jedoch zu einem sicheren Umgang mit dem Computer. Heute, nach zwölf Monaten, kann Frau S. nur noch über ihre anfänglichen Schwierigkeiten lachen. Ihr weiterer beruflicher Lebensweg und damit ihr Arbeitsplatz ist gesichert.

Dr. Horst H. Siewert

(Aus "Chip")

groß ist die verwirrung über telearbeit

. . . NOCH GRÖSSER IST DIE KAPITALISTISCHE VERWERTUNGSGIER !

Seit Jahrzehnten werden die Büroarbeiter von einem Gespenst verfolgt, das aber von keinem bisher tatsächlich gesehen wurde: Massenentlassungen durch Rationaliserungen, welche die neuen Technologien ermöglichen würden.
Bis heute ist nichts dergleichen geschehen, eher schon das Gegenteil: es gibt immer mehr Büroarbeiter.
Allerdings sind die Büroarbeiter schon lange im Visier der Arbeitswissenschaftler, die den Berg von Formularen und Akten, hinter der sie sich verschanzen, soweit abtragen wollen, daß eine Quantifizierung und Vermehrung der Arbeit möglich wird. Mittel dazu ist die Formalisierung und Zergliederung der Arbeit. (Der Sachbearbeiter verliert seine Sekretärin und kriegt einen Computeranschluß, der von nun an seine Tätigkeiten aufzeichnet)

Allerdings hat diese Formalisierung der Arbeit auch ihre Tücken: objektiv führt sie zu einer Fabrikisierung der Büroarbeit - subjektiv darf sie die Besonderheit der Angestellten"kultur" nicht in Frage stellen. Die politische Isolierung muß gewährleistet bleiben- abgetrennt von den anderen Arbeitern in der Hydrokultur mit Peter Stuyvesant. Versuch mal heute, in den Labyrinthen der einstmals gefeierten Großraumbüros einen Büroarbeiter zu finden - es wird dir schwerfallen.
Diese Formalisierung macht aber auch eine Auslagerung einiger Tätigkeiten - wohlgemerkt nicht aller - aus den Büros heraus in Heimarbeit möglich.
Tele(fern)arbeit ist als Konsequenz daraus in dieses Experimentierfeld aufgenommen worden. Schon daraus wird deutlich, daß Telearbeit also ein Begriff ist, der völlig verschiedene Tätigkeiten umfaßt:
so erstellen Spezialisten in Heimarbeit Soft-ware Programme, weil sich so ihre "kreativen Phasen" besser nutzen lassen, andere machen komplizierte Textübersetzungen; bis hin zur reinen Texterfassung ist alles vertreten.
(allerdings handelt es sich bei den sogenannten "qualifizierten Tätigkeiten" im großen und ganzen um reine Propaganda. Der Hauptteil, um den es nicht nur uns geht, betrifft `untergeordnete Bürotätigkeiten`, die nach Siemens-Lobbyist Haimo George ohnehin "viel zu hohe Löhne und Gehälter" beziehen").
Allen diesen Tätigkeiten ist jedoch eine Vorgabe der Kapitalisten gemein:
"Die Benutzung eines elektronischen Mediums, das -

gegenwärtig noch - überwiegend schriftliche und graphische Information überträgt, führt zu einer effektiveren Kommunikation, zu einer Beschränkung der Kommunikation auf wesentliche Inhalte und zu einer Reduzierung des bei Gesprächen eher üblichen `social noise´."

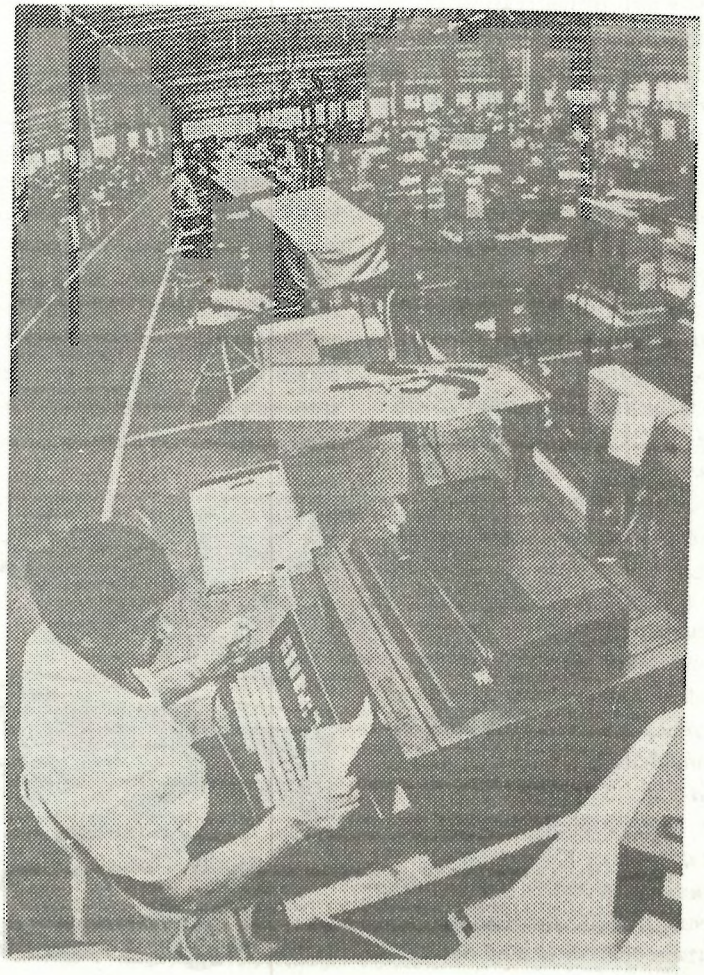
"Die Tatsache des ausgelagerten Arbeitsplatzes ist mit einer Beschränkung der Möglickeiten zur unmittelbaren Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen verbunden. Diese Zusammenarbeit ist zwar faktisch noch vorhanden, wenn an einer Produkterstellung, Problemlösung oder was sonst es immer auch sein mag mehrere Personen beteiligt sind. Sie wird aber wohl kaum als eine unmittelbare persönliche Beziehung wahrgenommen, da sie sich in einer abstrakten, für den Telearbeiter vielleicht nicht einmal konkret nachvollziehbaren Arbeitsteilung `versteckt´".
(BMFT-Forschungsbericht DV 82-002 August 82)

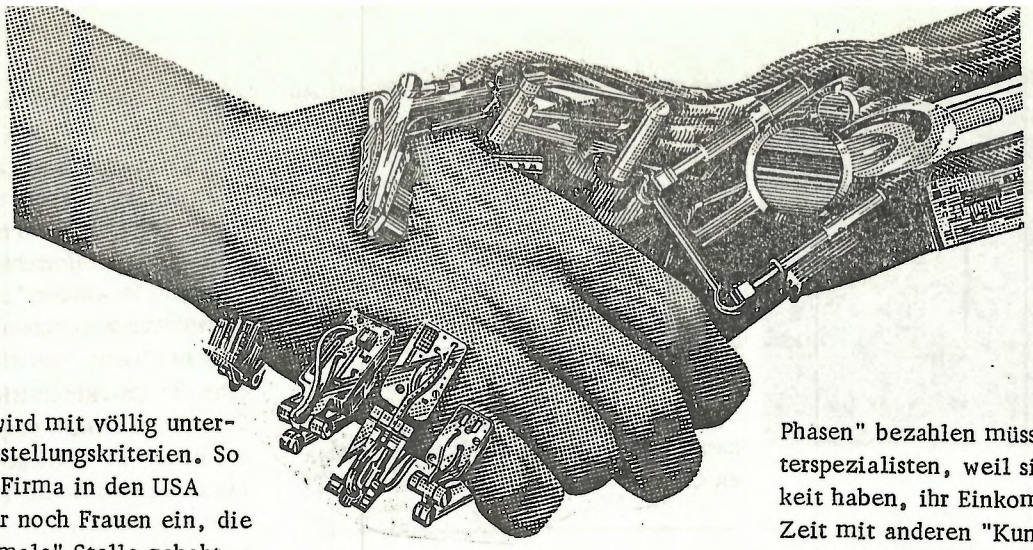
Wenn wir uns also mit Telearbeit befassen, sollten wir diesen politischen Hintergrund nicht aus dem Kopf verlieren und alle Modelle und Versuche genau entlang diesen Rahmenbedingungen untersuchen. Das hilft auf jeden Fall, keiner Mystizierung auf den Leim zu gehen.

Nach den Schätzungen bspw des MIT (Massachusetts Institute of Technology) wird davon ausgegangen, daß bis 1990 ca 10 Mio Arbeitsplätze in den USA eingerichtet sein werden, bis zum Jahr 2000 sogar 40% aller Arbeit Telearbeit sein wird (National Science Foundation). Auf der Messe "Telcom 83 Deutschland" beliefen sich die Schätzungen auf 10-20% aller deutschen Arbeitsplätze. Hinter diesem allzu banalen Geschwätz verbergen sich aber ernsthafte Bemühungen, die technologischen Möglichkeiten auf ihre Effizienz im Klassenkampf abzuklopfen:
Zwar streichen die Protagonisten wie z.B. EKOM (Expertengruppe Kommunikationstechniken) besonders den sozialen Charakter der Möglichkeiten der Telearbeit heraus; z.B. den "Benachteiligten" unserer Gesellschaft den Zugang zum Arbeitsleben zu ermöglichen. Gemeint sind damit v.a. Behinderte und Frauen mit kleinen Kindern, besonders gerne in "strukturschwachen" Gebieten, wo die Löhne im allgemeinen nicht so hoch sind. In dieser von Lothar Späth gegründeten Gruppe sind solche Menschenfreunde vereint wie Siemens, Daimler, SEL, Dornier, Bundesverband Deutscher Banken, Allianz, AEG usw. Sie kommen -naturgemäß - aber schnell auf den Punkt:"Wir wollen erproben, inwieweit dezentrale Arbeitsplätze überhaupt wirtschaftlich rentabel sind." (Siemens)
Über diese Feldforschung ist sehr wenig bekannt. Es werden "höchstens 50" Arbeitsplätze zugegeben, was natürlich viel zu niedrig gegriffen ist, denn alleine die Druckindustrie hat infolge des verlorenen Streiks gegen die Einführung der neuen Technologien seit einigen Jahren beträchtliche Kapazitäten aufgebaut (So werden z.b. vom Beck-Verlagshaus in Nördlingen jeden Tag 2,5 mio Zeichen in Heimarbeit erfaßt).

DIE TELEARBEIT STECKT NOCH IN EINER EXPERIMENTIERPHASE

Dennoch ermöglichen die weiter fortgeschrittenen Modelle in anderen Ländern wie den USA, Frankreich und England einen besseren Überblick.
Allerdings läßt sich selbst daraus noch keine genaue Linie erkennen, an der es nun lang gehen soll. Zu unterschiedlich sind die verschiedenen Einführungsstrategien, die Beschäftigungsformen und die Herkunft der Arbeiterinnen. Es handelt sich eher um eine in - und extensive Experimentierphase, deren Bedeutung für die weitere Entwicklung des Klassenkampfes noch gar nicht abzuschätzen ist.





Experimentiert wird mit völlig unterschiedlichen Einstellungskriterien. So stellt z.B. eine Firma in den USA grundsätzlich nur noch Frauen ein, die noch keine "normale" Stelle gehabt haben, während Siemens Wert darauf legt, daß die Telearbeiterinnen vorher bei Siemens beschäftigt waren und z.B. wegen der Kinder gekündigt haben. Andere Firmen wie die Drucker-

DIE FIRMEN ERPROBEN VERSCHIEDENE EINFÜHRUNGSSTRATEGIEN

ei Palmer in Rhld-Pfalz, die 10 Heimarbeiterinnen beschäftigt, oder die Computerfirma ICR in Neustadt, die 2 Ehefrauen von bei ihr beschäftigten Prokuristen angestellt hat, glauben, daß Loyalität und Identifikation am ehesten bei Frauen anzutreffen sind, die es eigentlich gar nicht nötig haben zu arbeiten und den Job nur deshalb machen, weil sie sich zuhause nicht ausgelastet fühlen.

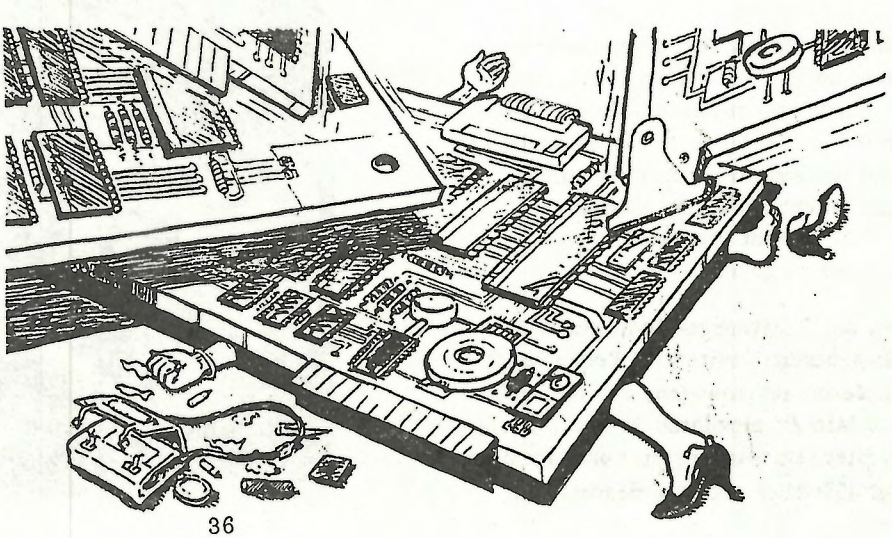
Wohin man auch hört wird von allen, wenigstens gedanklich, die "selbständige Unternehmerin" gesucht, die sich auch noch die Geräte selbst kauft. z.B. die englische soft-ware Firma "F international ltd" :
"Das Durchschnittsalter beträgt 25-35 Jahre. 50% der Mitarbeiterinnen sind "graduates", haben also mindestens das Abitur. Alle verfügen über wenigstens vierjährige EDV-Ausbildung. Der Aufgabenbereich umfaßt alle Abschnitte der Entwicklung von EDV - Anwendungssystemen, sowie Beratung und soft-ware-Wartung. Die Telearbeitsplätze sind in England über das ganze Land verstreut, das zur Verwaltung in vier fast unabhängige Regionen aufgeteilt worden ist. Allerdings wird versucht, die Reisetätigkeit sehr gering zu halten und durch Bildung von lokalen Zentren die Arbeit in kleinen Gruppen zu ermöglichen. Arbeitsqualität und Arbeitsproduktivität sind nach Meinung von "F international ltd" bei den Telearbeitern im allgemeinen höher als bei vergleichbaren Büroarbeitsplätzen. Die Fluktuation ist sehr gering." (BMFT, s.o.)

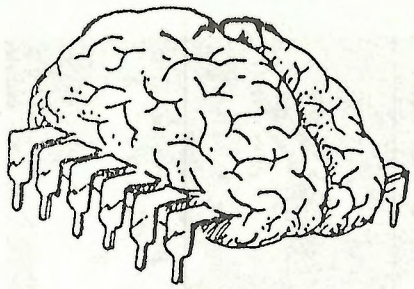
Die einzelnen "freien" Mitarbeiterinnen sind abhängig von einer straffen Hierarchie verschiedener Managerebenen. Wenn Du mal keinen Auftrag hast, ruft Dich dein "Staffing-Manager" an oder schickt dir Unterlagen zum Selbststudium.

Diese Versuche bleiben allerdings nicht nur auf die erwähnten formalisierten Arbeiten beschränkt, für die sich v.a. Banken, Versicherungen, Firmen mit großer EDV-Abteilung interessieren.

Für Arbeiten, die eine besondere Qualifikation erfordern, werden ebenso neue Formen gesucht. So hat Rank Xerox in England ca 40 Spezialisten, die sich mit Systemanalyse beschäftigen, also z.b. bei Kunden nach Programmfehlern suchen, in "Heimarbeit" entlassen. Diese "Heimarbeiter" erhalten ein garantiertes Einkommen in Höhe von 2/5 ihrer bisherigen Bezüge. Beide Seiten versprechen sich Vorteile: die Unternehmen, weil sie so nur die "kreativen Phasen" bezahlen müssen, die Computerspezialisten, weil sie so die Möglichkeit haben, ihr Einkommen und freie Zeit mit anderen "Kunden" abzustimmen. Die Loyalität scheint gesichert.

Mit einer anderen Möglichkeit beschäftigt sich die Firma "Lift Inc." in Chicago: sie versucht, mit den Schwierigkeiten von Behinderten, sich ein Einkommen zu sichern, Geschäfte zu machen. Die Firma beschäftigt sich mit Ausbildung und Vermittlung von Programmierern. Ausgewählte Behinderte werden über Rehabilitationszentren angesprochen und nach sorgfältigen Tests und Interviews durch "Lift" und den zukünftigen Arbeitgeber (dazu gehören bereits heute so große Firmen wie Standard Oil, Mac Donalds, die großen Banken in Chicago) in einem halbjährigen Trainingsprogramm zum Programmierer ausgebildet. Das Training erfolgt durch audiovisuelle Kurse im Hause des Behinderten und wöchentliche Begleitbesuche durch einen Lehrer.
Nach Abschluß des Programms arbeitet der Behinderte ein Jahr lang als Angestellter von "Lift" (das auch die technischen Geräte zur Verfügung stellt) und bearbeitet in dieser Stellung Aufträge für seinen späteren Arbeitgeber, der ihn nach diesem Jahr ins feste Angestelltenverhältnis übernimmt. Bisher wurde für 30 Behinderte ein Telearbeitsplatz eingerichtet. Noch keiner ist abgesprungen.





Die Begleitmusik zu diesen Versuchen liefert ein Propagandaapparat, der uns die Zukunft in leuchtenden Farben ausmalt: Job nach Maß, Arbeit und Autonomie (diesmal in einem anderen Sinn), raus aus den stinkigen Fabriken und muffigen Büros hinein in eine Heim- und Heimatzentrierte Gesellschaft(1), selbstbestimmte Arbeit und Freizeit je nach Sonne und Regen.

Die Realität sieht leider ganz anders aus: Für den überwiegenden Teil der Teleheimarbeiterinnen heißt das enorme Flexibilisierung, absolut beschissene Bezahlung (1981 betrug der Stundenlohn zwischen 4.60 und 7.45DM) materielle Unsicherheit, denn wann der Auftrag kommt, weiß keiner und im Gegensatz zur traditionellen Heimarbeit sind die Kommunikationswege so kurz, daß ein Spielraum für eigene Zeiteinteilung nicht mehr möglich ist. In der Regel also Samstag/Sonntag durchschuften, weil am Freitag die ganz dringenden Aufträge kommen- malochen in der stickigen Kammer, allein mit der Maschine, sich selbst zum Durchhalten zwingen - tränende Augen nach 2 Stunden Bildschirm - Scheißmaloche!

Dazu kommt, daß die ganze Lebenszeit Tag und Nacht von der Maschine bestimmt wird und auch vor den Menschen, mit denen man unmittelbar zusammen ist, nicht haltmacht:
"Schon aus den bisherigen Erfahrungen ist abzulesen, daß sich die Möglichkeit, mittels

Telearbeit von zuhause aus

zu arbeiten, in einer Verlängerung der Gesamtarbeitszeit niederschlägt.."
"Eine größere Motivation wird dadurch erreicht, daß die Leistung und das zu erzielende Einkommen in einem direkten Verhältnis zueinander stehen." (Siemens)

DIE PROPAGANDA ARBEITET MIT VERSATZSTÜCKEN VON LINKEN IDEOLOGIEN

"Telearbeit bietet weiterhin die Möglichkeit zum Job-Sharing zwischen Haushaltsmitgliedern. Diese Personen müssen nicht einmal denselben professionellen Hintergrund haben, ihre berufliche Beziehung ist durchaus auch als komplementär vorstellbar..."

Der Erfolg: Lotte kommt von der Schule nach Hause und vergnügt sich an Mutters Arbeitsplatz.

Daß diese Realitäten nichts mit der versprochenen Glückseligkeit gemein haben, merken als erste die, die davon betroffen sind.

Die Kapitalisten entwerfen Pläne,

probieren sie aus, variieren sie oder schmeißen sie wieder in den Mülleimer, je nach den Schwierigkeiten, auf die sie bei der Durchsetzung stoßen:
so ist eine Firma in den USA inzwischen wieder dazu zurückgekehrt, ihre "Heimarbeiter" wenigstens für 2 Tage in der Woche in die Fabrik zu holen. Denn:
"Es besteht bei Telearbeitern langfristig die Gefahr einer geringen oder auch abnehmenden Identifikation mit dem zentralen Unternehmen bzw. der zentralen Organisation."(BMFT)

Auch mit der neuen Selbständigkeit ist noch kein Staat zu machen. Bei den vom Batelle-Institut untersuchten Heimarbeitsplätzen in den USA wurden z.B. die Kosten für die Geräte (noch) fast ausschließlich von den Unternehmen bezahlt. Die überwiegende Mehrheit der Heimarbeitenden hatte ein festes Angestelltenverhältnis mit geregelter Arbeitszeit und allen Sozialleistungen.

Das ist ja auch kein Wunder. Die "neue Selbständigkeit" versucht die Quadratur des Kreises. Du sollst dich fühlen wie ein Unternehmer, bist aber ein vollständiges Anhängsel eines Zyklus, auf den du überhaupt keinen Einfluß hast. Du bist einfach ein Malocher, der dazuhin noch sämtliche finanziellen Risiken trägt. (In den Anfängen der Nähmaschinenindustrie gabs so was schon mal: du hast dir eine Maschine auf Pump gekauft, hast malocht wie ein Stier, und wenn nach ein paar Jahren die Maschine abbezahlt war, hast du eine neue gebraucht, weil die alte kaputt war).

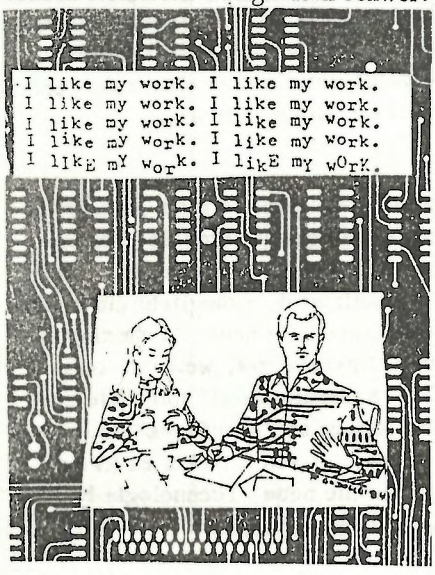
(1)
Zur Vernebelung der tatsächlich beschissenen Arbeitsbedingungen verwenden die Einführungsstrategen in ihrer Propaganda erstaunlich oft Begriffe, die wir aus den Diskussionen und Wertvostellungen von Grünen (Bahro) und anderen Ex-Linken bestens kennen. "autonome", "selbstbestimmte Arbeit" in überschaubaren Lebens - und arbeitszusammenhängen, draussen auf dem Lande in Kleinkommunen ist die Vision, die uns als "neue Gesellschaft" verkauft wird, ermöglicht durch den "richtigen" Umgang mit den neuen Technologien. Inzwischen haben auch bei uns viele "Linke" die neuen Technologien als Einkommensperspektive entdeckt, z.b. durch Textsysteme oder Soft-Ware-Erstellung. Interessanter, weil viel offener, ist die Propaganda in den USA: in den Veröffentlichungen über die "neue Arbeit", über "Selbständigkeit" spielt die Ex-Genossin Anne eine bedeutende Rolle. In den 68er Jahren hatte sie geglaubt, man könne Kinder und "berufliche" und alltägliche "Emanzipation" miteinander verbinden. Sie hat studiert und fühlt sich heute allein mit den Kindern zu Hause intellektuell unterfordert. Sie ist das Paradebeispiel für die glückliche Zukunft, welche ihr die neue Technologie beschert hat. Heute "macht" sie 30 000 Mark im Monat mit Übersetzungen und die Arbeit macht ihr Spaß.

WIE DIE KOOPERATION DER ARBEITER VERWERTEN ..

Aus diesen Widersprüchen zwischen kapitalistischem Plan und Wirklichkeit wird deutlich, daß es keine eigenständige Entwicklung der Technologie gibt, diese ist pures Kriegswerkzeug. Und das "technologisch Machbare" kann sich für die Kapitalisten als heißes Eisen erweisen - deshalb ist die lange angekündigte "Revolution" im Büro bis heute ausgeblieben.

Aus den eingangs erwähnten Zitaten des BMFT wird der Charakter kapitalistischer Technologie überdeutlich: sie soll einerseits die produktive Kooperation der Arbeiter auf eine intensivere Stufe treiben - und andererseits eben gerade dies vor den Arbeitern verstekken, ihre Kommunikation untereinander auf rein abstrakte, hinter der Arbeitsteilung versteckte "Problemlösungen" beschränken, so daß sich die Arbeiter nicht über den gesellschaftlichen Charakter ihrer Arbeit bewußt werden. Das ist mit dem unerwünschten "social noise" gemeint.

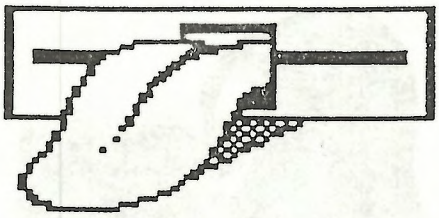
Daher auch das momentane Durcheinander um die Tele-Arbeit. Denn prinzipiell läßt sich der Widerspruch aus vergesellschafteter Arbeit und Atomisierung der Arbeiter für das Kapital nicht lösen. Sie müssen also ständig neue Wege ausprobieren, wie sie den Arbeitern einerseits Kommunikationskanäle "anbieten", damit diese ihre produktive Kooperation entwickeln können - und andererseits diese Kanäle so weit formalisieren, daß sich diese Kommunikation nicht gegen das Kapital wenden kann (wie es z.B. der "Processed World"-Artikel beschreibt). Und dies fällt ihnen heutzutage sogar bei derart weitgehend örtlich isolierten Tätigkeiten schwer:



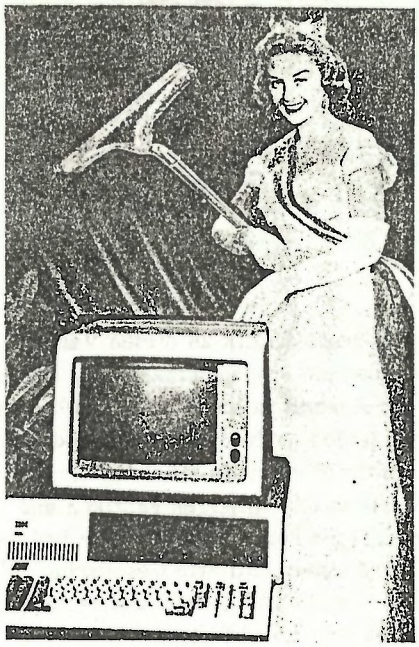
So war eine amerikanische Firma gezwungen, die Kommunikation der Frauen untereinander zu verbieten. Die Frauen hatten den Weg "mißbraucht", den die Kapitalisten offengehalten haben, damit die Malocher bestimmte Probleme "unter der Hand" gemeinsam lösen. Die Frauen dürfen heute nur noch zu bestimmten Zeiten mit genau bestimmten Mitarbeitern in der Zentrale kommunizieren.

. . UND SIE GLEICHZEITIG POLITISCH ATOMISIEREN ?

Und es gibt ja noch einen zweiten Aspekt: das Problem mit "der abnehmenden Identifikation" der Telearbeiter. Das Büro bringt dich im Kontakt mit den anderen Arbeitern überhaupt erst zum arbeiten. Du wirst in einen bestimmten Arbeitsrhythmus gebracht - auch durch den sozialen Druck der anderen, ihr Arbeitstempo etc. Das ist ja auch ein Effekt im Büro: die Kontrolle durch die Kollegen. Wenn du dagegen allein zu Hause in der Rumpelkammer hockst, mußt du diesen Druck dir ständig selbst auferlegen, während der Rest deiner Umgebung die Sonne am Wochenende für sinnvollere Dinge nutzt.



Es ist also noch lange nicht aller Tage Abend - wie uns manche gerne einreden würden. Es wird für die Kapitalisten immer ein Drahtseilakt bleiben, die für den Profit notwendige produktive Kooperation vor den Arbeitern so zu verstecken, daß sie nicht in's Gegenteil umschlägt und wir die Ausbeuter zum Teufel jagen.



UNSERE KOOPERATION UMDREHEN UND DAS KAPITAL ATOMISIEREN !

Auf diese Zusammenhänge sollten wir uns konzentrieren, wenn wir uns in der Zukunft weiter mit diesen Fragen beschäftigen. Trotz aller Unklarheiten glaube ich, 2 Stränge für die weitere Diskussion festhalten zu können:

1. gibt es für die Kapitalisten tatsächlich eine reale Chance, mittels den neuen Technologien zu einem qualitativen Sprung in der technischen Klassenzusammensetzung zu kommen?
2. (das ist als Fragestellung in diesem Artikel bisher unerwähnt geblieben) ist damit eine neue Dimension der Heimarbeit für die Kapitalverwertung verbunden, und v.a. welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Malocher?

(Dieser Aspekt ist bestimmt in einem der nächsten Hefte einer gesonderten Betrachtung wert, denn es wäre nicht der erste Versuch, produktive Arbeit in Heimarbeit auszulagern, und möglicherweise auch nicht der letzte, der wieder abgebrochen werden muß, weil er die gewünschten Ergebnisse nicht gebracht hat. Einige Hinweise sind ja diesem Artikel zu entnehmen, so z.B. die Rückrufung der Frauen in die Fabriken oder die Stadtteilbüros.)

EXPLODING THE MYTHS OF THE "INFORMATION AGE"

Bereits seit längerem wollen wir unsere Mailänder "Schwester"-Zeitschrift METROPERAIO mal ausführlich vorstellen, nachdem wir schon verschiedentlich Artikel daraus übersetzt und abgedruckt haben. Sie war (neben dem inzwischen in dem eher theoretischen Projekt WOBBLY/COLLEGAMENTI aufgegangenen "Kampfblatt der Mailänder Prekären WOBBLY einer der wenigen Lichtblicke nach der Krise der Autonomie, dem Kahlschlag 7. April und der Arbeiterniederlage bei Fiat. Während dort die Militanten rausflogen, ging der Kampf in einigen Mailänder Großbetrieben in seine nächste Phase - z.B. bei ALFA ROMEO. Die Zeitschrift wurde von Genossen aus mehreren Betriebsgruppen gegründet, die im Kampf gegen Kurzarbeit und Massenentlassungen steckten, und verband auch mehrere Stadtteilgruppen lose miteinander. Die Kämpfe sind inzwischen abgeschlossen, die meisten Genossen nicht mehr in den Fabriken.METROPERAIO hätte in dieser Situation sich neuen Subjekten zuwenden können (z.B. mit Wobbly zusammengehen können, das aber mehr anarcho-libertär orientiert ist), die Genossen hätten die Zeitschrift einstellen oder politische "Klarheit" in der Redaktion schaffen und die mühselige Suche nach neuen Ansätzen im Klassenkampf aufnehmen können. Sie haben sich für das dritte entschieden und die Redaktion neu zusammengesetzt, den Blickwinkel verbreitert, die Verbreitung über Mailand hinaus ausgeweitet. Und diese Entscheidung hat große Probleme mit sich gebracht: die Redaktion ist inzwischen relativ intellektuell zusammengesetzt, Staatsbedienstete, Uni-Angestellte, Lehrer etc. überwiegen bei weitem. Da reale Kämpfe in den Betrieben ausbleiben und aus den noch bestehenden Verbindungen zu Arbeitern nichts Rechtes entstehen will, wird die Suche nach neuen Ansätzen im Gegensatz zu früher stark theoretisch-soziologisch betrieben. Die Artikel setzen sich vorwiegend mit linken Gewerkschaftspositionen auseinander oder suchen neue Bezugspunkte im sogenannten "Tertiärbereich", weil darin die zukünftige Entwicklung Mailands gesehen wird, ohne aber diese Sektoreneinteilung genauer zu hinterfragen.
Die Diskussion innerhalb der Redaktion erschöpft sich öfter in theoretischen Disputen und der zwanghaften Suche nach "neuen Kategorien", weil die alten Marxschen angeblich der neuen Phase nicht mehr gerecht werden; so wird im letzten Heft der Marxismus zum bloßen "Modell" gemacht, das nur noch im jeweiligen Augenblick auf seine Funktionalität überprüft, aber nicht mehr wirklich kritisiert werden kann. All dies sind Zeichen der großen Verunsicherung in der italienischen Linken, aber METROPERAIO ist eines der wenigen Zeitschriftenprojekte, die auch auf Kongressen und Veranstaltungen versuchen, die Diskussion voranzutreiben.
Weil viele Artikel nur aus der gegenwärtigen Situation in Italien zu verstehen sind, hatten wir etwas Mühe, für diese Nummer eine repräsentative und für uns interessante Auswahl aus dem letzten Heft zusammenzustellen. Wir haben einzelne Abschnitte aus Artikeln zum Thema "neue Technologien" übersetzt, die das Bemühen der Genossen um neue politische Orientierung und die Eroberung eines "Arbeiterstandpunktes" deutlich machen. Sie arbeiten einen wichtigen Aspekt heraus: die neuen Technologien verlangen die wesentlich stärkere Partizipation der Arbeiter und: die neuen Geräte sind Instrumente zur Durchsetzung einer neuen Arbeitsorganisation, sie "ersetzen" nicht einfach die lebendige Arbeit.
Außerdem haben wir einen Genossen von METROPERAIO gebeten, aus seiner Sicht die Geschichte der Zeitschrift für deutsche Leser darzustellen. Das hat er getan, und er entwirft ein sehr optimistisches Bild. Hoffen wir, daß er recht behält!

HERRSCHAFT UND KONSENS

(Abschnitt aus: "Die Informatisierung des Büros, in Metroperaio Nr.6)

Alles bisher Beschriebene (die Einführung von Textsystemen, Personal Computern etc. in großem Stil im Büro, d.Ü.) ist das Szenario, das den Beginn der, wie einige es nennen, vierten industriellen Revolution oder neuen Phase des Kapitalismus darstellen soll: eine neue Epoche nämlich, in der die Bourgeoisie die tendenziell unbegrenzte Fähigkeit erreichen werde, "Reichtum" zu produzieren.

Also eine wichtige Epoche, in der, wie wir gesagt haben, sich neue Berufsbilder abzeichnen werden, und, wie einige meinen, das neue technologische Proletariat.

Erklärtermaßen bürgerliche Zeitungen schreiben ohne Bedenken (68 und die Protestbewegung sind eine weit entfernte Erinnerung), bestimmend für den Erfolg oder Mißerfolg jeder Innovation sei die Haltung der "menschlichen Ressourcen" (d.h. der Angestellten/Arbeiter) zu den Apparaturen, die man ihnen überläßt, und nicht, wie viele glauben, die Fähigkeiten der Wissenschaft, die total den Interessen irgendeiner "Macht" unterworfen und verpflichtet ist.

Während einige von einer neuen Qualität der Arbeit reden (es gibt Arbeiten, die nicht nur die volle Beschäftigung der intellektuellen Fähigkeiten desjenigen, der sie ausübt, fördern, sondern darüber hinaus unaufhörlich die Entwicklung solcher Fähigkeiten fördern...), bringt die Literatur über Software oft Artikel, in denen bekräftigt wird, daß mit einer guten Arbeitsorganisation die Produktivität der Software-Arbeiter um über 1000 % gesteigert werden kann. Überdies zeigt das immer differenziertere Ensemble der Informationstechnologien, daß sie relevante Potentialitäten besitzen, um den Arbeiter in nie gesehener Weise zu versklaven und zu verarmen.

Innerhalb dieser großen Veränderung/Reorganisation sind Restrukturierung und Organisation der Arbeit unlösbar miteinander verknüpft.

Über ein Innovationsmanöver haben große bürgerliche Ökonomen, Gelehrte, Intellektuelle, Massenmedien, das Parteiensystem, die Gewerkschaften, ein Spektrum, das bis weit hinein in die reaktionärsten Teile der bürgerlichen Gesellschaft reicht, einen Begriff, ein magisches Wort gefunden, das fähig ist, HERRSCHAFT UND KONSENS neu zu verbinden: "Professionalität". (In der BRD wäre es die "Qualifikation", d.Ü.) Professionalität bedeutet in der Tat nicht neue und positive Qualität der Arbeit, sondern Flexibilität

weiter geht's auf S.43 oben

DIE GESCHICHTE VON METROPERAIO

Zu Beginn der 80er Jahre ist die Lage in Italien recht trostlos, die Arbeiterklasse ist zerstückelt, die politische Debatte erstarrt, viele politische Zeitschriften sind eingegangen oder haben Thema und Form verändert. In dieser Situation stößt die Idee, eine neue Zeitschrift der Bewegung zu machen, bei vielen Genossen auf Interesse. Die Gründungsmitglieder waren sich einig in ihrer Einschätzung der politischen Phase und sie hielten es für möglich, wieder eine Debatte zu initiieren. Denn obwohl die allgemeine Situation damals sicherlich nicht ermutigend war, schien der Kampf der Alfa-Romeo-Arbeiter gegen die Cassa Integrazione zu Null Stunden die Möglichkeit zu bieten, auch auf dieser Ebene wieder die Initiative zu ergreifen. Auf einer Versammlung im Kino Cristallo über die Kämpfe bei Alfa Romeo haben wir die Geburt der Zeitschrift öffentlich bekannt gegeben. Das war im Herbst 82.

Der Anfang gestaltete sich schwierig: bereits um den Namen gab es lange und zusammenhanglose Diskussionen, bis wir uns schließlich auf "Metroperaio" einigten.[2] Bei den ersten Versammlungen waren etwa 20 Genossen anwesend aus völlig unterschiedlichen Zusammenhängen und Erfahrungen. Die stärkste Gruppe bildeten die Alfa-Arbeiter, dann gab es noch Genossen von Magneti Marelli, von Breda, Borletti, Face Standard, Italtel und schließlich Militante aus politischen Organisationen und stadtteilbezogenen Gruppen. Bei genauem Hinsehen war also die ganze buntgescheckte Mailänder Szene anwesend, die Redaktion schien eine Koordination von politischen Organismen zu sein. Unsere Initiative, eine Zeitschrift zu machen, war zunächst eine Gelegenheit zum Diskutieren und erst in zweiter Linie ging es darum, das Projekt auch zu realisieren, und so wurde ohne Umschweife querbeet über alle möglichen Themen diskutiert.

Der Schwerpunkt der ersten Nummer ging allerdings über die Kämpfe bei Alfa Romeo und die Debatte über die "rotierende" Cassa Integrazione. Zudem enthielt sie Artikel über die Massenmedien und über Prekarisierung und Tertiarisierung in Mailand, sowie einen Überblick über die elektronische Industrie. Die Zeitschrift war eine Ansammlung von Artikeln, die von den verschiedensten Teilen der Redaktion geschrieben und namentlich gekennzeichnet waren: Arbeiterkommission von Radio Black Out, Leninistische Kerne, Koordination der Zone Caronno, (Arbeiter) Kollektiv Magneti, Redaktion von Wobbly. W ie man sieht, eine unhaltbare Situation, jeder sprach für sich und die Zeitung für alle.

Obwohl wir uns mit den Schwierigkeiten und schreienden Widersprüchen auseinandersetzten, brachte die zweite Nummer keine erheblichen Neuigkeiten. Die Zeitschrift blieb ein Agitations- und Informationsblatt, das ohne innere Klarheit direkt an die politische Berichterstattung der Ereignisse gebunden blieb. Diese Nummer beschäftigte sich wieder zentral und schwerpunktmäßig mit den Kämpfen der Alfa-Arbeiter, einer beschreibenden Analyse über die Auto-Krise und einem Artikel über das Mailänder Prekariat.[3]

Währenddessen ließen die Arbeiterkämpfe bei Alfa Romeo nach, und das zwang die Genossen der Redaktion, die Aufgaben und die Rolle der Zeitschrift zu bestimmen und eine politische Klärung herbeizuführen. So kamen all die unterschiedlichen Absichten, die die Leute mit der Zeitschrift hatten und die man anfangs zurückgestellt hatte, zutage. Einige traten spontan aus der Redaktion aus, weil sie mit einer Neubegründung nicht einverstanden waren, andere begannen eine politische Auseinandersetzung über die Inhalte.

Die dritte Nummer von Metroperaio war eine Übergangsnummer. Sie war voll von Analysen und Stellungsnahmen zu verschiedenen Themen: Knast, Prozesse, Klassenzusammensetzung, die jüngste Klassengeschichte... Noch während die Nummer in Druck ist, beschließen die Leninistischen Kerne ihren Austritt aus der Redaktion, sie hielten die besondere Erfahrung von Metroperaio für beendet.

Nach dieser weiteren Spaltung gibt sich die Redaktion eine stabile Struktur, die durch Genossen und neue Mitarbeiter erweitert wird. Zeugnis davon gibt die eigenständige Gestaltung. Bisher war die Zeitschrift als Beilage von "Controinformazione" erschienen, seit der Nummer 5 erscheint sie unabhängig, mit eigenem Direktor, eigener Redaktion und ist gesetzlich registriert.[4]

Bereits die Nummer 4 war anders als die vorigen Nummern. Wie gesagt,

waren die ersten Hefte wesentlich an die Kämpfe bei Alfa Romeo gebunden und gaben die von diesen Kämpfen ausgelöste Debatte wieder. Nun hatten wir zur Kenntnis zu nehmen, daß der Zerstückelungsprozeß sich fortsetzte und die Bezugspunkte und Momente von Aggregation sowie das Verbindungsnetz zerstörte; daß die Arbeiterinitiative nach dem Aufbäumen gegen die Reform der Scala Mobile erloschen war; daß die Bewegung vollständig in der Krise oder besser gesagt im Zerfallen war; und so beschlossen wir, die Zeitschrift mehr auf die Ebene von Analyse und Reflexion zu verlagern und so von einer unmittelbar politischen Perspektive loszulösen. Dies auch um die Erstarrung der Debatte zu vermeiden und größeren politischen Einfluß zu erlangen. Wir wollten mit unserem neuen Ansatz dem Experimentieren mit neuen Untersuchungsansätzen mehr Raum geben und dennoch die Berichte über die Arbeitsbedingungen und Produktionsverhältnisse im Mittelpunkt lassen. Wir legten also folgende Arbeitsbereiche fest: die produktive Restrukturierung als Leitmotiv, die gesellschaftlichen Veränderungen, Internationales, Knast, Krise der theoretischen Kategorien.

Mit den Analysen über die Umstrukturierungen in der Produktion versuchen wir, die neuen Arbeiterverhaltensweisen und die neuen Widersprüche zu erfassen - wie verändert sich die Fabrik in bezug auf die neue Organisation der Arbeit und die Einführung der neuen Technologien? -; mit der Arbeit über die gesellschaftlichen Veränderungen versuchen wir, den neuen Arbeitsmarkt, die Veränderung von Mailand, die Bedingungen der Jugendlichen zu verstehen - welches sind die neuen antagonistischen Verhaltensweisen? -; mit den internationalen Artikeln wollen wir die nationale Optik überwinden und Kontakte auf europäischer Ebene aufbauen; die Artikel über den Knast beobachten die Prozesse und liefern Material über den Knast in einer Gesellschaft des reifen Kapitalismus; die Beschäftigung mit der Krise der Kategorien schließlich soll die theoretische Debatte erneuern.

Zwar ist die Zeitschrift weder Ausdruck eines politischen Projekts noch einer Organisation, dennoch steht sie inmitten der Klassenwidersprüche und versucht, darin Klassenlinien und den Klassenkampf wiederzufinden und aufzunehmen. Die Zeitschrift hat sich inzwischen ihren eigenen politischen Raum, ein eigenes Bild und eine eigene Position erobert; aus vielen Richtungen erreichen uns Hinweise auf eine neue Beachtung und verstärktes Interesse uns gegenüber.

Die vierte Nummer war in sich geschlossen und hatte eine einheitliche Ausrichtung. Mit dieser Nummer beginnt auch die Aufarbeitung der unmittelbaren Vergangenheit; die Artikel "Politischer Austausch" und "Abschluß eines Zyklus: mögliche Neuanfänge" beginnen mit der Rekonstruktion und Reflexion der vergangenen zehn Jahre. "Frieden und Krieg" greift in die Widersprüche der Friedensbewegung ein, und "Von Marx nach Mailand" ist eine erste Anregung, das in der Veränderung begriffene Mailand zu verstehen. Außerdem sind in dem Heft Übersichtstabellen und eine Analyse der Chemie-Industrie enthalten.

Die fünfte Nummer hat wieder die Restrukturierung zum zentralen Thema. Nach einer Analyse über die neue Organisation der Arbeit werden die Umstrukturierungen bei Borletti und Alberti untersucht, was es uns ermöglicht hat, Beziehungen zu anderen Genossen, die noch in den Fabriken tätig sind, aufzunehmen und ein Kontaktnetz aufzubauen. Bis jetzt haben wir außer den obengenannten Fabriken auch Breda und Techint untersucht. Auch in dieser Nummer haben wir versucht, die verschiedenen Thematiken zum Knast herauszuarbeiten, unter anderem haben wir zu zeigen versucht, daß die differenzierte Knaststruktur (also ein Knastsystem aus Sonderknästen, Knästen für Langstrafer und örtlichen Knästen für kurze und mittlere Strafen) typisch ist für die Staaten des reifen Kapitalismus und keine Folge des bewaffneten Kampfes ist. In diesem Zusammenhang haben wir auch die tiefgreifenden Veränderungen im Rechtswesen untersucht, vor allem was die Abtötung der Freiheit betrifft.

Die Nummer 6 ist gerade (Januar 85) erschienen. Sie macht eine weitere analytische Anstrengung, um die behandelten Themen besser herauszuarbeiten. Das betrifft die Analysen über die Prozesse und über die Klasse, während der Artikel über den Wahnsinn der Arbeit Anregungen geben soll. Andere Themen sind die Krise der Gewerkschaft, die theoretischen Modelle und die neue Geografie des Konflikts.

Die Zeitschrift leidet natürlich unter der Krise der theoretischen Kategorien und dem Fehlen einer langfristigen politischen Perspektive; wir glauben absolut nicht, daß es möglich ist, die gesellschaftliche Komplexität per Induktion, das heißt durch die spezifische Analyse spezifischer Sektoren zu erfassen. Die aktuelle politische Debatte bestimmt die Zeitschrift, dabei ergehen wir uns aber nie in akademischen Spezialstudien über soziale Probleme, die Untersuchung geht immer vom Klassenstandpunkt aus.

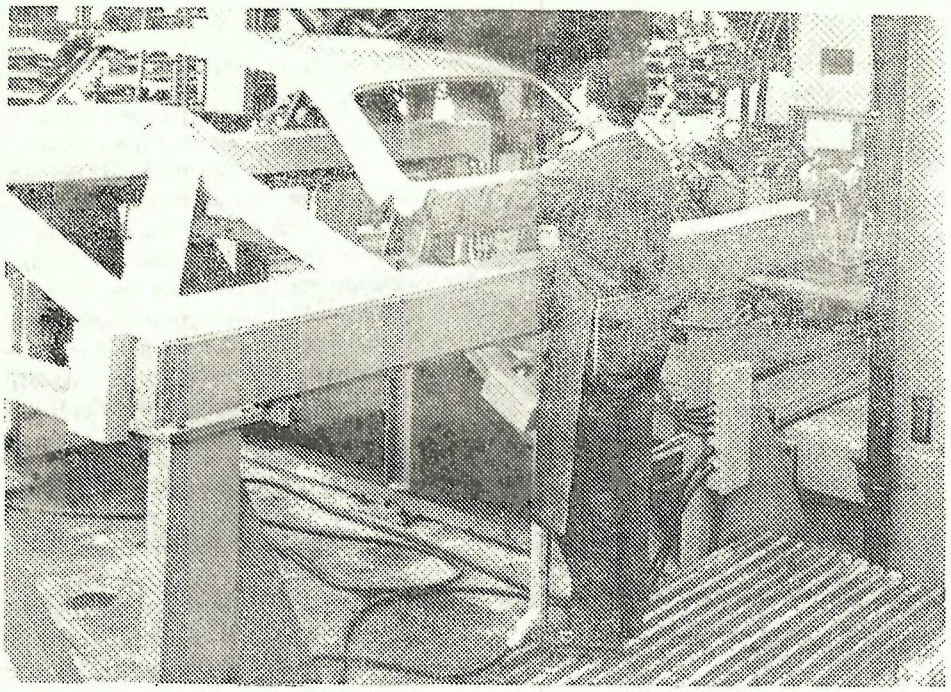
Schließlich erlangt die Zeitschrift nach und nach eine gewisse Legitimation und erscheint auch regelmäßiger. Sie soll eine Viermonatszeitschrift werden. Es gibt noch viele Probleme, vor allem finanzieller Art; die Zeitschrift erhält sich durch den Verkauf und die Spenden der Redaktionsmitglieder. Zu Beginn wurde sie nur in Mailand verteilt, aber seit der letzten Nummer entwickelt sich eine nationale Verbreitung. Von der letzten Nummer haben wir 2000 drucken lassen; in der Regel verkaufen wir 1300. Radio Popolare/Mailand hat in einer Sendung die Zeitschrift ausführlich vorgestellt und die Themen und das Projekt als solches verdeutlicht. Radios in anderen Städten und Dokumentationszentren fragen uns jetzt, ob wir mit ihnen zusammen die Zeitschrift bekannt machen wollen. Zur Zeit bereitet sich die Redaktion vor auf die Teilnahme am Kongreß "Ökonomische Krise und Repression" Ende März und am Kongreß über die "neue Armut am 20./21. April, beide in Mailand, Dies sind wichtige Ereignisse, zu denen wir unseren Beitrag liefern wollen.

(1) Die Cassa Integrazione ist die italienische Form der Kurzarbeit: der Staat erklärt, daß eine bestimmte Industrie "in der Krise" ist, die freigesetzten Arbeiter werden aus der Lohnausgleichskasse bis auf weiteres mit 80 % des Lohns weiterbezahlt. C.I. zu "Null Stunden" bedeutet dabei die endgültige Abschiebung bestimmter Arbeiterschichten in die Arbeitslosigkeit. Bei Alfa konnten die Arbeiter sehr lange eine "rotierende" Anwendung der Kurzarbeit durchsetzen, bei der abwechselnd andere Arbeitergruppen Freischichten feiern; die Belegschaft als Ganzes und damit die Arbeitermacht in der Fabrik blieb so erhalten. Die Freisetzung auf "Null Stunden" , von der alle Alten, Behinderten, Aufsässigen, Krankfeierer und organisierten Arbeiter betroffen waren, bedeutete deshalb den vorläufigen Schlußpunkt dieser Kämpfe bei Alfa. Die Restbelegschaft klopft samstags dafür Überstunden.

(2) "Metroperaio" ist eine Zusammenziehung von "Metropole" und "Operaio"(= Arbeiter).

(3) Die Übersetzung dieses Artikels über die Prekären haben wir in der Stadtzeitung Nr.29 abgedruckt.

(4) Das italienische Pressegesetz schreibt für jede Zeitung einen "Direktor" vor, der eingetragener Journalist sein muß. Um diese immer schwerer einzuhaltende Bedingung (wo gibt's noch Leute, die dafür ihren Namen hergeben?) zu umgehen, erscheinen die Blätter der Bewegung oft als "Beilage" zu einer registrierten Zeitschrift.



NEUE TECHNOLOGIEN UND GEWERKSCHAFT

(Abschnitt aus "Krise der Gewerkschaft" Metroperaio Jan 85, S. 13)

Die bereits seit Jahren vorhandenen neuen Informationstechnologien werden jetzt in immer größerem Maßstab eingeführt. Es gibt andere Arten technologischer Innovation, aber gerade die Informatik charakterisiert mehr als jede andere die gegenwärtige historische Phase. Verändert hat sich heute v.a. das Kontrollsystem über die Produktionsprozesse; die Basistätigkeiten sind fast unverändert geblieben. Alle Informationstechnologien ersetzen Regulierungs- und Kontrolltätigkeiten über die menschliche Arbeit. Diese neuen Technologien bearbeiten also Informationen und geben Steuerimpulse an die ihrerseits im wesentlichen unverändert geblieben sind. Betrachten wir grob ihre Merkmale. Es sind flexible Technologien, die in jedem Sektor anwendbar sind; die Verhaltensweisen müssen vorhersehbar sein, d.h. der Rechner muß mit einer Anweisung beschickt worden sein, die den Ablauf vorherbestimmt: sie verlangen die Partizipation des Benutzers, denn je mehr Partizipation da ist, desto mehr Input bekommen die Informationssysteme, wodurch sie immer effizienter werden. Hinzu kommt eine neue Arbeitsorganisation und ein neues Reglement der Arbeitszeiten. Diesen Innovationen gegenüber ist die Gewerkschaft weit abgeschlagen; ihr ist es nicht gelungen, glaubwürdig die Klasseninteressen zu schützen und zu fördern; sie war nicht fähig, ökonomische, technische und soziale Kriterien zu erarbeiten, um diese technologische Entwicklung zu kontrollieren. Maschinen und Werkzeuge weiter, die Bis heute hat sie sich in der Mehrzahl der Fälle darauf beschränkt, die Auswirkungen der neuen Technologien auf die Beschäftigung zu verwalten. Um im voraus über die Innovationen verhandeln zu können, muß die Gewerkschaft nach neuen organisatorischen Instrumenten suchen und was das betrifft gibt es, wie uns scheint, wenig Neues. (In einigen europäischen Ländern kann der Unternehmer keine neuen Maschinen einführen, ohne vorher die Gewerkschaft über ihre Charakteristiken und die Auswirkungen auf die Klasse zu informieren.) Die Ausdehnung der Informationsrechte führt unausweichlich zu einer anderen Verhandlung. Einige Programme fordern schon die präventive Konsultation der Gewerkschaft, wodurch diese immer stärker partizipatorischen Charakter annimmt. In die sogenannten "Qualitätszirkel" oder"Projektgruppen" tritt die Gewerkschaft als volles Mitglied ein; bezeichnend ist das Beispiel von Dalmine, wo die Gewerkschaft in die Projektgruppe für die automatische Walzstraße eingetreten ist. Die Partizipationsrechte könnten zum Verhandlungsgegenstand (in Tarifauseinandersetzungen) werden.

Diese Tendenzlinien bei den Tarifverhandlungen über die neuen Technologien decken einerseits einen sehr wichtigen Übergang auf. Die Gewerkschaft ginge vom "Primat der Politik" zum "Primat der Technologie" über. Wir hätten also eine Gewerkschaft von Experten und folglich unter Ausschluß der Masse der Arbeiter von den Entscheidungen Gewerkschaft von Experten, in der die Masse der Arbeiter von den Entscheidungen ausgeschlossen ist

Gewerkschaft, die sich ganz der eigenen Aktivität von Forschung und wissenschaftlicher Erkenntnis zugewandt hat, eine Gewerkschaft von Experten, in der die Masse der Arbeiter von den Entscheidungen ausgeschlossen ist. Wir hätten somit eine Konzeption der Technologie als neutral und der Gewerkschaft zufolge mit der Möglichkeit, die Technologien alternativ anzuwenden. Aber auch in diesem Kleid würde die Gewerkschaft zum Betreiber der produktiven Effizienz, wenn man sieht, daß die Partizipation sowohl eine Funktion der Maschinen ist, als auch ein Phänomen, das die Direktionen mittels der "Qualitätszirkel" fest in der Hand halten. Eng verbunden mit den neuen Technologien ist das Beschäftigungsproblem. Diese neuen Maschinen haben eine verheerende Auswirkung auf die Beschäftigung im besonderen und, wie es scheint, nicht im allgemeinen, was die Gewerkschaft dahin bringen würde, sich nicht mehr das Problem des Widerstands zu stellen, sondern das, die Mobilität und Beschäftigung der "Überschüssigen" zu kontrollieren. Das sind einige mögliche Veränderungen der Gewerkschaft in den nächsten Jahren in bezug auf die neuen Technologien. Wie wir (weiter oben) zu zeigen versucht haben, haben nicht die neuen Technologien die Gewerkschaft in die Krise gebracht, vielmehr war die Krise eine notwendige Bedingung für die Innovationen. Jetzt muß man sich fragen, wie es weitergehen wird. Einige stellen sogar die Frage nach der Existenz der gewerkschaftlichen Organisation, andere die nach einer Gewerkschaft ohne Forderungen, wieder andere sehen einfach eine assoziative Gewerkschaft, andere sehen ihre weitere Institutionalisierung. Ohne in diese Mäander einzudringen kann man einfach konstatieren, daß die gewerkschaftliche Macht, sowohl als Organisation als auch vom politischen Gewicht her abnimmt. In den neuen Bewegungen und den neuen Subjekten, denen man schwerlich eine Synthese gewerkschaftlicher Art anbieten kann, sehen wir sogar viel problematischere soziale Phänomene entstehen, die noch weniger gewerkschaftlich bezähmbar sind. Dazu kommt, daß der Staat die gesellschaftlichen Verhaltensweisen und die sozialen Garantien an die veränderten Erfordernisse der öffentlichen Ausgaben zu binden versucht und dafür braucht er eine größere Autonomie gegenüber der Gewerkschaft.

Deshalb scheint die Gewerkschaft nicht mehr die Rolle des zentralen Knotenpunktes des politischen Konsens zu spielen. Neuere Entwicklungen haben gezeigt, daß die Unternehmer eine größere Neigung haben, den Charakter der neuen Phase selbst zu bestimmen. (ALFA ist symptomatisch dafür).

Fortsetzung von Seite 39

und Anpassung an die neuen Produktionsformen.

In jedem tertiären Betrieb sind Produktivität und Intensität der Arbeit gestiegen. An einer Arbeitsstation (oder an einem Terminal) bestimmt ein Angestellter eine Erhöhung der Qualität der "Arbeitsergebnisse", die in derselben Zeit produziert werden und produziert so eine Erhöhung der Produktivität; und indem er vier Stunden am Terminal arbeitet, bestimmt er eine Erhöhung der Intensität der Arbeit und produziert eine weitere Erhöhung der Produktivität. Elastizität und Flexibilität sind Funktionen, die die Maschine anreichern und nicht die Arbeit. Überdies kann kein Angestellter das eigene Arbeitstempo und die Organisation seiner Arbeit frei bestimmen. Sowohl die "Rhythmen" als auch die Gruppenarbeit werden von der Direktion festgelegt auf der Grundlage der Rechnerlogik. Die Überwindung der individuellen Arbeit (also die Einführung der Gruppenarbeit) wird von der Maschine bewerkstelligt, nicht durch eine gewachsene Vergesellschaftung unter den Arbeitern und eine größere Professionalität. Jede Gruppe kann für sich frei über die Zeit verfügen, die ihr vorgegeben ist, jedoch innerhalb der Schranken, die ihr ständig von der Direktion gesetzt werden (Anzahl der Operationen pro Tag etc.). Darüber hinaus trägt die Gruppenarbeit (eine eben alles andere als innovative Erfindung) in den Betrieben dazu bei, den ABSENTISMUS zu bekämpfen, indem sie direkte Konflikte mit den Beschäftigten vermeidet. In der Tat ist in den meisten Büros die Arbeit so organisiert, daß, wenn ein Angestellter fehlt, seine Arbeit unter den anderen verteilt wird. So ist der Angestellte, über die direkte Kontrolle durch die "Maschine" hinaus, psychologisch der täglichen Aufsicht durch seine Kollegen unterstellt. Mit diesem Organisationstyp kann der Betrieb eine totale Kontrolle in allen Räumen, auf dem ganzen Stockwerk, im ganzen Gebäude verwirklichen, vielleicht wird noch - die Gewerkschaften wären sicher einverstanden - in allen Etagen eine Stechuhr aufgestellt.

Wie Fabrik und Knast ist auch das Büro DEZENTRALISIERT worden. Beim Büro wurde dies über die Einführung der neuen Technologien bewirkt.

Viele haben geglaubt, daß die Dezentralisierung eine größere oder neue "Humanität" der Betriebe herbeigeführt hätte, die sich nun im Hinterland ausbreiten, um alle Ungelegenheiten für die Kunden auszuschalten. Stattdessen ist die Dezentralisierung ein grundlegender Prozeß des Projekts Reorganisation des Produktionszyklus; sie schaltet die Wirklichkeit aus, die in den in einem einzigen Gebäude zusammengefaßten Büros oder Verwaltungen entstanden war (d.h. die Vergesellschaftungsprozesse, die Möglichkeiten, sich zu organisieren oder bei einem Streik den Betrieb total lahmzulegen); und er führt wieder die alten Wirtschaftsformen Heimarbeit und Schwarzarbeit ein, dank der extrem einfachen Installation des Bildschirm-Terminals in den Wohnungen einzelner Angestellter - es genügt der Anschluß an das Telefonnetz. ●

FRAGMENTE . . . . von bewaffnetem Kampf und revolutionärer Utopie

Nach dem Beitrag über das Autonome Kollektiv Barona im letzten Heft bringen wir diesmal eine Rezension eines wichtigen Buches, das vor kurzem in Mailand erschienen ist und wiederum ein Stück Mailänder Geschichte der letzten Jahre aufarbeitet. Während es beim CAB um die "verstreute Autonomie" ging, wird in "FRAMMENTI" die revolutionäre Initiative der Mailänder Kolonne Walter Alasia der Roten Brigaden dargestellt. Äußerer Anlaß für das Erscheinen des Buches ist das Ende des Revisionsprozesses gegen die Genossen, bei dem sie zum ersten Mal ihr Schweigen gebrochen und in langen und äußerst lebendigen Erklärungen über ihre politischen Erfahrungen und ihren Werdegang als Revolutionäre berichtet haben. Interessant ist, daß die Autoren des Artikels in der letzten SZ und Mitverfasser des Buches z.T dieselben sind.

Vielleicht regt die Rezension, die ein italienischer Genosse für uns geschrieben hat, Leute an, das Buch oder Teile davon ins Deutsche zu übersetzen. Wir schlagen uns hiermit als Kontaktadresse vor für Leute, die daran mitmachen wollen: das wäre dann der zweite Teil zu dem in AUTONOMIE Nr. 12 vollmundig begonnenen, aber nie bis zur aktuellen Situation gelangten Versuch., die Geschichte der Roten Brigaden zu schreiben. Also, Genoss-inn-en mit italienischen Sprachkenntnissen vorgetreten ...!

Ende 1984 ist in Italien der Sonderband 4 von Controinformazione mit dem Titel "FRAGMENTE ... von bewaffnetem Kampf und revolutionärer Utopie" erschienen. Es ist eine Sammlung von Prozeßerklärungen einiger Militanter der Kolonne 'Walter Alasia' und enthält Beiträge von Wortführern der Bewegungen der 70er Jahre wie Sergio Bologna und Primo Moroni.

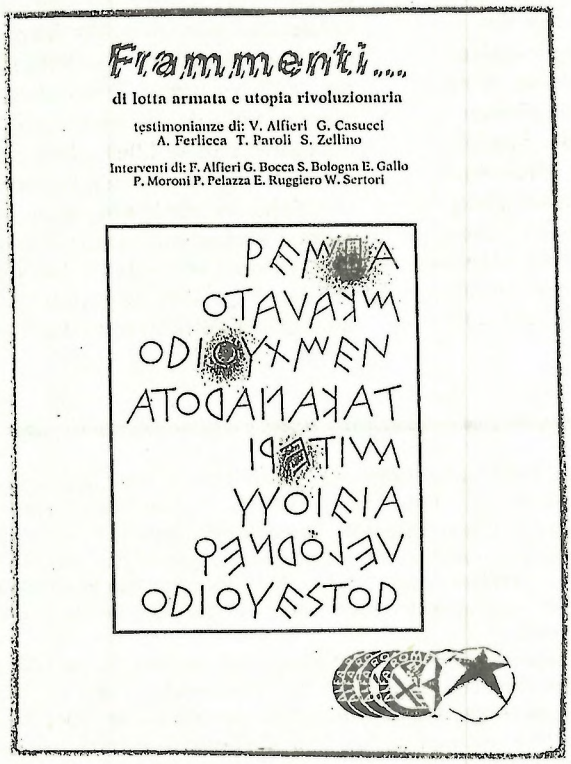
Insgesamt gibt das Heft einen umfassenden Überblick zum einen über die Geschichte der Arbeiterklasse und der Bewegungen in der Mailänder Region von Beginn der 70er Jahre bis 1983 und zum andern über die besondere Erfahrung der Brigade Walter Alasia von der zweiten Hälfte der 70er Jahre bis Ende 81/82. Darüber hinaus enthält es eine Reihe von Einschätzungen über die Repression seitens der Justiz gegen den bewaffneten Kampf, Reflexionen also über den sogenannten "Notstand".

Die Arbeiterrealität in Mailand ist geprägt von einem sehr bedeutenden Metallsektor innerhalb einer diversifizierten Produktion im ganzen Hinterland. Dieser Sektor besteht aus mittleren und großen Fabriken, unter denen Alfa Romeo (halbstaatlicher Betrieb) herausragt. Außerdem hält der fortgeschrittene Tertiärsektor einen konsistenten und verbreiteten Anteil. Vor diesem Hintergrund entwickelt sich die Dynamik des Massenarbeiters; nach der Explosion 68/69 macht er im Lauf der 70er Jahre Erfahrungen mit der "Rätegewerkschaft", die sich hier auf eine stark klassenmäßige Ideologie und Praxis stützt, er findet Berührungspunkte mit dem diffusen (gesellschaftlichen Arbeiter, dem Massenprotagonist der 77er Bewegung, und gelangt zur Bewegung der "autoconvocazioni", der Einberufung von Gewerkschaftsversammlungen gegen die Streichung der 'Scala mobile' durch die Arbeiter selbst, im letzten Jahr.

Es besteht hier also eine große Widerstandsfähigkeit der Arbeiter, die bis in die 80er Jahre hinein die seit 1974 aufeinanderfolgenden Krisen in dieser Gegend abschwächen konnte; die industriellen Beziehungen waren, zumindest bis in die unmittelbare Vergangenheit, weniger traumatisch. Diese Wider-

standsfähigkeit war möglich durch eine proletarische Identität, die ihre konstituierenden Prinzipien erhalten konnte in der Kontinuität der Kämpfe in der Fabrik und im Stadtteil, in der gesellschaftlichen Belagerung der Fabrik, in der Ausbreitung von Kämpfen mit Arbeitercharakter auch im öffentlichen Dienst, in der Osmose, die sich hier stärker als anderswo zwischen Massenarbeiter und verstreutem Arbeiter entwickelt hat.

Was die Bewegungen nach den Jahren des Studentenprotests betrifft, so fanden gerade in Mailand im Frühjahr 75 die kämpferischsten antifaschistischen Kundgebungen statt; hier sind die ersten autonomen Zentren der proletarischen Jugendlichen entstanden, hier wurden die ersten massenhaften Selbstreduzierungen organisiert, die der 77er Bewegung vorausgehen, die dann in Mailand wie in Bologna und Rom zu den bewaffneten Demos führen wird. Aber hier wie da gelingt es nicht, mit der Ebene umzugehen, die man damit erreicht hatte.



In diese Klassensituation und in die Veränderung des Massenarbeiters im produktiven gesellschaftlichen Territorium unter dem Protagonismus des verstreuten Arbeiters fügt sich die Erfahrung der Kolonne Walter Alasia ein. Ihre Militanten sind Arbeitergenossen aus den Großfabriken (besonders von Alfa Romeo) und Mittelbetrieben, die hier seit Beginn der 70er Jahre beschäftigt sind, als auch jüngere Genossen, die 78/79 über die Kämpfe für Arbeitsplätze in die Fabrik, die Krankenhäuser oder in städtische Ämter gekommen sind. Ihre Erfahrungen hatten sie in den proletarischen Zentren, in den Kämpfen in Schule und Stadtteil sowie bei Hausbesetzungen gesammelt.

Genau auf diese ihre Erfahrung im öffentlichen Kampf in Fabrik und Stadtteil, ihre Verankerung in in antagonistischen und konfliktualen Massenverhaltensweisen haben die Militanten der Walter Alasia in ihren Erklärungen vor Gericht hingewiesen und sie als grundlegend für ihre politische Entscheidung bezeichnet, in einer Kämpfenden Kommunistischen Organisation (OCC) zu kämpfen. Sie wiesen den Widerspruch zwischen bewaffnetem Kampf und alltäglicher Erfahrung zurück, wie er von den Richtern behauptet wurde, und hoben im Gegenteil die Linearität zwischen der verbreiteten gesellschaftlichen Gewalt, die die Proletarier anwenden und der sie selbst ausgesetzt sind, und der politisch gewählten und organisierten bewaffneten Gewalt hervor.

Und immer auf diesem Hintergrund von Nähe und Kontinuität zwischen Massenillegalität und organisierter bewaffneter Gewalt haben die Militanten von der Walter Alasia die letztere gerechtfertigt als Moment, das die Massenkämpfe stärkt, die Durchsetzung ihrer Ziele ermöglicht und Räume proletarischer Gegenmacht öffnet. Ein typisches Beispiel dafür ist die Entführung von Sandrucci, dem Personalchef von Alfa, im Jahre 1981; er wurde wieder freigelassen, nachdem das Unternehmen die Kurzarbeit zu Null Stunden für 500 Arbeiter wieder zurückgezogen hatte.

Die Praktizierung des bewaffneten Kampfes in dieser Art führt im Sommer 1980 zum Bruch zwischen der Walter Alasia und den Brigate Rosse, als sich die Mailänder Brigade als autonome Struktur konstituiert. Die historischen Leader der BR, die in Palmi im Knast sind, üben öffentlich Kritik. Im Oktober 81 beschuldigen sie die Mailänder Brigade, nicht verstanden zu haben, daß das metropolitane Proletariat sich als Klasse konstituiert, die in unterschiedliche Schichten gegliedert ist; sie würden stattdessen eine Arbeiterzentralität theoretisieren, die die Hegemonie gegenüber der ausgebeuteten Bevölkerung haben müsse; damit würden sie bei einer Politik der zwei Phasen anlangen, bei den revolutionären Massenorganismen, die in ihren spezifischen Situationen ghettoisiert sind, und der Kämpfenden Partei, die mit einem rein militärischen Angriff auf das Herz des Staates, auf die strategischen Apparate, beschäftigt sei.

Auch wenn es stimmt, daß die Militanten der Walter Alasia theoretisch unfähig waren, die neue Klassenzusammensetzung zu verstehen, so ist doch ihre politisch-militärische Praxis eine Rückkehr zu den Ursprüngen des bewaffneten Kampfes, eine neue Nutzbarmachung in der Phase, in der BR und Prima Linea die Zersetzung und den Angriff auf den Staat theoretisieren, eine neue Anwendung der bewaffneten Propaganda im Versuch, die bewaffnete Gewalt wieder mit den vorhandenen Masseninstanzen zu verbinden und ihr einen proletarischen und Arbeiterausdruck zu geben, der inzwischen aus den bwaffneten Aktionen der großen Kämpfenden Kommunistischen Organisationen verschwunden ist. Aber dieser Versuch zerbricht mit dem Sicherschöpfen des politischen Zyklus des Massenarbeiters auch in Mailand: es gibt zwar einen verbreiteten Konsens mit den Aktionen der Brigade; dieser reicht jedoch nicht aus, um die politische Sackgasse zu überwinden, in die sie durch die allgemeine Entwicklung geraten sind, und der sie mit einem Theorieschatz begegnen, der auf einer Arbeiterzentralität basiert, die in der Tat nicht mehr fähig ist, die Zersplitterung der Mehrheit der Klassensubjekte in der produktiven Gesellschaftlichkeit neu zusammenzusetzen.

Zum Schluß noch zum Notstand. Aus den verschiedenen hier gesammelten Beiträgen läßt sich ersehen, wie die sogenannte Sondergesetzgebung der Bleiernen Jahre einem Teil der Justiz die Legitimation verschafft hat, als Ausputzer der politischen Macht gegenüber dem Terrorismus eine Reihe von Sonderverfahren einzuführen, die nach einer Aufbauphase soweit stabilisiert und aus gedehnt werden, daß man wohl kaum noch korrekterweise von "Notstand" im Sinne von "Ausnahmezustand" sprechen kann. Es sieht eher so aus, daß ein konsistenter institutioneller Sektor den Kampf gegen den "Terrorismus" als Gelegenheit benutzt hat, um eine repressive und autoritäre Kehrtwendung zu beschleunigen.

Aber diese Wende trägt in sich den Zwang zur Wiederholung, wenn sie versucht, die gesellschaftliche Komplexität auf rigide, vorausbestimmte Mechanismen zu reduzieren, und macht unfähig, die Realität einer antagonistischen Klasse anzuerkennen, die heute zwar versprengt, aber sicherlich nicht endgültig besiegt ist.

Ein Knoten, auf dessen entgegengesetzten Seiten Arbeiter und Kapital stehen, und wer von beiden ihn schneller wird lösen konnen, weiß man heute noch nicht mit Sicherheit zu sagen.

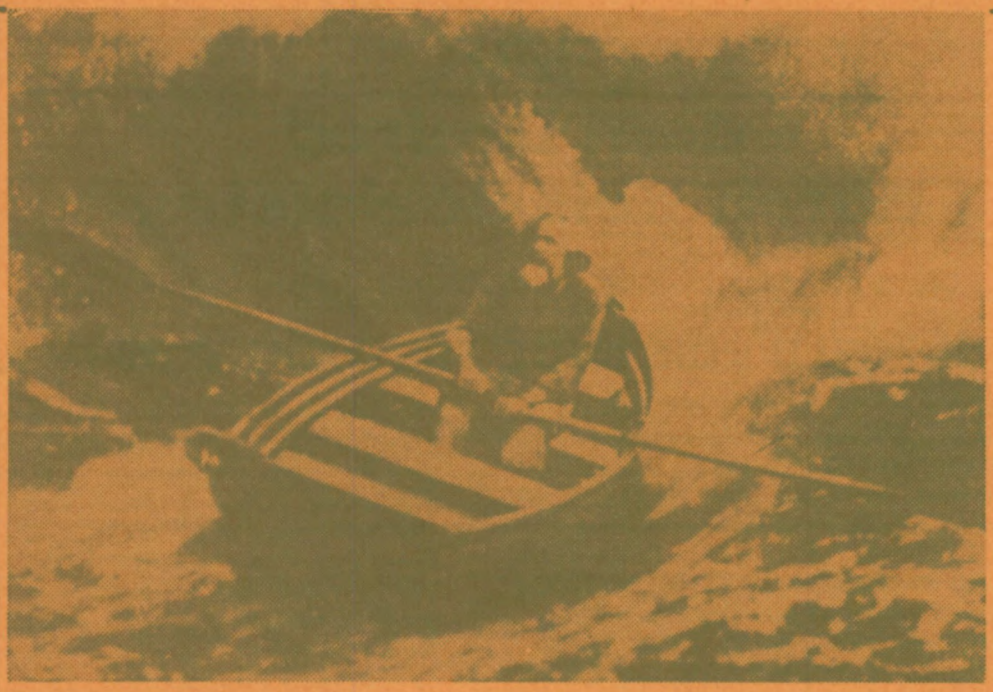
Mit dem Dreirad durch den Sozialstaat

"EXISTENZGELD" - DIE NEUE TRETMÜHLE DER ARBEIT

Aus zweierlei Gründen ist es für die Auseinandersetzung um ein Existenzgeld oder allgemeines Mindesteinkommen notwendig, den allgemeinen Charakter des klassischen Sozialstaats zu untersuchen. Zum einen, weil die Überlegungen des Kapitals, den Sozialstaat durch ein einheitliches Mindesteinkommen zu ersetzen, offensichtlich eine Antwort darauf darstellen, daß die bisherige soziale Absicherung der Arbeiterklasse für ihre Profitproduktion nicht mehr funktional ist; wir müssen also zunächst kapieren, wie der Sozialstaat bisher als Teil der kapitalistischen Ausbeutung funktioniert hat. Zum zweiten wollen wir mit unserer Kritik an den grünen und alternativen Propagandisten eines Existenzgeldes nicht mißverstanden werden, als würden wir in das Gejammere über den "Sozialabbau" einstimmen und nun Loblieder auf den Sozialstaat singen; seit den sozialpolitischen "Operationen" der 80er Jahre scheint die gesamte Linke auf einen Schlag vergessen zu haben, daß der Sozialstaat von Anfang an den kapitalistischen Arbeitszwang reguliert hat; daß keines seiner Momente – Sozialversicherung, kollektives Arbeitsrecht (Gewerkschaften, Tarifvertragswesen, Betriebsverfassung) und staatliche Wirtschaftspolitik – eine "Errungenschaft der Arbeiterbewegung" darstellt, sondern die politische Stärke der Arbeiterklasse neutralisieren sollte. Allerdrückte sich in diesem Sozialstaat bis heute auch aus, daß das Kapital und der Staat, als allgemeine Instanz der Kapitalherrschaft, an der Arbeiterklasse als zentraler politischer Größe nicht vorbeikommen, sie nur durch eine institutionalisierte Anerkennung in die kapitalistische Produktion einbeziehen können. Die technische Umorganisation der Produktion und die zur Zeit ablaufende Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse deuten daraufhin, daß sich das Kapital von eben dieser Anerkennung der Klasse freimachen will. Sozialpolitischer Ausdruck dieser Entwicklung wäre der Abbau der klassenmäßig bestimmten Sicherungssysteme und die Beschränkung auf ein Mindesteinkommen, das heißt Sozialhilfe für alle. In der linksgrünen Debatte drückt sich bereits ein gutes Stück des Zerfalls von Klassensolidarität und -bewußtsein aus, wie ja auch die parallele Debatte um alternative Arbeit an der Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse mitstrickt.

Für uns geht es also nicht um ein Abwägen zwischen bisherigem Sozialstaat und zukünftigem Existenzgeld. Die grünen Strategen wie Opielka, die sich schon wie kleine Regierungsvertreter gebärden und ihre politischen Überlegungen in alternative Gesetzesentwürfe packen, versuchen es mit staatsmännischer Geschicklichkeit allen Seiten rechtzumachen, indem sie kombinierte Systeme aus Sozialversicherung und Mindesteinkommen austüfteln. Beide Formen einer staatlichen Existenzsicherung sind bezogen auf die jeweilige Klassenzusammensetzung die geeigneten Instrumente zur Durchsetzung des kapitalistischen Arbeitszwangs. Für uns geht es darum, aus der neuen, sich anbahnenden Klassenzusammensetzung ein Bewußtsein der Ausbeutungsverhältnisse und Kämpfe gegen diese zu entfalten.

Lebensversicherung
Leben braucht Sicherheit.



DAS EINKOMMEN DER ARBEITER

REPRODUKTION DER ARBEITERKLASSE — REPRODUKTION DES ARBEITSZWANGS

Vom Kapital aus betrachtet bildet das gesamte Einkommen, das den Arbeitern zufließt, den Einkaufspreis für die Arbeitskraft. Wir nennen dieses gesamte Einkommen, oder stofflich ausgedrückt, diesen Fonds von Lebensmitteln und Konsumartikeln, auch das variable Kapital. Denn dieser Kapitalbestandteil ist es, der im Verwertungsprozeß den Mehrwert abwirft: während die Maschinen, Gebäude und Rohstoffe ihren Wert allenfalls auf das neue Produkt übertragen, aber den Kapitalisten von sich aus nicht reicher machen, wird die eingekaufte Arbeitskraft im Produktionsprozeß mit Hilfe des gesamten Systems von Antreiberei, Hierarchie und Maschinenterror in Arbeit übersetzt. Sie produziert nicht nur die zum eigenen Lebensunterhalt notwendigen Mittel(dazu bräuchte es weder 4o noch 35 Stunden in der Woche), sondern darüberhinaus den Mehrwert oder Profit; sie sorgt also dafür, daß das Kapital"sich"vergrößert.

Da aber die im kapitalistischen Produktionsprozeß hergestellten Waren ganz allein dem Kapital gehören, ist nicht mehr sichtbar, daß die Arbeiter die Güter ihres Konsums selbst produzieren. Sie erhalten diese erst nachträglich, in Form von Geldzahlungen, vom Kapital - der Ausbeutungsprozeß erscheint als Austausch zwischen Kapital und Arbeit.

Worauf es hier nun ankommt: Das Einkommen, das die Arbeiter vom Kapital (oder auch vermittelt über den Staat oder Sozialversicherungen) erhalten, hat eine doppelte Funktion. Einerseits sorgt es dafür, daß die Arbeiter sich reproduzieren können, also bei der ganzen Maloche am Leben bleiben können und es auch noch hinkriegen, Kinder großzuziehen, damit dem Kapital genügend Ausbeutungsmaterial nachwächst. Andererseits ist dieses Einkommen so bemessen, daß es den Arbeitern keine Flucht aus der Arbeit erlaubt: "Freier Lohnarbeiter" zu sein, bedeutet in erster Linie, frei von allen Produktionsmitteln, allen Möglichkeiten, sich unabhängig vom Kapital ernähren zu können, zu sein. Daher bedurfte es auch historisch und aktuell in den Ländern der sogenannten'Dritten Welt' zunächst einmal Phasen, in denen die Menschen mit äußerster staatlicher und unmittelbarer Gewalt von ihren eigenständigen Produktionsmitteln, wie dem Boden und Ackerbau getrennt wurden, um sie in die Fabriken treiben zu können. Diese Eigentumslosigkeit kennzeichnet den freien Lohnarbeiter und ist die Basis des Arbeitszwangs. Die Einkommen der Arbeiter reproduzieren daher nicht nur das Leben der Arbeiter, sondern sie reproduzieren diese vor allem immer wieder als Arbeiter, d.h. Eigentumslose, denen nichts anderes übrigbleibt, als ihre Haut zum (Arbeits)Markt zu tragen.

An diesem grundlegenden Verhältnis zwischen den Klassen, an dieser beständigen Reproduktion der Arbeiter als Ausbeutungsmaterial ändern die sozialstaatlichen Regelungen keinen Deut, auch wenn sie den einzelnen Arbeiter aus der unmittelbaren Abhängigkeit von einem einzelnen Unternehmer und der Abhängigkeit von seiner ständigen Arbeitsfähigkeit lösen. Aber diese Einkommensformen wie Rente usw. binden ihn, wie wir zeigen, noch unerbittlicher an sein lebenslanges Arbeiterdasein. Diese Einkommensformen lösen ebenso wie der Lohn nur ein, was der Inhalt der kapitalistischen Reproduktion der Arbeitskraft ist: In seiner individuellen Konsumtion bleibt der Arbeiter Bestandteil des Kapitals, denn dieses existiert nur in seiner beständigen Produktion und Reproduktion.

Die Höhe des gesamten Einkommens, das das Kapital der Arbeiterklasse zugesteht, richtet sich nicht allein nach dem naturnotwendigen Lebensminimum, sondern sie drückt auch den "politischen Preis" aus, für den die Arbeiter ihre Produktivität dem Kapital zur Verfügung stellen. Die Reproduktion der Arbeiterklasse besteht nicht in einem"ehernen Lohngesetz", sondern in dem sozialen und politischen Verhältnis zwischen den Klassen. Zur Reproduktion der Arbeiter gehört nicht nur die Sicherung ihrer nackten Existenz, sondern auch die ständige Herstellung ihrer politischen Unterwerfung; die Anerkennung des Lohnarbeiterdaseins durch die Arbeiter ist Teil der Reproduktion. Je nach Klassenzusammensetzung und Bewußtheit der Klasse wird das Kapital daher auch einen höheren Preis zahlen müssen, der aber nichts daran ändert, daß mit ihm die Arbeiter in ihrer Eigentumslosigkeit fixiert werden.

"In der Tat gehört der Arbeiter dem Kapital, bevor er sich dem Kapitalisten verkauft." (Marx)

SOZIALVERSICHERUNG – INDIVIDUALISIERUNG DER EXISTENZSICHERUNG GEGEN DEN KLASSENKAMPF

Grundlage der kapitalistischen Produktion ist eine Lohnarbeiterklasse, die keine anderen Möglichkeiten zur Existenzsicherung als den Verkauf ihrer Arbeitskraft hat, die dem Hunger nur durch ihre Einsperrung in den Fabriken ausweichen kann. Zur Herstellung dieser Klasse von freien Lohnarbeitern wird im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert eine systematische Hungerpolitik betrieben; kombiniert mit direktem staatlichem Arbeitszwang, da selbst die Zerstörung der feudalen Institutionen der Existenzsicherung viele nicht unter die abschreckenden Arbeitsbedingungen der kapitalistischen Fabrik pressen kann. Aber durch die Zerstörung aller anderen Subsistenzformen erzeugte Armut und Hunger gelten als wirksamster Antrieb zum Verkauf der Arbeitskraft:
"Gesetzlicher Zwang zur Arbeit ist verbunden mit zuviel Mühe, Gewaltsamkeit und Geräusch, während der Hunger nicht nur ein friedlicher, schweigsamer, unaufhörlicher Druck, sondern als natürlichstes Motiv (!) zur Industrie und Arbeit die machtvollste Anstrengung hervorruft." (So ein protestantischer Pfaffe um 1790 – wir könnten diesen Ausspruch aber auch getrost einem Vertreter des IWF oder der Weltbank in den Mund legen!).

In dieser Zeit ist der allgemeine Hunger so sehr das von den Herrschenden eingesetzte Instrument des Arbeitszwangs, daß es zum allgemeinen Gesetz der politischen Ökonomie erhoben wird, daß eine große Masse von Armen der größte Reichtum der Nation ist!

Diese Funktionalität von Hunger und Armut für die Entwicklung der kapitalistischen Produktion wird erst an dem Punkt brüchig, an dem die Zusammenballung der Arbeitermassen in den Fabriken und Industriestädten und die prinzipielle Existenzunsicherheit als Lohnarbeiter in kollektiven Widerstand umschlägt und die Arbeiter beginnen, sich durch ihr Selbstbewußtsein als Arbeiter zur politischen Klasse zu konstituieren. Die Armutspolitik zwingt die Arbeiter damit nicht nur in die Fabriken, sondern wird zum Motor und Anlaß von Kämpfen gegen das kapitalistische Kommando – auch wenn die ersten Organisierungsansätze im 19. Jahrhundert nicht von der Masse der ungelernten Industriearbeiter ausgehen, sondern von handwerklichen Arbeitern, die bei ihrer Organisierung an Traditionen der Zünfte anknüpfen können.

IMPERIALISTISCHER STAAT UND KLASSENFRAGE

Die bürgerlich-paternalistische Antwort auf die neue Phase der Klassenkonfliktualität ist die Aufwerfung der "sozialen Frage", mit der das dahinterstehende Gespenst des Klassenkampfs verdrängt werden soll. Die aufkommende Welle fürsorglicher Empfindungen der Herrschenden für das Arbeiterelend wird dadurch angespornt, daß die autonomen Versuche der Arbeiter, durch Organisierung in Gewerkschaften und diesen angeschlossenen Unterstützungskassen ihrer Existenzunsicherheit zu begegnen, zur Basis ihrer politischen Organisierung als Klasse werden und repressive Organisierungsverhinderungen wie das Sozialistengesetz diese Tendenzen nicht bremsen können. Für den imperialistischen Staat bedeutet dies den drohenden Zerfall der Loyalität der Arbeiter. (!)

Als Ergänzung zur repressiven Eindämmung des Klassenkampfs versuchen daher die imperialistischen Staaten Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts die Arbeiter über staatliche Maßnahmen zur Existenzsicherung "staatstreu" zu halten. Einerseits sind diese Maßnahmen direkt auf die Existenzgefährdungen bezogen, die systematisch aus dem Lohnarbeiterdasein resultieren, nämlich die Zeiten, in denen die Arbeiter nicht in der Lage sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Andererseits soll aber mit diesen ersten Sozialgesetzgebungen die Anerkennung der Klasse als politisches Subjekt verhindert werden, soll dem Klassenkampf das Wasser abgegraben werden. Die ersten Sozialgesetzgebungen beziehen sich daher auch ausschließlich auf die individuellen "Risiken" wie Krankheit, Alter und Invalidität und versuchen den Arbeiter als isoliertes Individuum dem "sozialen" Staat gegenüberzustellen.

"Nicht als Almosen, sondern als Recht, wo der gute Wille zur Arbeit nicht mehr kann. Wozu soll nur der, welcher im Kriege oder als Beamter erwerbsunfähig geworden ist, Pension haben, und nicht auch der Soldat der Arbeit?" (Bismarck) Tatsächlich hatte Bismarck, der fälschlicherweise als Vater der Sozialversicherung angesehen wird, 1881 bei der Verkündung seiner Sozialgesetzgebungspläne eine Reichsversorgungsanstalt im Sinn, von der die Arbeiter Staatspensionen beziehen sollten, um sie so unmittelbar, nach patriarchalischem Muster an den Staat zu binden. Dieser Plan scheiterte an dem Widerstand der Liberalen, worin auch zum Ausdruck kam, daß eine umfassende staatliche Versorgung der Arbeiter der Mystifikation des "freien Lohnarbeiters" widersprochen hätte (s.u.). In anderen Ländern wurde zwar anfangs eine Versorgung aus Steuergeldern eingeführt (z.B. das Altersrentengesetz in England von 1911), die aber auch später auf das Versicherungsprinzip umgestellt wurden.

Die ersten Sozialgesetzgebungen waren daher in Deutschland die Krankenversicherung (1883), die Unfallversicherung (1884) und die Invaliditäts- und Altersversicherung (1889). In England wurde nach dem Altersrentengesetz von 1908 eine nationale Gesundheitsversicherung 1911 eingeführt und im selben Jahr eine Arbeitslosenversicherung, die allerdings nur Arbeiter in besonders krisenabhängigen Branchen erfaßte (in Deutschland wurde die Unterstützung der Arbeitslosen erst 1927 von der Fürsorge auf das Versicherungsprinzip umgestellt). Die frz. Sozialgesetzgebung setzte zunächst in den 90er Jahren an der betrieblichen Sozialpolitik an, indem sie die betrieblichen Pensionskassen für bestimmte Sektoren vorschrieb. Erst 1930 wurde in Frankreich ein umfassendes Sozialversicherungsgesetz erlassen.

Trotz der verschiedenen Ausgangspunkte und anfänglichen Versuche wird in den kapitalistischen Ländern für die politisch virulent gewordene Existenzunsicherheit der Arbeiter eine bestimmte, vom Staat gesetzte Verlaufsform (eine "Lösung" war und ist es nicht!) geschaffen: die Sozialversicherung. Innerhalb des staatlichen Zwangsrahmens (Versicherungspflicht) werden dabei die Einkommen der Arbeiter für Zeiten der Arbeitsunfähigkeit oder der Unverkäuflichkeit ihrer Arbeitskraft tauschförmig geregelt. Die Einkommen werden nach Höhe und Dauer an den zuvor eingezahlten Beiträgen orientiert. Mit dieser "Beitragsäquivalenz" knüpft die soziale Absicherung, die die Reproduktion der Arbeiterklasse gewährleisten soll, an der Verschleierung des Ausbeutungsverhältnisses durch den Lohnfetisch an – und dies ist bis heute wirksam!

DER VERSICHERUNGSFETISCH . . .

Alle Einkommen der Arbeiter zusammengenommen, egal wie sie sich im einzelnen aus direkten Lohnzahlungen oder Sozialleistungen zusammensetzen, stellen die Kosten der Reproduktion des einzelnen Arbeiters und der Arbeiterklasse dar. Als solche Reproduktionskosten der Klasse dürfen sie aber nicht unmittelbar erscheinen, da damit der Ausbeutungscharakter in diesen Einkommen zutage treten würde. Der Lohn muß als die Bezahlung der Arbeit erscheinen, über ihn kann daher das Problem der Reproduktion bei Nicht-Arbeit nicht reguliert werden (einzige Ausnahme ist die heutige, allerdings auch zeitlich begrenzte, Lohnfortzahlung). Auch eine staatliche Fürsorge kann dieses Problem nicht politisch lösen, da sie den Arbeiter in der unmittelbar fühlbaren Abhängigkeit vom Staat hält, die den Mythos des "freien" Lohnarbeiters (der Arbeiter als Bürger) zerbricht. Hierin liegt auch die Crux einer staatlichen Altersversorgung, wie der von 1908 in England: da es keine tauschförmigen Kriterien für den Bezug von Leistungen gibt, muß der Staat durch unmittelbare Kontrollen überprüfen, ob der Arbeiter sich dem Arbeitszwang unterworfen hat und provoziert durch diese Kontrollen neue Konflikte. Der Arbeitszwang wird so wieder mit äußerlicher staatlicher Gewalt durchgesetzt, statt hinter den scheinbaren Naturgesetzlichkeiten des Marktes zu verschwinden.

Diesen Marktgesetzlichkeiten entspricht aber das Prinzip der Versicherung, nach dem der einzelne Ansprüche auf Einkommen in bestimmten Situationen im Tausch gegen seine Beiträge gewinnt. Die Sozialversicherung konnte daher als staatlicher Zwang zur Selbstversorgung der Arbeiter ausgegeben werden (wobei der staatliche Zwang nur wegen der Dummheit der Arbeiter und ihrer Unfähigkeit, genügend für Zeiten der Krankheit oder des Alters zu sparen, nötig sei).

In allen Ländern konnte der Staat bei der Etablierung der sozialen Pflichtversicherungen an autonomen Unterstützungskassen der Arbeiter anknüpfen und diese zum Teil in die neuen Sozialversicherungsinstitutionen einbeziehen. Diese Kassen, die von den handwerklichen Teilen des Proletariats ausgingen, waren zwar eine Stütze der Organisierung, koppelten sich aber gerade wegen ihrer Organisierung nach dem individualistischen Äquivalenzprinzip (Beiträge gegen Leistung) immer stärker von dem politischen Kampf gegen das Lohnsystem ab und steuerten auf ihre Eingliederung in die bürgerliche Gesellschaft zu. Die handwerklichen Arbeiter in diesen Kassen verbanden mit ihrer Mitgliedschaft den zweifelhaften Stolz, sich selbst und unabhängig von staatlicher Fürsorge versorgen zu können – diese bürgerliche Tendenz ging zum Beispiel so weit, daß die englischen "Friendly Societies" eine repressive Armenpolitik unterstützten, weil sie sich davon den Zustrom neuer Mitglieder erhofften. Der Staat konnte also daran anknüpfen, daß aus Teilen der Klasse heraus der Versicherungsfetisch bereits eine feste Basis erhalten hatte.

Trotzdem war die Sozialversicherung in keinem dieser Länder eine Forderung der Arbeiterbewegung gewesen – es ist reformistische Geschichtsklitterung, wenn heute diese Sozialgesetzgebung als eine von der Arbeiterbewegung erkämpfte Errungenschaft ausgegeben wird. Die sozialen Zwangsversicherungen wurden zunächst von der Arbeiterbewegung kritisiert: zum einen, weil damit den eigenen Organisierungsanstrengungen eine wichtige Basis entzogen wurde, und grundsätzlicher, da mit diesen individualistischen Absicherungen weitergehende Eingriffe in den Ausbeutungsprozeß und die politische Anerkennung der Arbeiterklasse umgangen werden sollten; so Bebel 1909: "Im übrigen aber werden Reichstag und Regierung finden, daß ihre Hoffnung, die deutsche Arbeiterklasse werde ihr Anrecht auf eine ausgiebige Arbeiterschutzgesetzgebung und auf weitergehende soziale Umgestaltungen im Interesse der Arbeit für das Linsengericht der Invaliditäts- und Altersversicherung aufgeben, eine trügerische ist."

. . . ALS VERSCHLEIERUNG DES SOZIALSTAATLICHEN ARBEITSZWANGS

In der staatlichen Armenfürsorge oder den ersten Altersrenten in England war der mit den Leistungen verbundene Zwang zur Arbeit unmittelbar sichtbar: sei es, daß die Armen ins Arbeitshaus gesteckt wurden, oder daß der Staat die Auszahlung der Altersrente vom Nachweis eines "ausgefüllten Arbeiterlebens" abhängig machte. In der Sozialversicherung wird die Kontrolle der Unterwerfung unter den Arbeitszwang scheinbar 'in natürlichster Weise' durch die Beitragszahlung gesichert. Da die Mitgliedschaft in den Sozialversicherungen für die Arbeiter gesetzlicher Zwang ist (2), drücken die Beitragszahlungen unmittelbar aus, wie lange und zu welchem Lohn der einzelne gearbeitet hat. Die Abhängigkeit der Sozialeinkommen von der Beitragszahlung und die Regelung der Anwartschaftszeiten (das heißt der Mindestdauer der Beitragszahlung bevor eine Versicherungsleistung gezahlt wird) zwangen die Arbeiter dazu, ihre Arbeitskraft dauernd und ihr Leben lang an das Kapital zu verkaufen. Die Orientierung der Sozialeinkommen an der Beitragshöhe und dieser wiederum am individuellen Lohn setzt die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Lohndifferenzierung in den Sozialversicherungen fort. Auch diese, heute zur selbstverständlichen "Versicherungsgerechtigkeit" geronnene Bemessung der Unterstützungsleistung am früheren Einkommen war nicht schon immer für die Arbeiterbewegung eine Selbstverständlichkeit: so ließen sich die deutschen Gewerkschaften erst 1926, nach inneren Auseinandersetzungen, auf die Staffelung der Unterstützungssätze für Erwerbslose nach der früheren Lohnhöhe ein.

Neben der Kontrollfunktion der Beitragszahlung und ihrer Dauer muß es aber – gerade bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, Invalidität oder bei Arbeitslosigkeit – auch direkte Kontrollen der Arbeitsfähigkeit geben, da die Arbeiter hier von Anfang an Möglichkeiten der zeitweiligen Flucht aus der Arbeit (die aber weiter von ihrer Integration in den kapitalistischen Produktionsprozeß abhängig blieb) sahen und diese nutzten. Um den Arbeitern diese Möglichkeit zu verschließen, ohne dabei durch unmittelbaren staatlichen Zwang den Versicherungsfetisch aufzuheben, wird die Anspruchsberechtigung durch eine objektivierbare Prüfung der Arbeitsunfähigkeit (Ärzte und Vertrauensärzte) bzw. der Arbeitswilligkeit (durch die Kopplung der Arbeitslosenversicherung mit der staatlichen Arbeitsvermittlung) festgestellt. Diese scheinbar objektive Regelung, die in Wirklichkeit das politisch durchsetzbare Maß an Arbeitszwang ausdrückt, lautete zum Beispiel bei der Invalidenversicherung von 1889 wie folgt: anspruchsberechtigt sind diejenigen, die mindestens fünf Jahre Beiträge bezahlt haben und die nicht mehr im Stande sind, "durch eine, ihren Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihnen unter billiger Berücksichtigung ihrer Ausbildung und ihres bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel desjenigen zu erwerben, was körperlich und gesittig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in der selben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen."

DER SOZIALSTAAT – KURZ UND BÜNDIG!

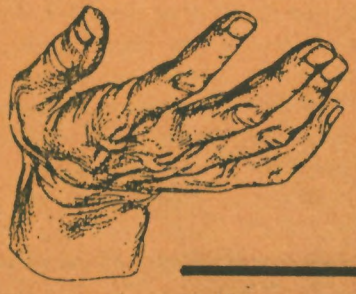
In der Rentenformel von 1957 ist der sozialstaatliche Arbeitszwang in eine mathematische Tauschformel gepackt: die Anbindung der Rente an die Plackerei im Arbeitsleben. Zutreffenderweise wurde die Rente von Sozialpolitikern selbst als "Treue- und Durchhalteprämie" charakterisiert.

$$R = \frac{\sum_{i=2}^{4} J_{o-i}}{3} \cdot \frac{\sum_{j=A}^{n} \frac{i\,AE\,j}{d\,AE\,j}}{n} \cdot n \cdot 1{,}5\%$$

R = Rente bei Erstfestsetzung
I = Jahresdurchschnittseinkommen aller Versicherten
O = Jahr, in dem die Rentenleistung beginnt
iAE = individuelles Arbeitsentgelt des Rentenempfängers
dAE = durchschnittliches Arbeitsentgelt der Versicherten
A = Anrechnungsjahr
n = Anzahl der Anrechnungsjahre

Mit dieser Formel wird die individuelle Rente an dem früheren Lohnniveau des einzelnen Arbeiters und an seiner "Lebensleistung" (im Verhältnis zur gesellschaftlich 'normalen' Lebensleistung) bemessen. Das Rentenniveau wird allerdings mit dieser Formel nicht an den früheren Beiträgen zur Rentenversicherung, sondern am Durchschnittseinkommen aller Versicherten festgemacht. Durch die individualisierte Renteberechnung wirkt hier trotzdem der Versicherungsmythos weiter.

So weit, daß er sich sogar in der linken Kritik am Sozialabbau wiederfindet. Die Kürzungen der Renten werden dort als Betrug an den Rentnern gegeißelt, da sie um die Früchte ihrer Jahrelang gezahlten Beiträge gebracht würden. Der Schein, die Rente sei selbstverdientes Ruhegeld, wird mit dieser Kritik noch befestigt, statt die Rente als das bloßzulegen, was sie ist: die Verwendung eines Teils des Konsumfonds der Arbeiterklasse (also eines Teils der gesamten Reproduktionskosten) zur Ernährung der nicht mehr Arbeitenden, um so die gesamte Klasse zur Arbeit zu zwingen und politisch integrieren zu können. Und die Beiträge werden nicht als sie Kontrolle der Unterwerfung unter den Arbeitszwang angesprochen, sondern zu Ersparnissen des kleinen Mannes stilisiert. Von dieser Position aus läßt sich dann auch praktisch kein Klassenkampf gegen die Existenzunsicherheit der Arbeiter entwickeln, da sie sich auf die Individualisierung und Spaltung der Arbeiter gegenüber dem Sozialstaat eingelassen hat. Die bürgerlichen Parteien können mit dem Vorwurf des Rentenbetrugs Politik machen – wir nicht!



Halten wir zur historischen Einführung der Sozialversicherung noch einmal fest: obwohl in der Sozialgesetzgebung die Sonderstellung der Arbeiter in der bürgerlichen Gesellschaft, die Notwendigkeit, ihre Abhängigkeit vom Kapital sozialpolitisch zu regulieren, anerkannt wird, zielen diese Maßnahmen doch darauf, die politische Organisierung der Arbeiter zu unterbinden, die Klasse nicht als autonome politische Größe anerkennen zu müssen.(3) In der Geschichtsschreibung wird allgemein festgestellt, daß Bismarck dieses Ziel mit der Sozialversicherung nicht erreichte. Die Gewerkschaften konnten weitere Kreise der Arbeiter organisieren und gewannen vor allem auch in der Großindustrie – im Unterschied zu ihren handwerklichen Anfängen – an Boden. Der Deutsche Metallarbeiterverband wuchs von 18 000 Mitgliedern 1891 bis zum ersten Weltkrieg auf über 500 000, von denen mehr als die Hälfte aus der Großindustrie kamen.

Die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse in der großindustriellen Massenproduktion und die Entstehung eines angelernten Maschinenproletariats trieb die politische Konstitution der Klasse voran. Trotzdem hatte Churchill nicht unrecht, als er 1909 das englische Kapital darauf hinwies, Bismarck habe "dem deutschen Sozialismus den schwersten Schlag nicht mit Unterdrückungsgesetzen, sondern mit einem großen System staatlicher Versicherungen" versetzt. Mit der Sozialgesetzgebung hatte der Staat sich selbst zum Adressaten der Forderung nach sozialer Absicherung gemacht und die Gewerkschaften – schon durch ihre Tätigkeit in den Selbstverwaltungsgremien eingebunden – distanzierten sich mit ihren Forderungen nach sozialen Reformen durch den Staat immer entschiedener vom Kampf gegen den Staat und das Lohnsystem und verlangten von Staat und Kapital, als offizielle Vertretung der Arbeiter und gleichberechtigter Part anerkannt zu werden.

DER ERSTE WELTKRIEG – GEBURTSHELFER DES SOZIALSTAATS

Weder durch Repression noch mit patriotischer Demagogie konnte die Entwicklung der Arbeiter zu einer politischen Klasse(4) rückgängig gemacht oder neutralisiert werden. Diese Entwicklung hatte ihre materielle Basis in der Zusammenballung der Arbeiter in den großindustriellen Zentren, also der vom Kapital selbst durchgeführten Organisation der Ausbeutung. Für das Kapital war es damit nicht mehr die Frage, wie sich die Klasse als politisches Subjekt ausschalten ließe, sondern wie sie für die Produktivität zum Funktionieren gebracht werden könnte.

Die Grundlagen zur Lösung dieses Problems wurden im ersten Weltkrieg geschaffen. Die imperialistischen Staaten mußten zur Regulierung der Produktion eine umfassende Kontrolle über die Arbeiter entfalten, die allein mit repressiven Mitteln (deren enormer Ausbau während des Krieges darf natürlich nicht vergessen werden) nicht zu gewährleisten war. Der Staat mußte daher auf die Gewerkschaften als Vermittlungs- und Kontrollinstanz gegenüber den Arbeitern und ihrem politischen Selbstbewußtsein zurückgreifen — und er konnte es auch!

Die Gewerkschaften selbst sahen zu Beginn des ersten Weltkriegs die Stunde gekommen, ihre Organisationsstärke unter den Arbeitern in ihre Anerkennung im kapitalistischen Staat umzumünzen. Einerseits fürchteten sie zwar um den Bestand ihrer Organisation und sahen sich von politischen Verboten bedroht, stellten sich aber zugleich auf die Seite der Nation und boten die Zurückstellung von Arbeitskämpfen an. Im Krieg beteiligten sie sich an der Umstellung auf die Kriegswirtschaft und der Kontrollierung der Arbeitskraft — so arbeiteten sie an der Formulierung und Durchführung des Hilfsdienstgesetzes von 1916 mit. 1915 schrieb das Centralblatt der Generalkommission der Gewerkschaften: " ... die Gewerkschaften, deren Stellung und Bedeutung noch unmittelbar vor dem Kriege scharf umstritten war, haben sich in dem Kampfjahr das hinter uns liegt, als nützliche und wertvolle, ja, in gewissem Sinne unentbehrliche Organe des nationalen Wirtschafts- und Gemeinschaftslebens bewährt. Sie haben das Vertrauen in die vaterländische Zuverlässigkeit und Opferbereitschaft des deutschen Arbeiters vollauf gerechtfertigt...".

Die Anerkennung der Gewerkschaften als legitime Vertretung der Arbeiter und die Berücksichtigung ihrer Forderungen ist so von Anfang an damit verbunden, daß sie in die Kontrolle der Arbeiter und ihres Kampfverhaltens einbezogen werden. Lapinski hat in einem Aufsatz von 1928 die Verkopplung der sozialen Gesetzgebung mit einer institutionalisierten Zusammenarbeit der Klassen als das Charakteristikum des Sozialstaats bezeichnet (3): "Dieser Erscheinung (gemeint ist der neue "Sozialstaat" nach dem ersten Weltkrieg) liegt ... die außerordentlich charakteristische Erscheinung einer unzertrennlichen Verbindung, eines wirklichen Verwachsens von zwei Elementen zugrunde: 1.) eines unzweifelhaften Anwachsens aller möglichen `Schutzgesetzgebung´ und 2.) der Entstehung und der Entwicklung eines im Grunde genommen historisch neuen Systems von Maßregeln und Mitteln, die darauf berechnet sind, die `Zusammenarbeit der Klassen´, die `Zusammenarbeit´ von Arbeit und Kapital unter dem obersten Patronat eines fiktiv `über den Klassen stehenden´ Staates durchzuführen und sicherzustellen. Die neue `soziale´ Rechtsschöpfung des kapitalistischen Staates ist unzertrennlich mit der Praxis und der Organisation des `Burgfriedens´ verknüpft."

Obwohl dem Kapital im ersten Weltkrieg klar geworden war, wie produktiv eine zentralisierte Vermittlung zwischen Kapital und Arbeiterklasse über die Gewerkschaften sein konnte, betrachtete es diese Anerkennung der Gewerkschaften zunächst noch ausschließlich als Erfordernis der Kriegswirtschaft. Die Gewerkschaften drängten das Kapital bereits während des Krieges zu einer institutionalisierten "Arbeitsgemeinschaft" mit den Kapitalverbänden, stießen aber auf Ablehnung insbesondere bei der Schwerindustrie. Erst mit der revolutionären Entwicklung in Rußland und der deutschen November-Revolution begriff das Kapital, daß die Arbeiterklasse als politische Größe nicht mehr auszuschalten war, sondern daß es nach einem stabilen und produktivitätssichernden Status Quo mit dieser suchen mußte.

In der November-Revolution gehen die Kapitalverbände mit den Gewerkschaften die "Zentral-Arbeits-Gemeinschaft" ein, erkennen sie damit als Vertreter der Arbeiter und Tarifpartner an und lassen sich auf die staatliche Schutzgesetzgebung ein.

Die zwanziger Jahre bleiben für das Kapital "unruhige Jahre", die es ständig mit der Gefahr revolutionärer Kämpfe bedrohen, in denen der Bezug auf die russische Revolution eine heute in Vergessenheit geratene Bedeutung hatte: die Unruhen in den industriellen Zentren Deutschlands, die Turiner Fabrikräte-Bewegung

Peachum über das Geschäft mit dem Elend der Arbeiter, B.Brecht, Dreigroschenroman

In der Tat fürchten ja neun von zehn Menschen mit Recht die Zukunft. (Höchstens einer von tausend fürchtet sie mit Recht nicht.) Daran müßte man anknüpfen. Das könnte ein ausgezeichnetes Geschäft sein. Nehmen wir Dinge, die alle fürchten: Krankheit, Elend, den Tod. Sagen wir jenen, die sich fürchten, weil sie das Leben und ihre Mitmenschen kennen: wir versichern euch gegen eine solche unvermeidliche Zukunft. Ihr bezahlt uns laufend (so werdet ihr es gar nicht oder kaum bemerken) eine Kleinigkeit von euren Einkünften in den Tagen des Glücks, und wir zahlen euch aus (oder im Fall eures Todes euren Hinterbliebenen), wenn die unvermeidliche Katastrophe eintritt! Ist das ein Vorschlag? Ich bin sicher, daß dieser Vorschlag begrüßt werden würde. Man muß den Menschen helfen! Hilfe, das lassen sie sich etwas kosten!

Da sind zum Beispiel meine Angestellten. Ich profitiere davon, daß sie nicht wissen, wo sie hingehen sollen, wenn ich sie auf die Straße werfe. Ich bedrücke sie so gut ich kann und ziehe meinen Gewinn heraus. Sie müssen, das kann ich annehmen, ein starkes Bedürfnis nach Hilfe haben. Vielleicht wäre also auch noch ein Gewinn daraus zu ziehen, ihnen zu helfen? Man könnte Gebäude, große, bauen, in denen diese Pennies verwaltet werden. So lange diese Krankenkassen nicht in Anspruch genommen werden, könnten sie blühen, werden sie in Anspruch genommen, könnten sie bankrott gehen. Jedenfalls, wenn man sich zwischen diese Leute und ihre Unternehmer schöbe und für sie ein paar Pennies mehr herausschlüge, könnte man diese Pennies für die geleistete Hilfe einbehalten. Es wäre ein glattes Geschäft. Denn die meisten der Zahlenden sterben doch in den Sielen, oder können ihre Gebrechen niemals nachweisen usw. usw. Allerdings, solche Dienste nehmen die Arbeiter vielleicht lieber von ihresgleichen, also von einstigen Arbeitern, in Empfang ... Nun, man könnte einige von ihnen hereinsetzen, pro forma. Man könnte für solche Versicherungen vielleicht sogar den Staat heranziehen. Man könnte sich Gesetze denken, die es den Arbeitern zur Pflicht machen, Beiträge zu zahlen. Der Staat selber müßte so den Leichtsinn der breiten Massen bekämpfen, ihren verbrecherischen, weltfremden Optimismus, es werde schon alles gut ausgehen, wo man doch weiß, was den Arbeitern und Angestellten und allen kleinen Leuten blüht! Man kann den Krieg nicht verhindern, ebensowenig die Krisen. Man muß die Burschen auf die Straße setzen, wenn sich ihre Beschäftigung nicht mehr rentiert, man kann die Wohnungen nicht gesünder bauen, als die Mieten es gestatten usw. usw. — also muß man doch verfügen, daß sie vorsorgen! Bei dem bodenlosen Leichtsinn dieser unwissenden und denkfaulen Leute, mit dem sie Soldaten werden, Fabrikarbeiter usw., muß man einfach zu gesetzlichen Maßnahmen greifen. Man muß sie zwingen, sich zu versichern.

1920 oder, gewissermaßen der Abschluß dieses Kampfzyklus in Westeuropa, der Generalstreik und Streik der Bergarbeiter von 1926 in England. Der Sozialstaat, der in der Verknüpfung von Sozialgesetzgebung und rechtlichen Regulierungen des Klassenkampfs besteht, wird vor diesem Hintergrund vom Kapital als stabile Herrschaftsform etabliert.

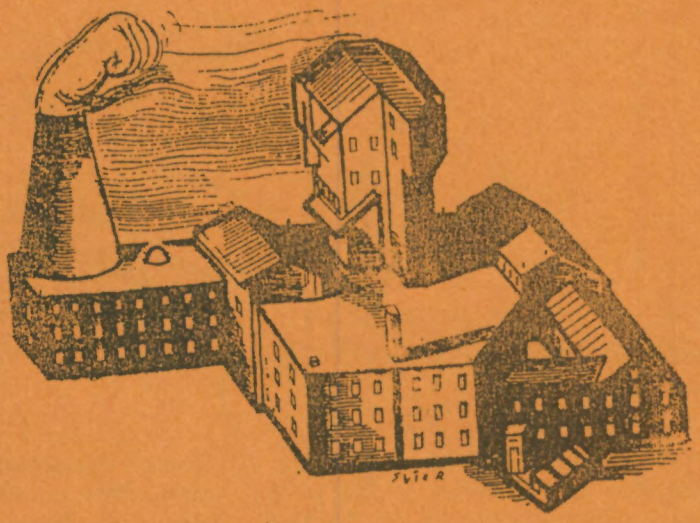
KEYNES: EINFÜHRUNG DES KLASSENKAMPFS IN DIE POLITISCHE ÖKONOMIE

Die Anerkennung der Klasse als politische Größe wird auch im Wandel der herrschenden Wirtschaftslehre von der klassischen Nationalökonomie zum Keynesianismus vollzogen. Der Keynesianismus vollzieht die verstärkte Intervention des Staates in die Wirtschaft nach und untermauert sie, treibt aber auch selbst die Wirtschaftspolitik voran.

Die klassische Nationalökonomie geht von einem immer schon vorhandenen Gleichgewicht in der kapitalistischen Wirtschaft aus. Jedes Angebot schafft sich seine Nachfrage, so lautet der schlichte Grundsatz, und Krisen oder Arbeitslosigkeit seien nur auf externe Einwirkungen, etwa der Kartellierung der Arbeitskraft in Gewerkschaften oder Staatseingriffen, zurückzuführen. Es ist eine Theorie, die den aufkommenden Klassenantagonismus schlicht negiert, und die sich deshalb auch nicht damit auseinandersetzen kann, daß die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Gesellschaft ein Problem ist! Keynes kritisiert diese Theorie mit dem Verweis auf die nicht mehr zu leugnende Existenz des Klassenantagonismus und der davon ausgehenden Bedrohung des Kapitals. Das ökonomische "Gleichgewicht" als Basis politischer Stabilität wird zum Problem, zum Objekt einer planmäßigen Wirtschaftspolitik des Staates. "Ist der Antagonismus anerkannt, so ist es in der Folge nötig, ihn zum Funktionieren zu bringen, indem gleichzeitig die autonome, zerstörerische Befreiung eines seiner Pole verhindert wird. Die politische Revolution der Arbeiterklasse kann nur verhindert werden, indem das neue Kräfteverhältnis anerkannt wird, nur indem die Arbeiterklasse innerhalb eines Mechanismus zum Funktionieren gebracht wird, der den ständigen Machtkampf in ein dynamisches Element des Systems sublimiert und ihn auf der anderen Seite kontrolliert, insofern er funktionalisiert wird auf eine Reihe von Zuständen des Gleichgewichts, auf die hin die verschiedenen Phasen der Revolution der Einkommen von Mal zu Mal sich ausrichten und stabilisieren." (Negri über Keynes). Der Klassenkampf, in regulierter Form, muß selbst zu einem Motor der Akkumulation und Produktivitätsentwicklung gemacht werden: das ist der politische Kern seiner Theorie der "effektiven Nachfrage". Die Einkommensforderungen der Arbeiterklasse sollen in die staatliche Regulierung der Nachfrage eingebaut werden, über die das Gleichgewicht der Beschäftigung (Ausbeutung) und Akkumulation hergestellt wird. Das schließt ein, daß der Staat selbst als produktives Kapital auftaucht (Staatsbetriebe) und damit das anvisierte Gleichgewicht reguliert.

Fassen wir zusammen: der "Sozialstaat", wie er heute zur Diskussion steht, ist die Verbindung von sozialen Schutzgesetzgebungen mit Institutionen der Vermittlung zwischen Arbeiterklasse und Kapital und staatlichem Eingreifen in die Wirtschaft über Nachfrageschöpfung und eigene Investitionen. Seine materielle Basis ist der alltägliche Klassenkampf; einerseits wird in ihm die Klasse als antagonistische Größe anerkannt, andererseits wird sie durch die Form dieser Anerkennung in die Akkumulation des Kapitals eingebunden. Das heißt, der Sozialstaat existiert nicht, weil er irgendwann mal entstanden ist, sondern weil das Kapital weiterhin gezwungen bleibt, sich mit der Klasse als eigenständigem Faktor auseinanderzusetzen. In den Veränderungen des Sozialstaats spiegeln sich also die Veränderungen in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeiterklasse wider. Die aktuellen Tendenzen in der Sozialpolitik und die Vorschläge zu einem "Umbau" des Sozialstaats sagen etwas über die angestrebten Veränderungen in den Klassenbeziehungen aus und können daher auch nicht ohne sie diskutiert werden.

Implizit fließt das Thema der Klassenbeziehungen ja auch in die grünlinke Debatte über Sozialpolitik, die sich an den Umbauplänen zum Sozialstaat beteiligen möchte, ständig ein. So, wenn Gorz sein Konzept eines Mindesteinkommens als Konsequenz seines "Abschieds vom Proletariat" präsentiert, wenn Thomas Schmidt den Klassenkampf tendenziell abgelöst sieht von der Konfrontation zwischen dem industriellen "Block" aus altem Unternehmertum und traditionellen Gewerkschaften und dem "progressiven" Block aus alternativem Unternehmertum und Gewerkschaft der Nicht-Arbeiter, der ein Mindesteinkommen ins sozialpolitische Zentrum rückt. Was aber damit zur Grundlage der Mindesteinkommens-Forderung gemacht wird, sind nicht die wirklichen Klassenbeziehungen, sondern eben die neuen Mythen, hinter denen das Kapital durch die Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse den Ausbeutungs-Charakter der Arbeit zu verstecken sucht.



ARBEITERREVOLTE – "KRISE DES SOZIALSTAATS"

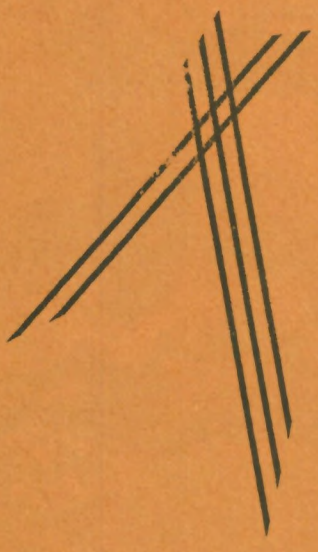
Ausgangspunkt der vom Kapital geführten Debatte über die "Krise des Sozialstaats" oder auch die "Krise der Wohlstandsgesellschaft" – daran muß heute wieder erinnert werden – war nicht das "Finanzierungsproblem", sondern der auseinandergerissene Zusammenhang zwischen Einkommenssteigerungen und Einkommens-Sicherheit und der Produktivität der Arbeit Die Wirksamkeit des Sozialstaats, der die Einkommens- und Schutzforderungen der Arbeiter in höhere Produktivität und Intensität ihrer Arbeit übersetzen sollte, war durch das Klassenverhalten durchbrochen worden. Die in den Fabrikkämpfen 1969 bis 1978 erzielten Einkommenssteigerungen führen zu keiner höheren Produktivität; im Gegenteil: diese Kämpfe richten sich gegen die Arbeit, gegen die gesteigerte Intensität der Arbeit, gegen die neuen Akkorde, gegen das Fließband. Durch die Festgeldforderungen und Kämpfe um gleichen Lohn verliert auch die Spaltung der Klasse durch Lohndifferenzierung an Wirksamkeit.

Der Staat antwortet zunächst auf dieses Klassenverhalten mit einer Ausweitung der Sozialgesetzgebung und neuen Arbeiterschutzgesetzen, die aber auch ihren Zweck verfehlen. Sie werden von den Arbeitern benutzt, um der Arbeit ausweichen zu können, stacheln sie aber nicht zu neuen Leistungen an. Damit wird das klassische "Dilemma" der Sozialpolitik wieder aktuell, einerseits Einkommen für Zeiten der Nichtarbeit zu schaffen, andererseits damit den Arbeitszwang nicht außer Kraft zu setzen. "Soziale Sicherung ist eine unerläßliche Voraussetzung für die Entwicklung des Leistungsstrebens. Der Einzelne kann durch Leistung seinen sozialen Status absichern und verbessern. Maßnahmen der sozialen Sicherung können (!) diesen Leistungsanreiz jedoch abschwächen. Hierin ist ein grundlegendes Dilemma der Sozialpolitik zu sehen." (6)

Das Kapital antwortet auf dieses Klassenverhalten mit einer Zwangsmobilisierung der Arbeiter, die hinter dem Phänomen der seit 1974 ansteigenden Massenarbeitslosigkeit steckt. Die offene, politische Konfliktualität der Arbeiter, wie sie in den Fabrikkämpfen bis 1973 zum Ausdruck kam, konnte damit zwar eingedämmt werden, aber das Verhalten der Flucht aus der Arbeit – Krankfeiern, Benutzen von Sozialgeldern, Fluktuation – bleibt zunächst. Allerdings enthalten diese Verhaltensweisen bereits auch Ansatzpunkte für den sozialpolitischen Umbau in Richtung Privatisierung (s.u.), da sie die resignative, individuelle Flucht aus der Arbeit nach dem Scheitern eines kollektiven Kampfzyklus gegen die Arbeit darstellen.

Sozialpolitisch wird die Zwangsmobilisierung der Arbeiter durch das Kapital begleitet von selektiven Kürzungen und Aussonderungen bestimmter Gruppen aus dem Bezug von Sozialgeldern, die Möglichkeiten von Flucht aus der Arbeit versperren.

Allgemein geht es um einen schärferen Angriff auf die "Nicht-Arbeit-Verhaltensweisen". Um die Arbeiter in die verschärfte Ausbeutung zu zwingen, müssen die Sozialeinkommen unmittelbarer an die Arbeit gekoppelt werden. "Soziale Transferzahlungen sollten stets so bemessen werden, daß sie deutlich (!) unter den Netto-Arbeitsverdiensten liegen. Versicherungsleistungen, die ausfallenden Lohn ersetzen, müssen niedriger als die zuvor verdienten Arbeitsentgelte sein. Arbeit ist also immer höher zu entlohnen als Nichtarbeit. Gegen diesen Grundsatz wird vor allem bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, aber auch beim Krankengeld und noch immer bei der Altersversorgung der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst verstoßen." (FAZ, 16.2.85)



TENDENZEN DER SOZIALPOLITIK

Nach dem Konzept der Nationaldividende bekommt jeder, unabhängig davon, wie hoch sonst sein Einkommen ist, einen Grundbetrag vom Staat zur Verfügung gestellt, der eine Art Wohlfahrtsbasis garantieren soll. Dieser Grundbetrag soll aber keineswegs zum Leben ausreichen. Zur Finanzierung sollen alle bisherigen Sozialausgaben herangezogen werden, weitergehende Absicherungen gegen Krankheit, Alter, Arbeitslosigkeit usw. sollen privat organisiert werden. Verteilungspolitisch bedeutet dies eine extreme Umverteilung der Einkommen zum Nachteil der unteren Einkommensschichten, da alle weitergehnden sozialstaatlichen Leistungen wegfallen.

Über die negative Einkommenssteuer wird das Sozialsystem durch ein Mindesteinkommen ersetzt, das jeder automatisch erhält, der über kein Einkommen verfügt. Wird ein geringes Arbeitseinkommen erzielt, verringert sich die staatliche Zuwendung entsprechend, aber so, daß das insgesamt aus Arbeit und negativer Steuer erhaltene Einkommen trotzdem steigt, bis von einer bestimmten Höhe des Arbeitseinkommens über dem Existenzminimum an positive Steuern nach bekanntem Prinzip bezahlt werden.

Primär versprechen sich die Verfechter von der negativen Einkommenssteuer einen verschärften Arbeitszwang, der zur Annahme auch schlecht bezahlter und stark belastender Arbeiten zwingt und allgemein Lohnsenkungen ermöglicht. Außerdem würde dieses Modell eine bürokratische Vereinfachung mit sich bringen.

Es ist nicht unsere Aufgabe, über die zukünftige Sozialpolitik des Kapitals zu spekulieren. Wir halten auch nichts von der Skizzierung erschreckender Zukunftsvisionen, wie sie in der heutigen Linken populär sind, da sie nur das Eingeständnis enthalten, das aktuelle Maß an Ausbeutung und Elend sei nicht mobilisierend genug und auf eine fragwürdige Mobilisierung durch Zukunftsängste setzen.

Die Entwicklung der Sozialpolitik, dies ist der materialistische Kern unserer Überlegungen, wird davon abhängen, wie die weitere Neu-Zusammensetzung der Arbeiterklasse aussehen wird. Die Linien einer neuen Spaltung der Klasse sind zwar sichtbar, aber ob diese Spaltungen und Versuche einer neuerlichen Integration der Arbeiter ins Kapitalverhältnis auch politisch aufgehen – oder ob sich gerade aus ihnen heraus sehr bald eine neue politische Identität der Klasse entwickelt, können wir heute nicht sagen. Davon wird es aber abhängen, ob die heute sichbar werdenden Tendenzen eines Umbaus des Sozialstaats tatsächlich einen Bruch mit der bisherigen Etappe des Sozialstaats darstellen.

An den aktuellen Veränderungen, die die einzelnen Momente des Sozialstaats betreffen, läßt sich allenfalls eine Tendenz ausmachen, die zu einem solchen Bruch führt. Worum es hier geht, ist die Tatsache, daß die Konzeptionen eines garantierten Mindesteinkommens in dieser Tendenz ihren Platz haben.

1) die vom Staat eingeleitete Finanzierungskrise der Sozialversicherung zielt auf eine Privatisierung. Mit der "Vertrauenskrise" in die Rentenversicherung machen heute schon private Zusatzversicherungen (siehe Lay-out) ihr Geschäft. Zur weiteren Absicherung im Alter werden private Pflegeversicherungen angeboten und vom Staat als Entlastung der Sozialhilfe diskutiert. Für die Krankenversicherung wird im Sinne einer grösseren "Beitrags-Äquivalenz" eine Staffelung der Leistungen nach Beitragshöhe erwogen; ebenso für die Arbeitslosenversicherung.

2) Durch die Zwangsmobilisierung der Arbeiter in ungarantierte Jobs – über Sklavenhändler, Arbeit in Klitschen und das Wachstum der sogenannten Schattenwirtschaft inklusive Alternativökonomie – fallen schon heute einige Millionen Arbeiter aus der tarifvertraglichen Lohnregelung heraus. Daneben zeichnet sich eine Aushebelung der Tarifverträge "von innen her" ab durch betriebliche, sektorale oder regionale "Öffnungsklauseln". Der handfesteste Schlag war auch in dieser Beziehung der 38-1/2-Abschluß: von der Linken kaum wahrgenommen, besteht bei diesem Abschluß ja das tarifpolitische Desaster in der umfassenden betrieblichen Öffnungsklausel, womit der Anspruch auf eine kollektive Regulierung – hier der Arbeitszeit – von den Gewerkschaften weitgehend aufgegeben wird.

3) Die Zwangsmobilisierung der Arbeiter in kurzfristige oder nicht von der Sozialversicherung erfaßte Jobs hat zu einem starken Anwachsen des staatlichen Fürsorge-

Auch in den Modellen, die die Grün-Alternativen im Rahmen der Diskussion um ein Recht auf Einkommen vorstellen, sind weder der Zwang zur Arbeit noch die Umverteilungseffekte zum Nachteil der unteren Einkommensschichten eliminiert worden.
Klaus Gretschmann etwa schlägt eine Sozialdividende von 500.-DM monatlich für jeden Deutschen über 14 Jahre vor. Diese Summe könne im wesentlichen aus den bereits jetzt über den Staat umverteilten Beträgen finanziert werden. Zur Deckung des Grundbedarfs der Gesellschaft schlägt Gretschmann langfristig eine Art Arbeitsdienst nach nationalsozialistischem Vorbild vor.

Gretschmann

Ähnlich Michael Opielka: nach seinem Sozialdividendemodell erhält jeder Erwachsene 600.-, ab dem 60. Lebensjahr 1200.-, Kinder 400.-, dazu die Mietkosten. Durch eine früher einsetzende Steuerprogression auf die Löhne der offiziell Beschäftigten will er diese Ausgaben wieder rein holen. Wem dieses Modell zugute kommt, formuliert er selbst so: Das allgemeine Grundeinkommen "ist eine Strategie der Selbstverwaltungsförderung, der gezielten Förderung selbstverwalteter Klein- und Mittelbetriebe im produzierenden und Dienstleistungssektor.....Genossenschaften und Genossenschaftsähnliche Arbeitsformen brauchen ein förderliches Rechts- und Subventionsmilieu".

Opielka

Auch das von Gerhardt/Weber entwickelte Konzept einer negativen Einkommenssteuer, bei der das Mindesteinkommen bei 800.- liegt, dürfte viele schlechter stellen als bisher, da alle übrigen Sozialleistungen zur Deckung der NESt umverteilt werden. So kommt eine Familie mit zwei Kindern bei einer Miete von 500.- gegenwärtig auf knapp 1800.- Sozialhilfe, nach dem Modell von Gerhardt/Weber jedoch auf bestenfalls 1600.-

Gerhardt/Weber

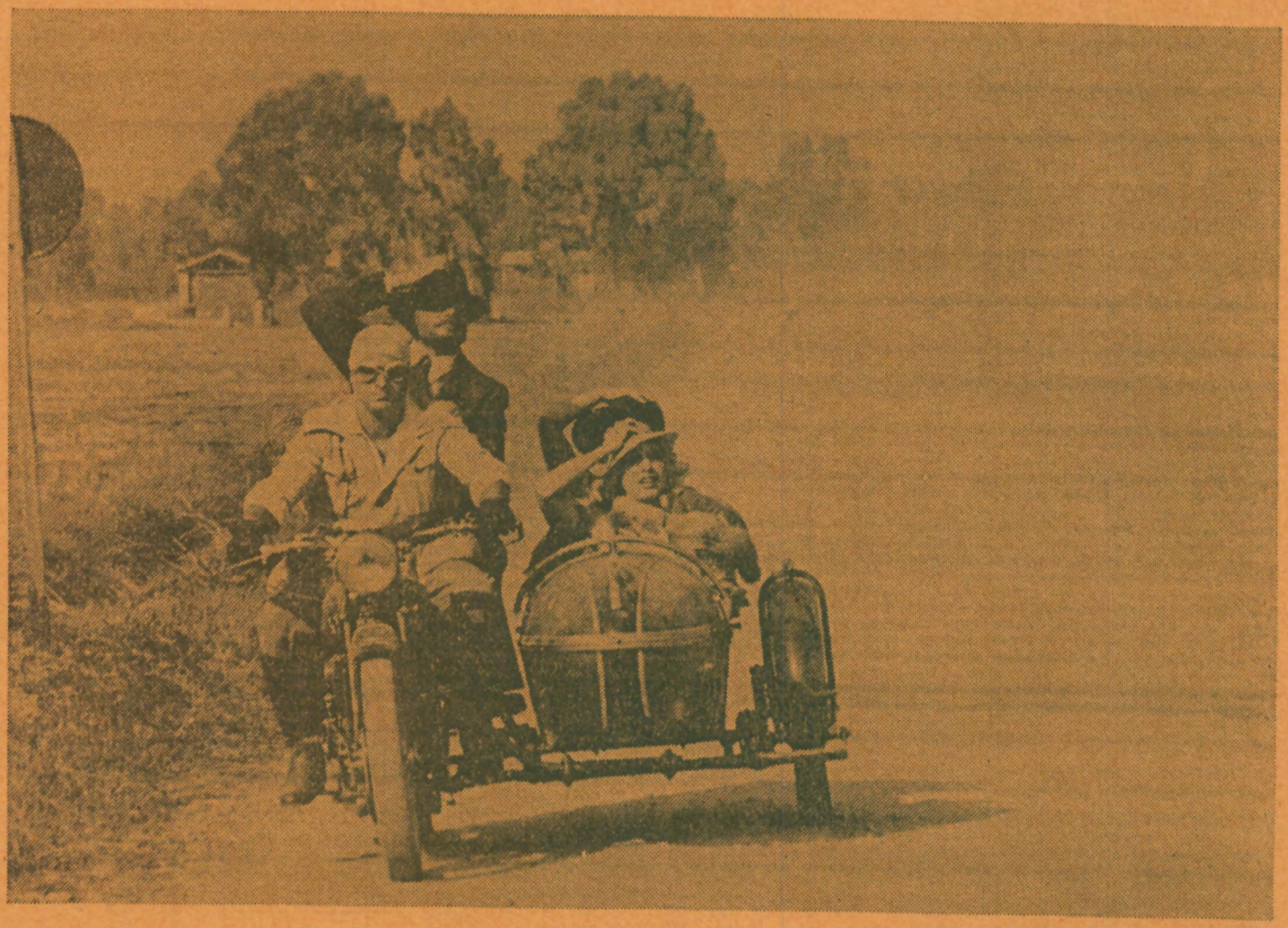
Wohin galoppiert die deutsche Zucht?

bereichs geführt. Aufgrund fehlender Anwartschaftszeiten fallen diese Arbeiter aus dem Versicherungsbereich heraus und werden Arbeitslosenhilfe- oder Sozialhilfe-Empfänger. Dieser Fürsorgebereich ist dadurch charakterisiert, daß der Staat hier keine Klasse als politische Größe, auf die er seine Leistungen bezieht, anerkennt, sondern eine Behandlung "armer Bürger" vollzieht, die ihn präventiv vor möglichen Revolten bewahren soll. Diese Fürsorgeleistungen sind nie unabhängig von Arbeit: der Staat bindet sie durch die Androhung von Sperrfristen bzw. den Entzug der Sozialhilfe an die Arbeit. Aber auch über die Höhe sind diese Einkommen an Arbeit gebunden – allerdings in einer marktförmigen und damit verdeckteren Weise. Im Fürsorgebereich sind sie so bemessen, daß kaum einer ohne einen "Zuverdienst" auskommt. Zum einen werden Hilfe-Empfänger damit in flexibilisierte, befristete und Teilzeit-Jobs gedrängt, zum anderen werden damit Löhne, die drastisch unter Tarif liegen, durchsetzbar, da diese die Hilfe-Empfänger nicht allein von diesen Löhnen leben müssen (das heißt, die Reproduktionskosten der Arbeitskraft wirken hier nicht mehr regulierend auf die Lohnhöhe).

Hier ist die unmittelbare Verbindung zu einem möglichen Mindesteinkommen (oder einer Negativen Einkommenssteuer, die genauso funtkionieren würde) gegeben: zum einen knüpft es an die faktische Ausdehnung des Fürsorgebereichs an, verallgemeinert diese und schafft damit auch eine Lösung für die finanzpolitischen Rangeleien zwischen Kommunen und Zentralstaat, die sich im Moment die Fürsorge-Empfänger gegenseitig zuschieben. Zum andern kann damit die schon heute funktionierende Mobilisierung von Billiglohnarbeit verbreitert und legalisiert werden. Die Ende der 60er Jahre in den USA unternommenen Versuche zur Einführung eines Mindesteinkommens waren als Teil des "Kriegs gegen die Armut" gedacht, mit dem der Staat auf die Slum-Unruhen antwortete. Die erklärte Absicht dieses Konzepts war es, das "Arbeitsangebot" für schlecht bezahlte und stark belastende Tätigkeiten zu erhöhen, das heißt, das in den Unruhen vorhandene Arbeitskraftpotential in den Verwertungsprozeß einbinden zu können. Das Mindesteinkommen wäre in diesem Sinne ein konsequenter Schritt in der Wende vom Keynesianismus zur Angebotspolitik: statt durch Sozialeinkommen die Nachfrage zu regulieren, zielt diese Maßnahme vor allem darauf, die Kostenseite (Lohnkosten) der Unternehmen zu verbessern. Über das Mindesteinkommen werden indirekt die Löhne subventioniert, statt die Lohnkosten durch Sozialabgaben zu belasten.

In der grün-alternativen Debatte wird gerade die Befreiung vom Arbeitszwang durch ein Mindesteinkommen hervorgehoben. Aber daß es damit schon in

ihren eigenen Konzepten nicht so ernst gemeint ist, lugt überall hervor. Einschränkend heißt ja auch die populärste Veröffentlichung zu diesem Thema "Befreiung von falscher Arbeit (!)", was schon verrät, daß uns nun die "richtige Arbeit" um so umstandsloser aufs Auge gedrückt werden soll. Opielka will dann auch in seinem Konzept den "Arbeitsmarkt als grundsätzlich dezentrale Abstimmungsinstanz zwischen individuellen und kollektiven Bedürfnissen" (nach dieser Formulierung muß er ein Ort vollendeter Harmonie sein!) nicht missen. Und Gerhardt/Weber erklären ganz offen, daß das Mindesteinkommen nicht auf die Befreiung von Arbeit, sondern gerade auf die Intensivierung und Verschleierung der Mehrwertabpressung abzielt: "Verminderung betrieblicher Konflikte aufgrund gestiegener Arbeitsplatzzufriedenheit wegen des fließenden Übergangs von Arbeit und Freizeit, Rückgriffsmöglichkeiten auf das gesamte Arbeitsvermögen " und Silicon-Valley als Vorbild!



(1) Ins Zentrum der Auseinandersetzung um die Arbeiterfrage rückt nun die politische Stabilität, während die ersten Arbeiterschutzgesetzgebungen noch ausschließlich aus der Sorge um die militärische Stärke herrührten. Die ersten Gesetze sowie das Verbot der Kinderarbeit und Begrenzung der Arbeitszeiten für Jugendliche in England, Frankreich und Deutschland im 19. Jahrhundert sind Reaktionen auf die alarmierenden Berichte der Militärs über den schlechten körperlichen Zustand der durch die Fabrikarbeit verkrüppelten Rekruten!

(2) Die ersten Sozialversicherungsgesetze von 1883/84 erfaßten nur die gewerblichen Arbeiter, das heißt, nur etwa ein Fünftel aller Arbeitenden, und waren damit auf die Teile der Klasse ausgerichtet, von denen die Organisierung und das Kampfverhalten ausgingen.

(3) Versuche, die Sozialversicherung von ihrem Bezug auf die Arbeiterklasse zu lösen, sind immer gemacht worden: von den Nationalsozialisten wurde mit Bezug auf die Volksgemeinschaftsideologie die - freiwillige - Mitgliedschaft der Selbständigen in der Rentversicherung eingeführt. Der Nationalökonom Mackenroth schlug 1952 die gänzliche Umstellung der Sozialpolitik und ihre Ausrichtung allein auf die Familie vor, um die 'schichtenspezifische' Sozialpolitik zu überwinden. Statt der Sozialversicherungen sollte ein Jugendamt, Arbeitsamt und Rentenamt die soziale Absicherung übernehmen.

(4) Wenn wir von der Arbeiterklasse als politischer Größe oder von der Zentralität der Arbeiterklasse sprechen, so ist dies nicht gleichzusetzen mit gewerkschaftlicher Organisierung oder einzelnen Parteien. Gemeint ist das grundsätzlichere Faktum, daß sich die Arbeiterklasse selbst als eine politische und autonome Kraft begriff, daß sie die Erfahrung ihrer zentralen Stellung in der kapitalistischen Produktion politisch artikulierte. Die Entwicklung der Gewerkschaften ist nur ein Ausdruck dieser Zentralität, und zudem derjenige, der die Vermittlung zwischen Kapital und Arbeiterklasse schon in sich trägt. Denn die Gewerkschaften verwandeln in ihrer Politik den Antagonimus zu einer reinen Verteilungsfrage, sie sind im engeren Sinn nicht Organisation der Arbeiter, sondern Organisation von Besitzern und Verkäufern von Arbeitskraft. Als solche treten sie dem Kapital gegenüber und pochen auf ihrer Anerkennung und 'Gleichberechtigung', wie es sich für Käufer und Verkäufer auf dem Markt gehört. Scheinbar treten hier die Besitzer der beiden voneinander unabhängigen Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital gleichberechtigt in Verhandlungen ein, die entsprechend den bürgerlichen Tauschprinzipien zu freien, ohne staatliche Einmischung zustande gekommenen Verträgen führen sollen - dies ist der Inhalt der 'Tarifautonomie' .

(5) Dieser Artikel zeigt auch, wie bewußt sich Theoretiker der Arbeiterbewegung noch des Zwangscharakters des Sozialstaats waren. Und er erinnerte schon damals: "Wir vergessen allzu leicht, daß vieles, was wir auf diesem Gebiete (des Sozialstaats) gegenwärtig vorfinden und was uns als etwas neues erscheint, seinen tatsächlichen, unmittelbaren Ursprung im imperialistischen Kriege hat." Lapinski, der "Sozialstaat, Etappen und Tendenzen seiner Entwicklung, in: Unter dem Banner des Marxismus, 1928(4).

(6) Aus dem Gutachten der Komission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, die in den siebziger Jahren den politischen Konsens zwischen Gewerkschaften und Kapital zu formulieren versuchte.

In der südfranzösischen Stadt Nimes geht ein parteiloser Bürgermeister neue Wege

Mindesteinkommen für alle — auch für Ausländer

Montpellier (taz) - Da kommt der bekannte Modeschöpfer und Textilmanager Cacharel alias Jean Bousquet nach Nîmes, kandidiert, gewinnt die Wahl, bringt neue Arbeitsplätze und geht unkonventionelle Wege in der Sozialpolitik: Selbst Ausländer kommen in den Genuß eines Mindesteinkommens. Jeder Bürger, sofern er länger als ein Jahr in der Stadt wohnt, soll über mindestens 2.650 Francs (900 DM) verfügen dürfen.

Dabei gibt die Art und Weise, in der dieses bisher einzigartige „Modell kommunaler Solidarität" zustandekam, ein Bild der sich wandelnden politischen Verhältnisse, in denen Frankreich mit Krise und Le Pen fertigzuwerden hat. Denn Nîmes ist keine linke Stadt ...

Als 1982 der kommunistische Bürgermeister Jourdan nach 18jähriger Amtszeit abgewählt wurde, war die Schlappe doppelt peinlich. Der parteilose Kandidat der Rechten war nicht nur Generaldirektor einer der wenigen florierenden Textilfabriken und vielzitierter Vertreter postindustriellen Unternehmertums, nein: Er trat auch mit einem provokativ sozialen Programm auf. Und so kam die Meldung über die Einführung eines lokalen Rechts auf, ein Lebensminimum nicht aus einer der „roten Banlieues", sondern aus dem Nîmes der Rechten. Dort unterstützte allerdings der Gemeinderat einstimmig die Überlegungen des neuen Bürgermeisters Jean Bousquet. Die „neue Armut" habe gezeigt, daß auch der Sozialismus Frankreichs soziales Netz nicht stopfen konnte. Läuft etwa die Arbeitslosenhilfe nach einem Jahr aus, springt nur der „Solidaritätsfonds" ein, und das bedeutet, mit 40 Francs den Tag zu überleben.
Deswegen soll, nach den Worten des verantwortlichen Mitarbeiters, ein „anpassungsfähiges, dezentralisiertes Hilfesystem" die Lücken der staatlichen Unterstützung ergänzen: Die Gemeindekasse zahlt jeder Einzelperson, was ihr zu dem Mindesteinkommen fehlt, wenn sie alle Fonds ausgeschöpft hat. Zu letzteren wird auch die „Solidarität der Familie" gezählt, der Bousquets aufgeklärter Liberalismus den Vortritt läßt.

Nach den bisherigen Erfahrungen stellen auch jugendliche Arbeitslose, die ansonsten nicht zum Sozialamt gehen würden, einen Antrag. Als „Gegenleistung" verpflichten sie sich, mit Sozialarbeitern ein „Projekt zur Eingliederung" zu erarbeiten. Desgleichen denkt man im Rathaus über eventuelle gemeinnützige Arbeiten nach.

Trotzdem: Die protestantisch-liberale Initiative Bousquets scheint „eine gute Sache" zu sein, wie auch Jourdan zugeben muß. Und zwar vor allem wegen ihres unscheinbaren Artikels 22, der da lautet: „Die Bevölkerung ausländischer Herkunft genießt die gleichen Rechte". Daß hier nicht schlicht und verkehrt von „Ausländern" die Rede ist, sondern deren Bürgerstatus gegenüber dem Pass die Oberhand behält, ist das eigentlich Bemerkenswerte: Die Immigranten, die rund die Hälfte aller Antragsteller ausmachen, werden in die Solidarität der Stadt aufgenommen. Das ist mutig, zumal in der politischen Landschaft Frankreichs, in der spät erst und zögernd der Ausgrenzer Le Pen von den Parteien selbst ausgegrenzt wird. Vielleicht wird ja das „Modell Nîmes seinem Namen gerecht werden: Mittlerweile haben dreißig andere Städte Erkundigungen über den Versuch eingeholt *Alexander Smoltczyk*

Das Kapital diskutiert nicht nur über ein Mindesteinkommen, es erprobt seine seine Wirksamkeit. Der Versuch zeigt, in welche Richtung es geht: zunächst reagiert der Staat (oder die Kommune) auf die Verarmung und drohend drohende politische Unruhen, im zweiten Schritt werden dann diese staatlich gewährten Einkommen in Arbeit umgesetzt. Man denkt über gemeinnützige Arbeiten (d.h. Zwangsarbeit) nach.
Diese Verarbeitung von sozialen Unruhen durch den Staat ist schon fast klassisch. Piven/Cloward beschreiben in ihrem Buch "Die Regulierung der Armut", wie die soziale Unterstützung in Krisenzeiten stets diesem Muster folgte. Sozialprogramme waren stets nur der Vorläufer für einen verstärkten, vom Staat unmittelbar ausgeübten oder unterstützten Arbeitszwang.

KOMMENTAR

taz vom 7.3.85 *zu Alternativen der Sozialpolitik*

Staatsknete als Mindestlohn

Es ist schwierig, sich von den eingespielten sozialpolitischen Konfliktlinien - hier Arbeitnehmer- und gewerkschaftlich organisierte Interessen, da Unternehmensinteressen, zu lösen. Die natürlichen Trägheitskräfte drängen in dieser Lage dazu, in Fragen der Sozialpolitik hinten am Gewerkschaftsflügel dessen Gewicht zu verstärken (nach dem Motto: der Regelsatz sollte nicht nur erhöht werden, sondern kräftig) und gleichzeitig darauf zu drängen, daß das eigene Klientel in die Subventionskataloge aufgenommen wird. Nur ein Zehntel von dem, was die Bauern kriegen, wäre ja eine Menge. In diese Richtung gehen zumeist auch die Forderungen der alternativen Projekte. Nun haben vor Jahren ehemalige Spontis um die Zeitschrift „Alemantschen" das Thema „garantiertes Mindesteinkommen" in die Diskussion gebracht.
Wieviel Mindestlohn darfs sein? Auf 1.500 Mark könnte man sich schon einigen, aber damit verkäme der Vorschlag zu schlechter Agitation. Die Forderung wäre ein Produkt aus dem kommunistisch-anarchistischen Traumland, in dem jeder aus Lust arbeitet. Solche Träume haben in der Geschichte höchstens zu Arbeitslagern geführt.
Politisch sinnvoll ist die Diskussion um das „garantierte Mindesteinkommen" (als negative Einkommensteuer) nur, wenn es die materielle Arbeitsmotivation nicht ersetzen, sondern nur verändern soll. Der Arbeitsmarkt und die Drohung mit der diskriminierenden Sozialhilfe, dieser alte Mechanismus Arbeit zu verteilen und die Arbeitsmoral herzustellen, verursacht immer mehr gesellschaftliche Kosten. Das gewerkschaftliche Ziel, eine möglichst feste Stelle möglichst arbeitsrechtlich abzusichern (der Rest bleibt als Konfliktmasse draußen) widerspricht der Vorstellung „jeder nach seinen Fähigkeiten", und dieser Widerspruch wird mit den anstehenden technischen Entwicklungen unbezahlbar werden. Die Gewerkschaften werden in den komenden 20 Jahren verzweifelte Abwehrschlachten gegen die „soziale Demontage" schlagen und eine Position nach der anderen räumen müssen. Wenn die Grünen sich nicht nur an diese Niederlagen wortradikal anhängen wollen, müssen sie Alternativen zu denken wagen. Flexibilisierung der Arbeit wäre doch ein Schritt zu dem „jeder nach seinen Fähigkeiten", wenn gesichert durch ein „garantiertes Mindesteinkommen" der Arbeitnehmer nicht so erpreßbar wäre, wie der CDU-Wirtschaftsrat das wünscht.
Nicht zufällig brennt den Konservativen das Problem der abnehmenden Arbeitsmoral auf den Nägeln, die nicht mehr durch schlichte Zwangsmechanismen wiederherzustellen ist. Wahrscheinlich müssen die Grünen ihre Modelle anderer Arbeitsorganisationen und Grundsicherung noch lange mit solchen Konservativen diskutieren, bis ein Prozeß in Gang kommt, der Alternativen zum alten Sozialsystem durchsetzbar macht.
Klaus Wolschner

Theorie und Praxis der "sozialrevolutionären Gruppen" finden ihre materielle Basis in den bisher beschriebenen Entwicklungen, Veränderungen und Tendenzen des kapitalistischen Sozialstaats. Objektiv ermöglicht dies ein Bündnis zwischen Friedman, Biedenkopf, Grünen und "Sozialrevolutionären"; die autonomen Erwerbslosengruppen ebnen durch ihre Existenzgeld-Kampagne in der Linken den Weg für Reformansätze, die das Kapital auf dem "sozialen Terrain" gegen die Klasse entwickelt. Ihre momentane Praxis reproduziert die Mystifikationen des Sozialstaats auf dem gegenwärtigen Stand des Kapitalangriffs, nimmt die Diskussion um die "Krise des Sozialstaats" von unten her auf und entwickelt Alternativmodelle zu deren Lösung. In dieser Rolle werden sich die "sozialrevolutionären Gruppen" sicherlich nicht gefallen, es sei aber nochmal daran erinnert, daß die Debatte über die "Humanisierung der Arbeitswelt", die in der Linken Anfang der 70er Jahre breit geführt wurde, den Kapital-Konzepten der Flexibilisierung propagandistisch den Weg geebnet hat, und die heutigen "teilautonomen Produktionsgruppen" auf linke Arbeitswissenschaftler zurückgehen.

Besser Kies in der Tasche als Sand im Getriebe

DAS REFORMISTISCHE DESASTER DER SOZIALREVOLUTIONÄREN GRUPPEN

Die Entstehungsgeschichte der sozialrevolutionären Gruppen ist eng verbunden mit dem Verfall der sozialen Bewegungen nach 1981 und der damit einhergehenden Krise der autonomen Gruppen. Der autonome "Überlebenskampf" schuf die Notwendigkeit, eine neue "soziale Bewegung" aus dem Boden zu stampfen. Dazu kam, daß mit der Prekarisierung auch den Autonomen der Brotkorb höher gehängt wurde: von BAFöG bis zur Sozialhilfe wurde der Bezug von Staatsknete erschwert, die Jobs immer mieser: das Einkommen wurde als Thema für die politische Mobilisierung entdeckt. Am Anfang stand der Versuch, in allen Bereichen, in denen man sich selbst bewegte, aktiv zu werden: Jobs, Sozialeinkommen, Ämter. Auch die Ansätze, sich als Jobber gegen die Arbeit zu organisieren, gingen meistens nicht über ein alternatives Jobvermittlungsbüro hinaus: wo gibt's die höchsten Löhne bei geringstem Kraftaufwand; wie kommt man an Schwarzarbeit ran und wie organisiert man die; die meisten dieser Inis kamen nicht darüber hinaus, die Interessen der Scene-Jobber zu organisieren.

Die erhofften Ansätze einer revolutionären Bewegung über diese Selbstorganisationen hinaus zeichneten sich nicht ab. Der daraus entstandene Frust, selbstgeschaffene autonome Mythen ("Kampf in der Arbeit ist K-Gruppen-Politik", "wir mit unserer Geschichte haben viel mehr drauf als den dummern Malochern jemals zu vermitteln wäre" usw.) und die nie aufgelösten Mystifikationen des Sozialstaats als Verteilungsinstanz eines erkämpften und zu verteidigenden Einkommens unabhängig vom Zwang zur Arbeit führten auf das Glatteis des "Kampfterrains Sozialstaat".

Der theoretische Bruch zwischen "Sozialeinkommen" und Lohn, zwischen Arbeits- und Sozialamt auf der einen und deren Funktion für den kapitalistischen Arbeitszwang auf der anderen Seite wurde vollzogen und bestimmt seither die Praxis. Was anfangs mehrgleisig miteinander verbunden werden sollte, wird seitdem in zwei scheinbar unabhängig nebeneinander existierende Bereiche getrennt, von denen der Bereich des Sozialeinkommens als alleinige Basis für die weitere Politik auserkoren wurde.

Theoretischer Bezugspunkt dieser Praxis ist die "Massenarmutstheorie", die davon ausgeht, daß das Kapital kein Interesse an der

Verwertung menschlicher Arbeitskraft mehr habe, seine Wertschöpfung vielmehr aus vergegenständlichter Arbeit realisiere (Maschinen schaffen Mehrwert) und das kapitalistische Kommando sich nunmehr als rein politisches, vermittelt über den Staat, ausdrücke. Wenn man ausgeht von einem "... Kapitalismus, der seine Wertschöpfung immer mehr aus vergegenständlichter Arbeit realisiert, der also immer mehr aus vergegenständlichter Arbeit akkumuliert und immer weniger Arbeitskraft im Akkumulationsprozeß verwertet"(1), ist die Konsequenz logisch: "Die Materialisierung des Wissens in der unter Kapitalkommando befindlichen Maschine macht aus dem Widerstand der zum Arbeitsamt oder Sklavenhändler abgedrängten, ehemals garantierten Facharbeiter ein polizeiliches oder sozialtherapeutisches Problem, aber auf gar keinen Fall ein produktives."(2) Und damit scheint das Problem des Kapitals nicht in der Effektivierung und Durchsetzung des Zwangs zur Arbeit, nicht in der Restrukturierung des Verwertungsprozesses zu bestehen, sondern in der Verwaltung und Befriedung der "nachindustriellen Massenarmut". Zum Bezugspunkt "revolutionärer" Politik wird damit ein "soziales Subjekt... das durch Zerstörung gekennzeichnet und nur noch als moralische Größe faßbar ist." (3)

Selbst wenn das Kapital derzeit eine Verarmungspolitik betreiben würde, die Hungerrevolten auf die Tagesordnung setzt, so würden diese Revolten allein die vom Kapital gesetzte Spaltung in Ausgebeutete und industrielle Reservearmee noch nicht überwinden, wäre es gerade Aufgabe der sozialrevolutionären Gruppen, Perspektiven zu entwickeln, um diese Spaltung zu überwinden. Tatsache ist, daß keine der Gruppen sich die Mühe gemacht hat, zu untersuchen, ob in der Neuzusammensetzung der Klasse ganze Schichten langfristig aus der Verwertung ausgegrenzt und verarmt werden, ob Hungerrevolten also zu erwarten sind, oder ob die Neuzusammensetzung gerade verschärft in die Ausbeutung treibt.

Diese Grundannahmen werden seither gegen jede ihnen widersprechende Realität aufrechterhalten, sei es die Tatsache, daß das reale Arbeitsvolumen in den letzten Jahren gestiegen ist und weiter ansteigt, daß jegliches Sozialeinkommen immer mit dem Zwang zur Arbeit gekoppelt ist. Als Konsequenz orientiert dieses Szenario – in Erwartung der faschistischen Vernichtung der Massenarmen – auf "Hungerrevolten": als der Vernichtung preisgegebenem Verwaltungsobjekt ohne jeden Verwertungszweck bleibt den Massen nur das Kampfterrain der Straße als Gegenstück zum Parlament, auf der lautstark und militant die Forderung nach Brot und Kleidern erhoben wird, bleibt nur noch das moralische Einklagen eines Existenzrechts.

Diese Linie ist bei den meisten sozialrevolutionären Gruppen und autonomen Erwerbslosen-Initiativen inzwischen durchgesetzt. Die ersten praktischen Schritte liefen über offene Ohren für Probleme mit Arbeits- und Sozialämtern, Beratung auf allen Ebenen und die gemeinsame Durchsetzung von Leistungen gegen den Terror von Sachbearbeitern und Verwaltungsstellen.

Mehr oder weniger militante Dienstleistungsunternehmen

Aus dieser Herangehensweise entwickelten sich folglich keine Masseninitiativen, sondern die Gruppen wurden als linke, mehr oder weniger militante Dienstleistungsunternehmen gesehen und benutzt. Um aus diesem, selbst so eingeschätzten Dilemma, herauszukommen, versuchte man, durch Kleidergeld- und Nulltarif-Kampagnen und Aktionen gegen die Zwangsarbeit vom Sozialamt eine verallgemeinernde Initiative in Richtung Massenbewegung zu finden.

Diese Initiativen aber konnten von den Behörden häufig als korporativistisch gegen ihre Urheber gekehrt werden. So führte zum Beispiel eine Kleidergeld-Kampagne in Hamburg nicht dazu, daß die vermeintliche Willkür der Sachbearbeiter, eben die Selektion und Behandlung je nach Arbeitswilligkeit, kollektiv durchbrochen wurde, sondern die Organisierten konnten die ganze Bandbreite der Leistungen kurzfristig ausschöpfen, während diese für die große Mehrheit mit dem Hinweis auf den beschränkten Etat zusammengestrichen wurden. Die Differenzierung zwischen Leistungsempfängern, die in der Lage sind, sich zu artikulieren, und denjenigen, die das nicht so hinkriegen, auf die interne Verordnungen für Sachbearbeiter hinzielen, kam voll zum Tragen.

Die Kampagne ging nicht über die Vorgaben hinaus, die von Gesetzgebung und bestehendem Sozialetat gesetzt werden, sondern schöpfte diese nur für eine begrenzte Gruppe aus. Ähnlich bei der Zwangsarbeit vom Sozialamt: diejenigen, die Zwangsarbeit für sich ablehnten, konnten sich meist mit ihrer Weigerung durchsetzen, während für viele andere Sozi-Zwangsarbeit nur ein anderer Ausdruck des alltäglichen Arbeitszwangs ist – einerseits die ökonomische Notwendigkeit auf ein noch so kleines Zubrot, andererseits der Ausbruch aus der Isolation. Außerdem bedeutet Sozi plus Zwangsarbeit zeitweise einen besser bezahlten und "lockereren" Job als auf dem "freien Arbeitsmarkt".

Daß keine Initiative (uns selbst - Grasja - nicht ausgenommen) es geschafft hat, das Sozialversicherungs-System als Werkzeug des kapitalistischen Arbeitszwangs zu begreifen, führte dazu, daß sie sich am "Sozialstaat" festbissen, und in diesem Bereich kein Bein auf den Boden bekamen, da sie relativ hilflos zwischen alternativer Sozialarbeit, korporativer Gettopolitik und Selbstorganisation hin und her pendelten.

Trotz aller Mängel und Dysfunktionalitäten hat der Sozialstaat den Arbeitszwang gegen die Klasse flankiert und durchgesetzt (gerade durch Kürzung der Leistungen, Verschärfung der Zugangsbedingungen bzw. aktuell durch ein erweitertes Spektrum von Zwangsarbeit). Das soziale Terrain ist gerade nicht durch Einheitlichkeit gekennzeichnet. Arbeitslosen- bzw. Sozi-Kohle ist für die, die sie in Anspruch nehmen, nur ein Bezugspunkt neben Kurz-Jobs, Schwarzarbeit usw. Infolge ihrer "Massenarmuts"-Theorie verbarrikadierten sich die Gruppen hinter der Spaltung in Beschäftigte und Ausgesonderte mit dem Szenario von zukünftigen Hungerrevolten. Das Kapital war dieser Praxis gegenüber immer einen Schritt voraus: setzte eine Zwangsrotation der großen Mehrheit in Gang und benutzte die Aussonderung taktisch und propagandistisch.

"Von nix kommt nix"

Um ihre praktischen Schwierigkeiten zu überwinden und eine einheitliche Linie für das ganze uneinheitliche Terrain zu finden, tauchte als zentraler Bezugspunkt die 1500.- Marks-Forderung auf, die sich in der Folge zur Existenzgeld-Forderung wandelte.

"1 500.- für alle" – das kann nicht mal als schlechte Utopie durchgehen: der Zwang zur Arbeit wird "toleriert", Knackis, Behinderte, Psychiatrisierte werden rein propagandistisch einbezogen. Elegant wird sich damit des Problems entledigt, daß in der momentanen Situation kaum jemand, auch wir nicht, Ansätze für den Kampf gegen Knäste und Psychiatrie entwickelt hat. Mit der Behauptung, "bei der 1500.-Forderung fällt auch für die Knackis und Psychiatrisierten was ab", wird dieser Bereich in Wirklichkeit ausgeblendet. Daß dann Mitglieder von Psychiatrie-Initiativen, die sich gegen diese Ausgrenzung wehren, auf überregionalen Erwerbslosen-Treffen als "unpolitisch" abqualifiziert werden, ist nur konsequent! Die Ausgegrenzten kümmern uns nicht und die anderen sollen gefälligst weiterschuften! "Theoretisch, so wie wir's am geilsten fänden, bräuchte dann keiner mehr zu rackern. Aber wie soll das gehen ? ... Daß dieser Staat Geld geben kann, setzt also voraus, daß Lohnarbeiter, also welche von uns (?), dieses Geld erarbeiten... Egal, wie auch immer, daß der Staat uns Existengeld gibt, setzt voraus, daß andere Menschen dieses Geld erarbeiten. Von nix kommt nix." (4)

Objektiv gibt es somit nur zwei Möglichkeiten, diese Forderung politisch umzusetzen: entweder sie für eine eng umgrenzte Gruppe durchzusetzen, was von vornherein die Verwertbarkeit dieser Strategie für das Regime einschließen würde (für umsonst gibt der Staat auch an Minigrüppchen nix ab), oder umzuschwenken auf eine "realpolitische" Linie, die den Zwang zur Arbeit unangetastet läßt und damit die Kapitaldiskussion um ein "Mindesteinkommen" von links aufnimmt. In der momentanen Praxis der Erwerbslosengruppen verbinden sich der ultrakorporative Extremismus und "grüne Realpolitik" aufs Innigste.

Das Einschwenken der Sozialrevolutionäre auf die Existenzgeldforderung der unabhängigen Erwerbslosengruppen war einerseits nochmal der Versuch, doch noch zu einer Basis zu kommen, andererseits gingen die Sozialrevolutionäre aufgrund ihres Frusts über das Scheitern früherer Versuche solchen Kräften auf den Leim, die sich auf dem Terrain Erwerbslosenpolitik die politische Basis für ihre Karriere versprechen. Von diesen wird ein vereinheitlichendes Angebot in Form des Existenzgeldes gemacht, um das politische Scheitern der sozialrevolutionären Gruppen auszuschlachten und sich selbst als Verhandlungspartner des Regimes anzubieten. Sozialarbeiter, kirchliche "Neue-Arbeits"-Funktionäre, Alternativ-Ideologen und Grünensympathisanten dominieren denn auch die meisten der sogenannten "unabhängigen Erwerbslosen-Inis". Auf dem fruchtbaren Boden der Massenarmuts-Theorie begann schließlich auch die Diskussion um selbstbestimmte Arbeit im Kapitalismus: "Wir müssen konkreter werden in der Bestimmung dessen, was wir unter Arbeit verstehen; die Frage nach gesellschaftlich nützlicher Arbeit, nach gesellschaftlich notwendiger Arbeit und deren gleichmäßiger, gerechter Verteilung muß stärker als bisher behandelt werden." (5) "Möglichkeiten zu arbeiten, selbst im kapitalistisch gesellschaftlichen Sinne, gäbe es genug. Insbesondere im handwerklichen Bereich gibt es eine, von etablierten Firmen nicht leistbare, Flut von möglichen Aufträgen." (6) "Die Gesellschaft zahlt mit ihren Steuern das Existenzgeld und bezahlt damit die Arbeit der Erwerbslosen. Diese Arbeit jenseits der Lohnarbeit würde sich sowohl auf das jetzige Spektrum der alternativen Arbeit beziehen, als auch auf die traditionelle

Hausarbeit, die individuelle Bildungsarbeit und, nicht zu vergessen, auch die Sozial- und Politikarbeit zur notwendigen Veränderung dieser Gesellschaft, wie sie zur Zeit von unzähligen Initiativen geleistet wird." (7)

Kampf gegen die Armut oder Kampf der Armen

Hier schließt sich der Kreis zwischen der Existenzgeld-Diskussion einzelner Erwerbslosengruppen und der grünen Alternativ-Ökonomie. Die Kampagne zum Existenzgeld stellt sich als Wurmfortsatz ökosozialer Politik heraus für ein "neues, solides System der sozialen Sicherung" (8). Nach Art von linken Sozialtheoretikern werden am grünen Tisch Konzepte entworfen, die dann von oben den "tumben Massen" draufgesetzt werden sollen. Das Dilemma der politischen Ohnmacht soll mit dem ideologischen Holzhammer gelöst werden.... Organisierung von oben. Nur logisch ist da die Annäherung an die Grünen, da eine Forderung an den Staat immer einen parlamentarischen Vermittler braucht. Endpunkt dieser "großen Politik" ist dann die Bekämpfung der Armut, wie sie die Grünen im Bundestag fordern. Wer die Bekämpfung der Armut verlangt, hat die "Armen" von vornherein in die Objektrolle gedrängt und kann letztlich der Konsequenz nicht ausweichen, die Galeano an den amerikanischen "Armutsprogrammen" aufgezeigt hat: "Unterstützen Sie den Kampf gegen die Armut. Töten Sie einen Bettler!"

Es ist notwendig, eine klare Trennungslinie zu ziehen zwischen "Kampf gegen die Armut" und "Kampf der Armen".

Wir wollen nochmal klarstellen, daß es uns nicht darum geht, das Abziehen von Sozialleistungen anzuprangern (wer prangert sich schon gern selber an!, d.Tip.). Es ist nichts zu sagen gegen Selbstorganisation von Leuten, die Sozialeinkommen beziehen, und sich gemeinsam gegen Sachbearbeiter-Terror und Selektion zur Wehr setzen. Diese Selbstorganisation kann kollektive Ansätze haben, sie muß aber nicht zwangsläufig revolutionär werden. Nur muß die notwendige Trennung zwischen Selbstorganisation und Reformismus/Korporativismus vollzogen werden, das heißt auf der einen Seite das kollektive Verhalten, um gegen die Ämter die Nerven zu behalten – auf der anderen Seite das Aufstellen und Durchprügeln von Forderungen für einen kleinen Kreis.

Der Kreis zwischen "realpolitischem" Reformismus und korporativer Scenepolitik läßt sich revolutionär nur durchbrechen, wenn die sozialrevolutionären Initiativen ihren Kampf für Einkommen mit dem Kampf gegen die Arbeit zusammenbringen. Das heißt zunächst konkret: auch gegen die schweinischen Arbeitsbedingungen vorgehen, in die die Sozi-Empfänger gedrückt werden. Das heißt allgemein, sich insgesamt auf die Klasse zu beziehen, Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und den Zwang zur Arbeit überhaupt.

(1) K.H.Roth, Krise der Autonomie, Massenverarmung und garantiertes Einkommen; Vortrag vor Arbeitsloseninitiativen in Hamburg, 1984

(2) Autonomie Neue Folge, Nr.13, S.89

(3) Autonomie Neue Folge, Nr.13, S.64

(4) "Diskussionspapier zur 1500.-Forderung", Hamburg, verteilt auf dem Workshop in Hamburg, März 84, S.3 und 4

(5) Wannseekoferenz der unabhängigen und autonomen Erwerbsloseninitiativen, Januar 84, Protkoll, in: Alibri Extra, S.5-7

(6) Diskussionsthesen der Arbeitslosenselbsthilfe Lübeck, in: Alibri Extra, S.9 f

(7) ALSO Oldenburg, Thesen zu den Perspektiven der Arbeitslosenbewegung, August 84, S.11

jetzt drücken sie sich schon seit einem jahr die nasen platt anstatt daß sie selber einen namen vorschlagen und die sprachreise nach italy gewinnen

NEIN !

Wir wissen den neuen Namen auch noch nicht !
Was wir bisher wissen, ist das Format. Damit Ihr es Euch vorstellen könnt und die nächste Nummer nicht überseht, wenn sie in Eurem Briefkasten oder Buchladen vor Eurer Nase liegt: sie entspricht der Größe der Bilder auf dem Titelbild und der Rückseite.

Und was wir auch noch wissen, sind die Bezugsbedingungen:

Abo:	4 Hefte zehn Mark, bitte schreibt drauf, ab welcher Nummer das Abo gelten soll !
Förder-Abo:	ab 4 Hefte zwanzig Mark aufwärts
	WER JETZT ABONNIERT, kriegt die Nr. 27 (mit Plakat) oder die Nr. 31 geschenkt, bitte angeben, welche Ihr wollt!
Weiterverkäufer:	wird man/frau ab zehn Stück, wir schicken Euch die Zeitungen portofrei und Ihr rechnet spätestens nach drei Monaten ab WER DIE KOHLE SCHON NACH 14 TAGEN ÜBERWEIST, kriegt zehn Prozent Nachlaß
Buchläden:	gilt das gleiche wie für Weiterverkäufer; sie können ihren Buchhändler-Rabatt draufschlagen
Institutionen:	können seit neuestem die SZ beziehen, 20.- pro Heft plus Porto und Versand, Abo geht nicht

Bestellung außer bei Weiterverkäufen durch Überweisung des Betrages aufs Konto, alle Bestellungen können innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden.

Die Katze mag nicht nur Sahne – die Katze mag auch Carbonara !